

33. Sitzung

am Dienstag, dem 25. Januar 2022

Inhalt

Fragestunde

**Anfrage 1: Ein Blick über den
Tellerrand: Ausflugsangebot für
Kinder in Bremer
Kindertageseinrichtungen**

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig
Eschen, Sahhanim Görgü-Philipp,
Björn Fecker und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen
vom 1. Dezember 2021 1783

**Anfrage 2: Bürgerbeteiligung über
Onlineplattform**

Anfrage der Abgeordneten Muhammet
Tokmak, Mustafa Güngör und
Fraktion der SPD
vom 7. Dezember 2021 1784

**Anfrage 3: Sanierung und
Modernisierung des Bremer
Flughafens**

Anfrage der Abgeordneten Dr.
Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen
und Fraktion der FDP
vom 14. Dezember 2021 1785

**Anfrage 4: Sicheres Ankommen in
Bremen: Weibliche Security in
Erstaufnahmestellen und
Wohneinrichtungen?**

Anfrage der Abgeordneten Birgit
Bergmann, Lencke Wischhusen und
Fraktion der FDP
vom 14. Dezember 2021 1787

**Anfrage 5: Wie werden die
Notrufsäulen in Bremen genutzt?**

Anfrage der Abgeordneten Sigrid
Grönert, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU
vom 20. Dezember 2021 1788

**Anfrage 6: Montagsspaziergänge
(Corona) und Gegengruppierungen in
Bremen Stadt**

Anfrage des Abgeordneten Peter Beck
(BIW)
vom 6. Januar 20221790

**Anfrage 7: Ausfall des kleinen
Studiobades im Unibad: Welche
Auswirkungen ergeben sich für das
Schul- und Vereinsschwimmen sowie
den Hochschulsport?**

Anfrage der Abgeordneten
Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen,
Björn Fecker und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen
vom 12. Januar 20221790

**Anfrage 8: Zusätzliche
Klassenverbände an Grundschulen
innerhalb der Stadtgemeinde Bremen**

Anfrage der Abgeordneten Yvonne
Averwenser, Heiko Strohmann und
Fraktion der CDU
vom 18. Januar 20221793

Aktuelle Stunde.....1795

**Mit Bürger:innenforen die
Bürgerbeteiligung in Bremen stärken!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die
Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 23. November 2021
(Drucksache 20/629 S)**

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis
90/Die Grünen)1795
Abgeordneter Muhammet Tokmak (SPD).....1796
Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE)1797
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU)1799

Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1800
Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen).....	1801
Abgeordneter Thore Schäck (FDP).....	1802
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	1803
Abgeordneter Muhammet Tokmak (SPD)	1803
Staatsrat Thomas Ehmke	1804
Abstimmung	1805

**Perspektiven der Stadtbibliothek Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. August 2021
(Drucksache 20/488 S)**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 28. September
2021
(Drucksache 20/510 S)**

**Mehr Flexibilität für Besucherinnen und
Besucher – Öffnungszeiten der
Stadtbibliothek durch Open Library
erweitern**

**Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. Oktober 2021
(Drucksache 20/517 S)**

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU)	1806
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	1807
Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE).....	1808
Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP)	1809
Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen).....	1810
Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD)	1812
Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU)	1812
Staatsrätin Carmen Emigholz.....	1813
Abstimmung	1816

**Diskriminierende Vorfälle bei der
BREBAU zukünftig verhindern –
strategische Ausrichtung der städtischen
Wohnungsbaugesellschaft definieren**

**Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Oktober 2021
(Drucksache 20/522 S)**

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU)	1816
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD).....	1817
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen).....	1819

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE)	1820
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1821
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	1822
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE)	1823
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	1824
Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU).....	1825
Senator Dietmar Strehl	1826
Abstimmung	1829

**Errichtung einer Hundefreilauffläche im
Waller Park**

Petitionen S 19/444 und S 20/130

**Mitteilung des Senats vom 2. November
2021**

(Drucksache 20/526 S)

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU).....	1829
Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP)	1830
Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE)	1831
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	1832
Abgeordneter Philipp Bruck (Bündnis 90/Die Grünen)	1833
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	1834

**Keine Akteure bei der Entwicklung des
Rennbahngeländes ausschließen –
Werkstattverfahren offen gestalten**

**Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. November 2021**

(Drucksache 20/631 S)

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU)	1835
Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen)	1836
Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE)	1837
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD)	1838
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	1840
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU)	1842
Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.....	1843
Abstimmung	1845

**Bericht des städtischen
Petitionsausschusses Nr. 24**

vom 21. Januar 2022

(Drucksache 20/655 S)..... 1845

Anhang zum Plenarprotokoll

Konsensliste..... 1846

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Elombo Bolayela, Uwe Felgenträger, Jasmina Heritani, Mazlum Koc, Petra Krümpfer, Heinrich Löhmann, Marco Lübke, Frank Magnitz, Martin Michalik, Mustafa Öztürk, Prof. Dr. Eva Quante-Brandt, Cindi Tuncel, Lencke Wischhusen.

Präsident Frank Imhoff eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsident Frank Imhoff: Die 33. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an die Aktuelle Stunde Tagesordnungspunkt 8 behandelt werden soll.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich um den Tagesordnungspunkt 20.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Konsensliste übermittelt bekommen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der Vorlagen, die ohne Debatte und einstimmig behandelt werden sollen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 12, 13, 16 bis 18.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse jetzt darüber abstimmen, ob eine Behandlung im vereinfachten Verfahren erfolgen soll.

Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit dem vereinfachten Verfahren einverstanden.

Ich lasse jetzt gemäß § 22 der Geschäftsordnung über die Konsensliste selbst abstimmen.

Wer der Konsensliste seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Konsensliste zu.

Nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt 14 für die Januar-Sitzung auszusetzen.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unserer Vizepräsidentin, Frau Antje Grotheer, und unserer Kollegin Frau Sahhanim Görgü-Philipp zu ihren heutigen Geburtstag recht herzlich vom ganzen Haus gratulieren!

(Beifall)

Haben Sie einen schönen Tag, Ihren Ehrentag, hier im Kreise Ihrer Freunde!

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen acht frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Ein Blick über den Tellerrand: Ausflugsangebot für Kinder in Bremer Kindertageseinrichtungen

Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Sahhanim Görgü-Philipp, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Dezember 2021

Bitte schön, Frau Kollegin Dr. Eschen! Wo

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie werden Einrichtungen der Kindertagesbetreuung darin unterstützt, Ausflüge anzubieten, und wie werden Besuche außerhalb der Einrichtung bewertet?

2. Ist die Durchführung von Ausflügen in Kindertageseinrichtungen im Zuwendungsvertrag oder an anderer Stelle formal geregelt, und welche Regelungen gelten im Schadensfall?

3. Welche Möglichkeiten der Finanzierung von Ausflügen gibt es, und welche Möglichkeiten bestehen dabei, die Kosten für Familien mit geringem Einkommen über den Bremen-Pass zu übernehmen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Ausflüge und Besuche von Institutionen außerhalb der Einrichtungen werden seitens der Behörde ausgesprochen positiv bewertet, denn dies entspricht dem ganzheitlichen Bildungsansatz und dient dazu, dass die Kinder Erfahrungen und Eindrücke sammeln können, die ihnen sonst nicht ohne Weiteres zugänglich wären.

Im Rahmen von Projekten mit unterschiedlichen Kooperationspartner:innen wird den Kindern die Möglichkeit gegeben, kostenfrei an Veranstaltungen außerhalb der Kita teilzunehmen. So finden beispielsweise regelmäßig Projekte für Kindergruppen im FlorAtrium, im Universum Bremen sowie in der botanika statt. Das FlorAtrium bietet darüber hinaus im Rahmen des Lerngartennetzwerks die Möglichkeit, mit den Kindern kontinuierlich einen Lerngarten gemeinsam zu bewirtschaften. Auch mit der Kunsthalle Bremen, der Shakespeare

Company und dem Übersee-Museum bestehen enge Kooperationen.

Alle Angebote werden über die trägerübergreifenden Fortbildungen und Projekte angeboten.

Zu Frage 2: Die Kosten für Ausflüge sind im Referenzwert beziehungsweise den Finanzierungspauschalen enthalten. Eine formale Regelung besteht nicht, und sie werden in den Zuwendungsbescheiden auch nicht separat ausgewiesen.

Die Kinder und die Beschäftigten der Kitas sind bei Ausflügen gesetzlich unfallversichert.

Zu Frage 3: Die Bremer Kindertageseinrichtungen können bei der Senatorin für Kinder und Bildung pro Kitajahr pro Kind mit Bremen-Pass 25 Euro für Ausflüge und 75 Euro für Ausreisen beantragen. Die Eltern dieser Kinder müssen grundsätzlich nicht in Vorausleistung treten, und somit können auch Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen – Bremen-Pass – an Ausflügen und Ausreisen teilnehmen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, immer wieder kommt es vor, dass von Einrichtungen keine Ausflüge gemacht werden. Ich will natürlich in Betracht ziehen, dass das jetzt, unter Coronabedingungen, auch besonders erschwert ist, aber auch davor ist es immer wieder so gewesen, dass manche Einrichtungen sehr ausflugsfreudig sind und andere weniger. Meine Frage ist: Wie kann möglicherweise erreicht werden, dass alle Kinder in den Genuss von Ausflügen kommen? Wie können die Einrichtungen motiviert und unterstützt werden, wirklich Ausflüge anzubieten?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Herzlichen Dank für diese Nachfrage, die unterstützt, dass wir es gut finden, wenn Kinder auch außerhalb ihrer Kita Erlebnisse machen. Das betrifft die Ausflüge, aber durchaus auch Ausreisen, die häufig ziemliche Entwicklungssprünge unterstützen können. Sie müssen in den üblichen Kitaablauf eingefügt werden, und deshalb haben Sie sicherlich recht, dass es Einrichtungen gibt, in denen das häufiger genutzt wird, vielleicht auch, wenn einrichtungsbezogene Kooperationen zu Sportvereinen oder zu Kultureinrichtungen vor Ort bestehen. Es ist unbedingt unterstützenswert, dafür zu sorgen, dass es mehr werden, die das Angebot tatsächlich nutzen.

Es gibt eine Planungsgruppe, die diese trägerübergreifenden Fortbildungen und Projekte bespricht und überlegt, wie man erreichen kann, dass wir das kindgerecht ausgestalten und das auch in Anspruch nehmen. Darin sind einige Träger regelmäßig oder dauerhaft vertreten, aber ich nehme ihre Frage gern noch einmal zum Anlass, darauf hinzuwirken, dass allen Trägern noch einmal diese prinzipielle, diese positive Einstellung zu Ausflügen und Ausreisen vermittelt wird und dann tatsächlich geschaut wird, wie man das noch weiter unterstützen kann.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Solveig Eschen (Bündnis 90/Die Grünen): Würden Sie es für sinnvoll erachten, das auch formal zu regeln, damit das fest verankert ist, da es auch in der Zuwendungspauschale enthalten ist, dass es wirklich verbindlich ist, dass die Einrichtungen solche Ausflüge anbieten?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Ich glaube, es ist notwendig, auch diejenigen, die die Ausflüge mit den Kindern machen und begleiten, positiv darauf einzustimmen, weil es natürlich für Beschäftigte in Kitas, in Horten, genauso wie in Schulen erst einmal ein Mehraufwand ist zu überlegen, wie komme ich mit den Kindern von A nach B.

Das hängt vom Alter der Kinder ab, das hängt auch davon ab, wie eine Gruppe zusammengesetzt ist, und dann zu sagen, wir möchten gern, dass ihr diese Ausflüge macht, und wie können wir das als Senatorin für Kinder und Bildung unterstützen, oder wie können wir die Träger dabei unterstützen, ihre Einrichtungen zu unterstützen, das wäre jetzt der Weg, den ich im Moment für zielführend hielte, um ein wenig zu werben, auch zu schauen, woran hapert es konkret, wenn Ausflüge nicht gemacht werden, und dann zu überlegen, wie kann man da Abhilfe schaffen, bevor wir sagen, wir wollen das vorschreiben.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 2: Bürgerbeteiligung über Onlineplattform

Anfrage der Abgeordneten Muhammet Tokmak, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 7. Dezember 2021

Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort!

Abgeordneter Muhammet Tokmak (SPD): Wir fragen den Senat:

1. Wie informiert der Senat Bürger:innen über die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung mit der Onlineplattform „Digitales Partizipationssystem“, DIPAS, und findet daneben noch eine weitere Bürgerbeteiligung zu den Themen, die im DIPAS integriert sind, statt?

2. Wie stellt sich der Senat die Bürgerbeteiligung über DIPAS genau vor, und welche Netiquette sieht der Senat vor?

3. Was ist die Grundlage der Beteiligung, und wie werden die Äußerungen konkret berücksichtigt, beziehungsweise wer kann sich konkret zu welchen Straßenzügen äußern?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: DIPAS ist ein mögliches Werkzeug zur informellen Bürgerbeteiligung. Für jedes Bürgerbeteiligungsverfahren wird eine eigene DIPAS-Instanz eingerichtet und verwendet.

Ergänzend zu den bisherigen Beteiligungsformaten ist geplant, die Bürger:innen über die Verteiler der Beiräte und Ortsämter, gegebenenfalls über Wurfsendungen und/oder Pressemitteilungen sowie gegebenenfalls über die sozialen Medien über den Einsatz dieser Beteiligungsmöglichkeiten zu informieren.

Zu Frage 2: DIPAS wurde von der Freien und Hansestadt Hamburg für informelle Bürgerbeteiligungsverfahren entwickelt. Dieses Werkzeug wird nun ebenfalls in Bremen erprobt. Es stellt ein zusätzliches Angebot zur Information und Beteiligung für Bürger:innen dar.

In der Fußzeile jedes Onlinebeteiligungsverfahrens befinden sich FAQs, die über die Netiquette aufklären. Netiquette und Dialogregeln für DIPAS sind noch zu entwickeln. Bei Onlinebeteiligungsverfahren üblich sind Empfehlungen für einen respektvollen und konstruktiven Dialog sowie für das Verfassen von Beiträgen und Kommentaren. Bei Regelverstößen behält sich das Landesamt GeoIn-

formation Bremen in seiner Funktion als Administrator die sofortige Löschung von Beiträgen und Kommentaren vor.

Zu Frage 3: Die Grundlage für die Bürgerbeteiligung ergibt sich aus dem jeweiligen Verfahren, bei dem das System eingesetzt werden soll. Grundsätzlich kann sich jede:r Bürger:in mit Lob, Kritik, Anregungen und Fragen in dem jeweiligen Verfahren beteiligen.

Bei Verfahren innerhalb eines Quartiers ist geplant, bei der Eingabe eines Beitrags zum Beispiel zusätzliche Angaben zu Kategorien wie Anwohner:in in einem Quartier oder Straßenzug, Gewerbetreibende oder Hinweise auf sonstige Anliegen zu erheben. Hierdurch ist es möglich, Beiträge entsprechend zu gewichten. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Muhammet Tokmak (SPD): Das Leitbild wurde 2018 beschlossen – verabschiedet heißt es –, und da sind drei verschiedene Abstufungen möglich: die Information, die Diskussion und die Mitwirkung. In diesem Sinne, Frau Bürgermeisterin, würde ich Sie gern fragen, wie definieren Sie DIPAS in dieser Abstufung?

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: DIPAS ist kein Mitbestimmungstool, sondern es ist vor allen Dingen ein Informationstool und ein Tool, in das man Eingaben machen kann, also Kommentare, Fragen und so weiter an uns richten kann. Insofern ist das gerade in Zeiten von Corona, in denen wir uns nicht wie sonst treffen können, wichtig, denn sonst haben wir oft Informationsveranstaltungen, wenn wir Planfeststellungsverfahren oder andere Anhörungen der Träger öffentlicher Belange durchführen, in Präsenz. Das geht in Präsenz im Moment alles nicht, und deshalb sind wir ganz froh, uns das DIPAS-Projekt aus Hamburg anschauen zu können. In der Gewichtung würde ich sagen, das ist definitiv kein Mitbestimmungstool, sondern ein Informationstool und ein Tool, um uns die Anregungen, Kommentare, Lob und Kritik aus der Bevölkerung zu bestimmten Verfahren abzuholen.

Präsident Frank Imhoff: Herr Abgeordneter, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Muhammet Tokmak (SPD): Nicht mitbestimmungspflichtig, das kenne ich von meiner beruflichen Tätigkeit, die ich noch ausübe. Wir

ist aber noch nicht ganz klar, Frau Bürgermeisterin, wie will man, wenn ich jetzt die Fragen weglasse und Sie frei frage, die Differenzierung vornehmen, wenn zum Beispiel in Findorff ein Bürgerbeteiligungsprozess angeschoben wird und man über das DIPAS-System jetzt auch außerhalb des Stadtteils Einfluss nehmen kann? Das erschließt sich mir bei diesem System nicht.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich habe es gesagt, wir sind gerade in der Erprobung. Wir müssen sowieso noch bestimmte Regelwerke aufstellen, insofern kann ich Ihnen das jetzt im Detail nicht beantworten, ob wirklich von außen, aus anderen Stadtteilen, Anregungen kommen können oder ob sich das nur auf das betroffene Gebiet reduzieren lässt.

Ich möchte das noch einmal hervorheben: Wir sind aufgrund der Pandemie in einer bestimmten Situation, und uns sind Bürgerbeteiligungsverfahren absolut wichtig. Deswegen sind wir froh, dass Hamburg das entwickelt hat und wir das jetzt hier implementieren können. Gern nehmen wir solche Fragen auf, wie Sie sie hier gestellt haben, um zu schauen, wie man das dann sauber differenzieren kann.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 3: Sanierung und Modernisierung des Bremer Flughafens

Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhler, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 14. Dezember 2021

Bitte, Herr Kollege Schäck!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Gibt es einen konkreten Sanierungsfahrplan für den Bremer Flughafen, und wie viele finanzielle Mittel stehen für die Sanierung zur Verfügung?
2. Inwieweit sieht der Senat weitere Möglichkeiten, den Bremer Flughafen bei nötigen Sanierungs-, Modernisierungs- und Expansionsmaßnahmen zu unterstützen?
3. Wie steht der Senat einer Zusammenlegung der Bremen Airport Service GmbH und der Bremer Airport Handling GmbH sowie einer Teilprivatisierung?

zung der Gesellschaften gegenüber, um die Restrukturierung und Sanierung des Bremer Flughafens zu unterstützen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski.

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1 und 2: Vor dem Hintergrund der zu dem Zeitpunkt geltenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und als Reaktion auf die Liquiditätskrise der Flughafen Bremen GmbH im Herbst 2019 hat der Aufsichtsrat Anfang März 2020 ein Sanierungsleitbild beschlossen, das als wesentliche Eckpunkte eine Steigerung der Umsatzerlöse durch Steigerung der Passagierzahlen auf 2,7 Millionen pro Jahr bis 2025, eine nachhaltige Erzielung eines Jahresüberschusses von mindestens zwei Millionen Euro pro Jahr, einen nachhaltigen Abbau der Verlustvorräte von 30 Millionen Euro zur Stärkung des Eigenkapitals, die Beschäftigungssicherung beim Gesamtunternehmen bei wettbewerbsfähigen und angemessenen Personalkosten, einschließlich der Personal- und Organisationsstrukturen, sowie die Erreichung einer Klimaneutralität des Flughafenbetriebs und die Einwirkung auf die Airlines zur Reduzierung der CO₂-Emissionen zum Inhalt hatte.

Der Ausbruch der Coronapandemie, in dessen Folge Ende März 2020 der kommerzielle Flugbetrieb am Flughafen Bremen zeitweise zum vollständigen Erliegen kam, hat die dem Sanierungsleitbild zugrunde liegenden Annahmen in kürzester Zeit obsolet werden lassen und eine vollständige Überarbeitung erforderlich gemacht.

Das angepasste Sanierungsleitbild, das vom Aufsichtsrat im August 2020 beschlossen wurde, sieht nunmehr als wesentliche Eckpunkte eine Steigerung der Umsatzerlöse durch Steigerung der Passagierzahlen auf zwei Millionen bis 2025, die Erzielung eines nachhaltig ausgeglichenen Jahresergebnisses bis 2025 und eine nachhaltige Senkung der Kostenstruktur um 12,5 Millionen Euro pro Jahr, einen sozialverträglichen Personalabbau, um wettbewerbsfähige Personalkosten einschließlich der Personal- und Organisationsstrukturen zu erreichen, sowie die Klimaneutralität des Flughafenbetriebs und die Einwirkung auf die Airlines zur Reduzierung der CO₂-Emissionen vor. Im Senat und im Ausschuss für die Angelegenheiten der

stadtbremischen Häfen wurde fortlaufend über den Sanierungsfortschritt berichtet, zuletzt am 16. beziehungsweise am 24. November 2021.

Flankierend zur betrieblichen Umsetzung des Sanierungskonzepts hat die Freie Hansestadt Bremen als alleinige Gesellschafterin in einem erheblichen Umfang Verantwortung für die finanzielle Stabilisierung der Gesellschaft übernommen. Auf Basis der Bundesregelung für Rekapitalisierungsmaßnahmen und nachrangiges Fremdkapital 2020 können und werden die Jahresfehlbeträge der massiv durch die Pandemie geprägten Jahre 2020 und 2021 kompensiert.

Der Ausgleich der coronabedingten Schäden für das Jahr 2020 in Höhe von 27 Millionen Euro ist nach Beschlussfassung der parlamentarischen Gremien im Dezember 2021 erfolgt, für das Jahr 2021 werden die coronabedingten Schäden auf Basis des festgestellten Jahresabschlusses ermittelt und die zuständigen parlamentarischen Gremien im zweiten Quartal des Jahres hiermit befasst.

Investitionen in die Flughafeninfrastruktur können in der Freien Hansestadt Bremen auf Grundlage einer entsprechenden Förderrichtlinie seit dem 1. Juli 2021 mit einem Zuschuss in Höhe von bis zu 50 Prozent der Investitionssumme gefördert werden. In diesem Rahmen sind bereits 3,7 Millionen Euro an Investitionszuschüssen bewilligt worden. Für die Jahre 2022 und 2023 stehen bis zu zehn Millionen Euro für weitere Investitionszuschüsse zur Verfügung. Zusätzlich hat die Freie Hansestadt Bremen seit dem Jahr 2019 die Finanzierung der Kosten der Flughafenfeuerwehr im Umfang von rund 4,2 Millionen Euro pro Jahr übernommen.

Mit diesen Maßnahmen schöpft die Freie Hansestadt Bremen den ihr zur Verfügung stehenden rechtlichen Handlungsspielraum zur finanziellen Unterstützung vollständig aus. Zur weiteren Entlastung des Betriebs der Gesellschaft wird aktuell die Aufspaltung des Flughafens in eine Betriebsgesellschaft und eine Eigentümergesellschaft in Form eines Teilsondervermögens zusammen mit dem Senator für Finanzen intensiv geprüft.

Zu Frage 3: Im Zuge des umfangreichen Sanierungsprozesses bei der Flughafen Bremen GmbH wird auch die Frage der mittel- und langfristigen Unternehmensstruktur betrachtet. Dies ist aktuell jedoch noch Gegenstand der internen Prüfung. Eine abschließende Bewertung, auch zu den Potenzialen einer möglichen teilweisen Beteiligung privater Dritter, liegt noch nicht vor.

Die in der Frage konkret angesprochene Zusammenlegung der Bremen Airport Service GmbH, BAS, und der Bremen Airport Handling GmbH, BAH, leistet jedoch absehbar keinen Beitrag zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und wird deshalb als Option nicht verfolgt. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Schäck, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Um es zu konkretisieren, habe ich eine Nachfrage zu Frage 3: Die Zusammenlegung der beiden GmbHs, die dort aufgeführt worden sind, ist für Sie im Moment keine Option, weil das das Problem aus Ihrer Perspektive nicht lösen würde. So habe ich das verstanden. Ist das korrekt?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Wir hatten in der Antwort auch gesagt, dass wir uns langfristig mit der Unternehmensstruktur beschäftigen, insofern ist die bestehende Struktur aus der Muttergesellschaft und den beiden Tochtergesellschaften Gegenstand der Prüfung, und es ist nicht in Stein gemeißelt, dass das so bleiben wird.

Ich hatte zudem dargestellt, dass wir auch die Trennung von Betrieb und Besitz prüfen. Insofern ist die zukünftige Unternehmensstruktur Gegenstand dieses Prozesses. Sie hatten nachgefragt, kurzfristig die BAS und die BAH zu fusionieren. Darin sehen wir in der Tat keinen wirtschaftlichen Nutzen, weil beide Gesellschaften über keinen eigenen verwaltungstechnisch administrativen Überbau verfügen, bei dem man kurzfristig Einsparungen realisieren könnte. Genau deswegen ist diese Frage Gegenstand des längerfristigen Prozesses.

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Schäck, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Eine abschließende Frage habe ich noch. Sie sagten eben, dass im Moment verschiedene Optionen der gesellschaftlichen Umstrukturierung Bestandteil interner Diskussionen sind. Können Sie einen Zeithorizont nennen, wann das Ganze ein bisschen spruchreifer ist oder wann wir darüber offener gemeinsam sprechen können?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Hinsichtlich der Aufspaltung von Besitz und Betrieb sind wir mitten im Prozess, da werden im Moment entsprechende rechtliche Bewertungen erstellt, die wir in naher

Zukunft haben werden. Deswegen gehen wir davon aus, dass wir den Diskussionsprozess auf jeden Fall noch im ersten Halbjahr führen. Wir würden anstreben, diesen Prozess im Laufe dieses Jahres auch zu Ende zu bringen, sodass man möglicherweise zu Beginn des neuen Jahres mit der neuen Struktur gleich starten kann, aber da folgt nach der Bewertung, der internen Diskussion und der Prüfung auch noch ein umfassender parlamentarischer Prozess.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen zu dem Thema liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 4: Sicheres Ankommen in Bremen: Weibliche Security in Erstaufnahmestellen und Wohneinrichtungen?

Anfrage der Abgeordneten Birgit Bergmann, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 14. Dezember 2021

Bitte, Frau Kollegin Bergmann!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Welche Aufnahmestellen und Wohneinrichtungen mit welchen Angeboten dienen derzeit der Unterbringung von weiblichen und queeren Menschen in Bremen?
2. Bereits vor Jahren hatten Übergriffe durch Securitymitarbeiter auf weibliche Bewohnerinnen die Diskussion auf den Plan gerufen, neben männlichen auch weibliche Securitymitarbeiterinnen in den Unterkünften zu beschäftigen. Inwieweit konnte der Senat diesen Plan umsetzen, und welches Verbesserungspotenzial besteht nach wie vor?
3. In welchen Einrichtungen beschäftigt der Senat heute männliche und weibliche Securitymitarbeiter und -mitarbeiterinnen, und in welchen davon sind weibliche Securitymitarbeiterinnen an sieben Tagen rund um die Uhr vor Ort?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Senatorin Anja Stahmann.

Senatorin Anja Stahmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Grundsätzlich hält der Senat Unterbringungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen aller Geschlechtsidentitäten vor. Einrichtungen für

Frauen finden sich in der Friedrich-Rauers-Straße, in der Kreinsloger Straße sowie in der Elsflether Straße. Letztere ist insbesondere traumatisierten Frauen vorbehalten. Für queere Menschen werden Einzelfalllösungen gesucht. Dies ist aber nur möglich, wenn sich die Betreffenden zu erkennen geben.

Zu Frage 2: Für die Erstaufnahme- und Wohnrichtungen für geflüchtete Menschen gibt es ein Gewaltschutzkonzept. Darin ist unter anderem festgehalten, dass der Wachdienst nach Möglichkeit gemischtgeschlechtlich besetzt sein soll. Die Sicherheitsdienste sind aufgefordert, Frauen im Wachdienst einzusetzen. Allerdings können sie nicht genügend weibliches Personal anstellen, die Bewerberinnenlage gibt das nicht her.

Zu Frage 3: Die Sicherheitsdienste teilen uns mit, dass sie männliche und weibliche Securitykräfte je nach Verfügbarkeit in sämtlichen Unterkünften einsetzen. In fünf Einrichtungen ist die Anwesenheit weiblicher Sicherheitskräfte an sieben Tagen rund um die Uhr gewährleistet, das sind die Einrichtungen der Erstaufnahme in der Lindenstraße und in der Hans-Böckler-Straße, die Übergangswohnheime für Frauen in der Kreinsloger Straße und in der Elsflether Straße sowie das Übergangswohnheim in der Steingutstraße.

Das Übergangswohnheim Am Wall hat weibliche Kräfte in allen Schichten, das bedeutet, an den Wochenenden rund um die Uhr sowie unter der Woche immer nachts. Im Übergangswohnheim Friedrich-Rauers-Straße sind weibliche Kräfte in den Nachtschichten anwesend, und in der Jugendherberge, einer Außenstelle der Erstaufnahme, ist ihre Anwesenheit in den Tagschichten gewährleistet. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Bergmann, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Was hat der Senat bisher unternommen, oder welche Anstrengungen wurden unternommen, um den Anteil der Frauen in Securitybereichen zu erhöhen? Gibt es Möglichkeiten, etwas dazu beizutragen, dass sich die Bewerberzahl erhöht? Das ist ja schon ein Problem, es ist ein gravierendes Problem, was möglicherweise hinten herauskommt.

Senatorin Anja Stahmann: Der Senat hat sehr früh an einem Gewaltschutzkonzept gearbeitet, das wir damals noch zusammen mit Frau Hauffe entwickelt

und dann mit Frau Wilhelm als der Landesfrauenbeauftragten weiterentwickelt haben. Bei den Ausschreibungen, die durch Immobilien Bremen erfolgen, wird das auch abgefragt und angefordert.

Einen direkten Einfluss darauf, wie viele Frauen sich für diesen Beruf interessieren, haben wir nicht. Wir können dazu ermuntern, das Arbeitsfeld kann durch die Firmen sicherlich auch dargestellt und bekannt gemacht werden, aber ich habe bislang den Eindruck gewonnen, wenn wir in 2013 sehr wenige Frauen in diesem Bereich hatten, dass es eine deutliche Entwicklung hin zu mehr weiblichem Securitypersonal gegeben hat und dass auch eine höhere Sensibilisierung dafür da ist, auch bei den Leitungen. Es kommt aus meiner Sicht immer darauf an, dass Konzepte, die genderorientiert oder an Vielfalt ausgerichtet sind, von den jeweiligen Leitungen auch gelebt werden.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Auch angesichts der Fortschritte, die im Laufe der Jahre gemacht wurden: Stimmen Sie mit mir überein, dass wir noch nicht am Ziel sind?

Senatorin Anja Stahmann: Die Auffassung teile ich, Frau Bergmann, wir sind dann zufrieden, wenn wir noch mehr Frauen bekommen haben. Sie haben der Antwort entnehmen können, dass wir in einigen Einrichtungen schon sehr gute Erfolge erzielt haben, aber dass es an der Stelle doch noch einiges zu tun gibt.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 5: Wie werden die Notrufsäulen in Bremen genutzt?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 20. Dezember 2021

Frau Kollegin, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie häufig wurden die Notrufsäulen am Bremer Hauptbahnhof seit ihrer Einführung für echte Notfälle genutzt, und in wie vielen Fällen waren es Fehlalarme beziehungsweise Spaßmeldungen?

2. Wie schätzt der Senat die Sichtbarkeit und Bekanntheit der Notrufsäulen am Bremer Hauptbahnhof ein, und wie will er diese gegebenenfalls noch steigern?

3. Inwieweit ist es geplant, noch mehr dieser Notrufsäulen im Stadtgebiet einzusetzen?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Kontaktsäulen am Hauptbahnhof wurden zwischen der Einführung im April 2020 und dem Jahresende 2021 insgesamt 771 Mal betätigt, davon 611 Mal missbräuchlich, das heißt, in 79 Prozent der Fälle. Die Säulen wurden sehr häufig versehentlich durch Kinder betätigt, welche im Vorbeilaufen an der Kontaktsäule gedrückt haben. In nur 80 Fällen musste ein Einsatz ausgelöst werden, meist anlässlich von Meldungen über hilflose Personen, Körperverletzungen oder Betäubungsmitteldelikten. In den übrigen Fällen wurden Fragen von Bürger:innen beantwortet, die keinen Einsatz auslösten.

Der Nutzen der Kontaktsäulen wird durch die Polizei Bremen insgesamt als sehr positiv gewertet.

Zu Frage 2: Die Sichtbarkeit und Bekanntheit der Kontaktsäulen wird derzeit als ausreichend eingeschätzt. Durch die auffällige neonfarbene Gestaltung der Säulen sind diese bereits gut erkennbar. In Kürze werden Hinweisschilder oberhalb der Säulen ergänzt.

Darüber hinaus sind die Säulen in Kooperation mit dem Landesbehindertenbeauftragten und der Bremer Straßenbahn AG, BSAG, an das Blindensystem angeschlossen worden. Eine Blindenschrift wird zeitnah ergänzt. Um den Bekanntheitsgrad der Säulen noch weiter zu steigern, ist weitere Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere mit einem Informationsfilm der BSAG, geplant.

Zu Frage 3: Die Polizei Bremen prüft die Einrichtung weiterer Säulen an den Bushaltestellen zwischen Straßenbahnhaltstellen und IntercityHotel sowie beim neuen Fernbusterminal. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Ist Ihnen bekannt, dass sehr viele Bremer Bürgerinnen und Bürger sagen, dass sie von der Säule oder den Säulen überhaupt gar nichts wissen und sie auch nicht erkennen würden? Sie haben eben gesagt, Sie möchten oben ein Schild anbringen. Gleichzeitig haben Sie gesagt, die Säulen wären gut sichtbar. Was ist da konkret noch an Veränderung geplant? Ich habe den Eindruck, dass die Menschen von diesen Säulen gar nichts wissen.

Staatsrat Olaf Bull: Nach dem Eindruck der Polizei sind die Säulen schon gut sichtbar, dessen ungeachtet betreiben wir diese beschriebenen Verbesserungen, die wir mit dem Landesbehindertenbeauftragten zusammen vornehmen. Ich nehme Ihren Hinweis zur Kenntnis, dass Sie offenbar eine andere Rückmeldung erfahren haben. Dann ist es umso besser, dass wir weiter an der Bekanntheit und Sichtbarkeit arbeiten.

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Können Sie mir sagen, für welche Gruppen oder für welche Menschen oder Zwecke diese Notrufsäulen maßgeblich aufgestellt wurden?

Staatsrat Olaf Bull: Die Säulen sind für alle Personen da, die Hilfe brauchen, und zwar akut. Sie sehen an der Antwort des Senats aber auch, dass durch den Dialog mit der Person, die über die Säule mit der Bürgerin/dem Bürger spricht, auch einfache kurze Fragen beantwortet werden können.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? – Bitte sehr!

Abgeordnete Sigrid Grönert (CDU): Eigentlich war die Frage jetzt nicht so ganz beantwortet. Ich hatte nach dem Anlass gefragt, warum sie aufgestellt wurden, nicht nach dem, was jetzt passiert. Oder habe ich irgendetwas überhört? Damit die Menschen fragen können?

Staatsrat Olaf Bull: Ich hatte berichtet, dass in 80 Fällen Einsätze ausgelöst wurden. Es geht im Wesentlichen um hilflose Personen, Körperverletzungen und Betäubungsmitteldelikte.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 6: Montagsspaziergänge (Corona) und Gegengruppierungen in Bremen Stadt
Anfrage des Abgeordneten Peter Beck (BIW)
vom 6. Januar 2022

Bitte schön, Herr Kollege!

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Ich frage den Senat:

1. Wie viele sogenannte Querdenker und Rechtsradikale nehmen nach Erkenntnissen des Senats an den Montagsspaziergängen in Bezug auf die Coronaverordnungen teil?

2. Welche Sicherheitsbehörde meldet dem Senat die Anzahl von sogenannten Querdenkern und Rechtsradikalen, die an den Montagsspaziergängen teilnehmen, und woran machen die Sicherheitsbehörden fest, dass es sich bei diesen um Querdenker und/oder Rechtsradikale handelt?

3. Gibt es Erkenntnisse seitens des Senats, wie viele linkspolitische und linksradikale Gruppierungen diese Montagsspaziergänge stören, und sind unter diesen auch bremische Politiker der Linkspartei bekannt?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Teilnehmerzahlen der sogenannten Montagsspaziergänge schwankten in den vergangenen Wochen stark und reichten von niedrigen zweistelligen bis zu mittleren dreistelligen Zahlen an Teilnehmenden. An den Protesten beteiligen sich regelmäßig Angehörige der vom Landesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall behandelten Gruppierung „Querdenken 421“ und einzelne Rechtsextremisten sowie „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“.

Zu Frage 2: Die Zahl der Teilnehmenden solcher Proteste wird durch die Polizeibehörden erfasst. Das Landesamt für Verfassungsschutz klassifiziert die Anzahl der teilnehmenden „Querdenker“, „Reichsbürger“, „Selbstverwalter“ und Rechtsextremisten nach eigenständiger detaillierter Prüfung und Bewertung.

Zu Frage 3: Seit Beginn der sogenannten Spaziergänge organisieren verschiedene Gruppierungen

Gegenproteste. An diesen Versammlungen beteiligen sich in hoher Zahl Personen, die dem bürgerlichen Spektrum zugeordnet werden können. Zusätzlich treten die dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum zuzuordnenden Gruppierungen „Basisgruppe Antifa“ sowie Akteure der linksextremistisch geprägten Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ als Organisator:innen der Gegenproteste in Erscheinung.

Gemäß der gesetzlichen Aufgabenwahrnehmung des Landesamtes für Verfassungsschutz werden lediglich Teilnehmer:innen erfasst, die einer links-extremistischen gewaltorientierten Gruppierung zugeordnet werden können. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Peter Beck (BIW): Am Montag vor einer Woche stand ich hier vor dem Haus der Bürgerschaft und habe mir das ganze Spektakel angesehen. Wie hoch ist die Anzahl der nicht politisch interessierten, sondern der erlebnisorientierten Jugendlichen bei diesen Montagsspaziergängen und den Gegendemonstrationen?

Staatsrat Olaf Bull: Herr Abgeordneter, ich glaube, es gibt so einen Anteil. Den kann ich aber nicht taxieren, und ich finde es gut, dass Sie sich von dem Spektakel ferngehalten haben.

(Beifall SPD)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 7: Ausfall des kleinen Studiobades im Unibad: Welche Auswirkungen ergeben sich für das Schul- und Vereinsschwimmen sowie den Hochschulsport?

Anfrage der Abgeordneten Christopher Hupe, Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Januar 2022

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

1. Wie beurteilt der Senat den Ausfall des kleinen Studiobades im Unibad grundsätzlich, und welche

Auswirkungen hat dieser auf das Schul- und Vereinsschwimmen sowie den Hochschulsport?

2. Welche Kompensationsmaßnahmen sieht der Senat im Bereich des Schul- und Vereinsschwimmens sowie des Hochschulsports in diesem Zusammenhang vor?

3. Hält der Senat an der Zielsetzung fest, das Unibad so lange wie möglich offen zu halten, um so auch die durch die anstehenden Baumaßnahmen am Westbad ausfallenden Wasserzeiten – insbesondere für das Schul- und Vereinsschwimmen – kompensieren zu können?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski.

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Hintergrund des Ausfalls sind die nunmehr bald 45 Jahre alten Hydraulikstempel des Hubbodens, die in erheblichem Umfang korrodiert und undicht geworden sind. Es trat in großem Umfang Hydrauliköl in das Badewasser aus. Zur Behebung des Schadens wäre die Erneuerung der nicht mehr reparablen Hydraulikstempel zwingend erforderlich. Weiterhin ist die zugehörige Steuerung des Hubbodens aufgrund des Alters inzwischen extrem störanfällig. Eine erste Kostenschätzung für die erforderlichen Arbeiten beläuft sich auf etwa 150 000 Euro. Eine Inbetriebnahme nach den notwendigen Reparaturmaßnahmen könnte aufgrund der langen Lieferzeiten der Ersatzteile erst im Sommer 2022 erfolgen.

Durch den Ausfall des Studiobades sind keine unmittelbaren Auswirkungen auf das Schul- beziehungsweise Vereinsschwimmen zu erwarten. Auswirkungen gibt es jedoch für den Verein für Hochschulsport unter anderem beim Angebot für Kindergärten und der Aquagymnastik, da diese Kurse bis zur Behebung des Schadens nicht im Studiobad stattfinden können.

Als Alternative zu einer Erneuerung der Hydraulikanlage wird seitens der Universität die Festsetzung des Hubbodens auf eine nichtschwimmerbeckenübliche Wasserhöhe von 1,25 Meter geprüft. Dafür ist eine statische Untersuchung erforderlich. Das Studiobad könnte bei Umsetzung dieser Maßnahme in circa drei Monaten den Betrieb wieder aufnehmen. Eine Kostenschätzung liegt hierfür

noch nicht vor und wird seitens der Universität derzeit erarbeitet.

Zu Frage 2: Bis zur Fertigstellung der Reparaturen im kleinen Studiobad können dort keine Kurse des Vereins für Hochschulsport angeboten werden. Da im Land Bremen derzeit nicht ausreichend Wasserflächen zur Verfügung stehen, ist keine vollständige Kompensation an anderer Stelle möglich. Hier müssen im Einzelfall Lösungen gefunden werden, die einen Ausgleich zwischen den Bedarfen der unterschiedlichen Nutzergruppen schaffen.

Zu Frage 3: Der bauliche Zustand des Unibades ist in einem erheblichen Umfang kernsanierungsbedürftig. Die Fortsetzung des ursprünglich nur bis 2019 vorgesehenen Betriebs des Unibades führt weiterhin fortlaufend zu einer Erhöhung des Ausfallrisikos des Bades, einschließlich des damit verbundenen zu erwartenden Reparaturbedarfs und deren Kosten.

Seitens der Universität wurde im Dezember 2021 nach Aufforderung durch die Senatorin für Wissenschaft und Häfen ein Gutachter beauftragt, der den Zustand des Unibades fachlich bewerten soll. Es werden folgende Bereiche extern geprüft: Schadstoffbelastung, Brandschutz sowie eine bauliche und technische Zustandsbewertung. Ein Ergebnis liegt voraussichtlich im Februar 2022 vor. Der Senat wird nach Vorliegen des oben genannten Gutachtens über das weitere Vorgehen entscheiden.

Der Senat hält an der Zielsetzung fest, das Unibad so lange wie möglich offen zu halten, um die Bedarfe des Schul- und Vereinsschwimmens decken zu können. Hierzu ist eine Gesamtbewertung erforderlich, in die neben den zu erwartenden Bau- und Sanierungskosten und dem bestehenden Ausfallrisiko des Unibades, ganz wesentlich die durch die laufende Sanierung des Westbades wegfallenden Wasserzeiten einfließen werden. Der Senat wird daher nach Vorliegen des oben genannten Gutachtens abschließend über das weitere Vorgehen entscheiden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben erwähnt, dass der Ausfall für den Hochschulsport nicht kompensiert werden kann. Was bedeutet das denn für den Verein für Hochschulsport, der ja den Sportauftrag nach dem Hochschulgesetz ausfüllt?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Das bedeutet im Moment, dass man sich dort natürlich bemüht, Alternativen für das Studiobad zu finden. Ich hatte aber auch darauf hingewiesen, dass die Wasserzeiten insgesamt auf allen Wasserflächen für den gesamten Bedarf nicht hinreichend sind. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Insofern ist noch nicht vollständig klar, welche Teile des Angebots dann erst einmal überhaupt nicht stattfinden können und in welchem Umfang eine Kompensation dadurch gefunden werden kann, dass sie noch in anderen Bädern mit hineinrutschen können. Im schlimmsten Fall bedeutet es aber in der Tat, dass diese Kurse, die dort stattfinden sollten, dann tatsächlich in diesem Zeitraum nicht stattfinden können, solange das Studiobad nicht nutzbar ist.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Im Studiobad finden ja auch viele Schwimmausbildungskurse statt, Lernkurse, die jetzt ausfallen. Sie haben gerade erwähnt, wie versucht wird, das zu kompensieren, aber meine Frage dahin gehend ist: Wenn es jetzt so kommen sollte, dass die Wasserhöhe auf 1,25 Meter festgestellt wird, sind diese Kurse für Schwimmanfänger:innen dann wieder möglich?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Ich hatte gerade heute Morgen hierzu noch eine Besprechung mit der Kanzlerin der Universität und dem zuständigen Leiter des Baudezernats an der Universität. Über die 1,25 Meter muss man dann natürlich noch entscheiden. Man kann sich auch für eine Höhe von einem Meter oder 90 Zentimetern entscheiden, das muss man dann sicherlich noch einmal sehen. Der Punkt ist eben nur, dieser eigentlich hydraulisch bewegbare Hubboden wäre dann auf eine Höhe festzusetzen und würde da dann zunächst bis zur, ich sage einmal, größeren Reparatur verbleiben. Das muss man dann so einstellen, dass es für die Bedarfe am besten passt. Insofern sind die 1,25 Meter erst einmal als Platzhalter zu verstehen.

Präsident Frank Imhoff: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben erwähnt, und das wissen wir ja auch alle, dass das Unibad stark kernsanierungsbedürftig ist. Wie viel wurde aber denn in den letzten Jahren für die Wartung und Instandhaltung tatsächlich aufgewendet, und wie hoch waren da die

Anmeldungen der Universität gegenüber dem Ressort für den Haushalt?

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Ich habe mich mit der Vergangenheit, zumindest mit der absehbaren oder überschaubaren Vergangenheit, sehr intensiv im Zusammenhang mit dieser gesamten Fragestellung beschäftigt. Tatsächlich ist es so, dass schon vor einigen Jahren der Betrieb geplant eingestellt werden sollte. Es hat dann schon vor einigen Jahren die Entscheidung gegeben, dass das Unibad bis zur Fertigstellung des Horner Bades, bis zur Umsetzung des Bäderkonzepts weiterhin offen gehalten werden soll. Tatsächlich ist es so, dass nicht für alle Sanierungen, die man hätte durchführen können, um einen sehr langfristigen Betrieb zu ermöglichen, die Mittel da waren, weil eben ja tatsächlich nicht geplant war, das Bad so lange offen zu halten.

Allein an Betriebskosten im aktuell laufenden Betrieb verbraucht das Unibad circa zehn Prozent der Mittel, die für sämtliche Investitions- oder Sanierungsmaßnahmen der Universität im Jahr verfügbar sind. Das ist ein Betrag zwischen 500 000 und 600 000 Euro. Das macht die Größenordnung deutlich, in der das Unibad in seinem aktuellen Zustand den Haushalt der Universität belastet. Es gibt jetzt keine vollständige Übersicht, was für eine Summe da herauskommen würde, wenn man einen Strich unter alles das, was man machen könnte, ziehen würde, weil der Plan ja nach wie vor ist, das Angebot des Unibades dann einzustellen, wenn das Bäderkonzept entsprechend umgesetzt ist. Insofern müssen wir auch beim Thema Studiobad jetzt eine vernünftige Abwägung treffen zwischen dem, was man dort investiert, um temporär das Angebot aufrechterhalten zu können, aber man wird da eben auch keine sehr umfängliche Erneuerung anstreben können. Da sind wir jetzt aktuell mitten im Prozess.

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Christopher Hupe (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, weil ich glaube, dass der zweite Teil meiner Frage untergegangen ist. Ich hatte danach gefragt, was die Universität denn dem Ressort gegenüber konkret in den letzten Jahren für den Haushalt angemeldet hat, um das Studiobad und das Unibad im Generellen instand halten zu können, wenn das, wie Sie gesagt haben, über die Kosten hinausgeht.

Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski: Es haben keine über die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs in die Zukunft gerichteten Investitionsmaßnahmen stattgefunden. Das war aber auch eigentlich allen Beteiligten seit einigen Jahren klar – ich glaube, im Jahr 2014 ist diese Entscheidung getroffen worden, dass man versucht, die Bäder erst einmal weiter zu betreiben –, dass das eben nicht möglich ist. Insofern war das eigentlich auch immer der Konsens, der bestanden hat. Es wären hierfür sicherlich einige Millionen Euro erforderlich, wenn man das in dieser umfassenden Weise angehen würde.

Deshalb würde ich die Universität da auch gern in Schutz nehmen, was so ein bisschen den Unterton Ihrer Frage angeht, weil die Universität im Rahmen ihrer Möglichkeiten das getan hat, was sie tun konnte, und wir müssen eben feststellen, dass der Bau des Horner Bades tatsächlich mehr Zeit in Anspruch genommen hat, als ursprünglich vorgesehen war und dass die gesamte Umsetzung des Bäderkonzepts einfach mehr Zeit in Anspruch nimmt. Die Universität tut alles, was sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten tun kann, um den laufenden Betrieb aufrechtzuerhalten, und sie konnte es mit den Möglichkeiten, die sie hat, auch nicht verhindern, dass nach 45 Jahren dann jetzt so ein Hydraulikstempel eine grundsätzliche Betriebsstörung hat.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Anfrage 8: Zusätzliche Klassenverbände an Grundschulen innerhalb der Stadtgemeinde Bremen

Anfrage der Abgeordneten Yvonne Averwenser, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 18. Januar 2022

Frau Kollegin Averwenser, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Yvonne Averwenser (CDU): Wir fragen den Senat:

1. In welchem Umfang besteht an welchen Schulen im Nachgang an die im Dezember 2021 erfolgte Deputationsbefassung zur Planung des Aufnahmeverfahrens für den ersten Jahrgang des Schuljahrs 2022/2023 an öffentlichen Schulen noch zusätzlicher Bedarf, kurzfristig weitere Klassenverbände einzurichten?

2. Wann wurden die jeweiligen Leitungen der hiervon betroffenen Schulen über diese Planungen unterrichtet, welche etwaigen Probleme erwachsen

an den einzelnen Schulen aus dieser Situation, und wie unterstützt der Senat sie konkret bei der Deckung zusätzlicher Bedarfe?

3. Was gedenkt der Senat zu unternehmen, um die Reliabilität der Planungen im Rahmen des Aufnahmeverfahrens für den ersten Jahrgang der Grundschulen zukünftig zu erhöhen, sodass Schulleitungen gegebenenfalls frühzeitiger Planungssicherheit haben?

Präsident Frank Imhoff: Die Anfrage wird beantwortet von Senatorin Sascha Karolin Aulepp.

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Bislang mussten aufgrund der vorliegenden hohen Anmeldezahlen für die Jahrgangsstufe eins zum Schuljahr 2022/2023 in den folgenden Planbezirken zusätzliche Klassenverbände abweichend von der Kapazitätsplanung eingerichtet beziehungsweise umgesteuert werden:

In Hemelingen wird ein zusätzlicher Klassenverband an der Schule an der Parsevalstraße eingerichtet. In Osterholz wird aufgrund der weiterhin hohen Anmeldezahlen im Bereich Tenever ein zusätzlicher Klassenverband an der Schule am Pfälzer Weg eingerichtet.

In Huchting wird aufgrund des Anmeldeüberhangs an der Schule an der Delfter Straße von 21 Schüler:innen ein Klassenverband von der Schule Grolland an die Schule an der Delfter Straße verschoben. Das hat die Regionalkonferenz unter Beteiligung der Schulleitungen und der Elternvertretungen einvernehmlich beschlossen. Das bedeutet allerdings auch für die Schule an der Delfter Straße, dass sie erneut mit fünf Klassenverbänden in Jahrgang eins beginnt. Diese zusätzlichen Klassenverbände beziehungsweise Verschiebungen wurden kurzfristig vorgenommen, damit für alle Schüler:innen eine wohnortnahe Beschulung sichergestellt werden kann.

Aufgrund der noch nicht vollständig abgeschlossenen Regionalkonferenzen in einigen Planbezirken kann noch nicht abschließend gesagt werden, ob weitere Verschiebungen von Klassenverbänden oder gegebenenfalls die Einrichtung zusätzlicher Klassenverbände gegenüber der ursprünglichen Kapazitätsplanung erforderlich werden. Die Anzahl der tatsächlichen Einschulungskinder verändert sich erfahrungsgemäß bis zum Sommer durch

die noch ausstehenden Rückstellungen im Rahmen der schulärztlichen Untersuchungen, durch noch nicht abgeschlossene sonderpädagogische Statuierungen sowie Nachrückmöglichkeiten auf der Warteliste an anderen Schulen. Hierdurch ist es in den vergangenen Jahren wiederholt zur Reduzierung der ursprünglich geplanten Schüler:innenzahlen an einzelnen Schulen gekommen.

Zu Frage 2: Die betroffenen Schulleitungen wurden während des laufenden Anmeldeprozesses regelmäßig über die Kapazitätsplanungen, erforderliche Veränderungen und mögliche zusätzliche Klassenverbände informiert und in die Beratungen und Entscheidungen eingebunden.

Nach Abschluss der Regionalkonferenzen werden mit den Schulen, an denen zusätzliche Klassenverbände eingerichtet werden müssen, Beratungs- und Planungsgespräche durchgeführt, um die weiteren Schritte zu beraten und die erforderliche Unterstützung für die Schulen umsetzen zu können.

Zu Frage 3: Ziel des Senats ist es, die Kapazitätsplanungen für die kommenden Einschulungsjahrgänge mit noch zuverlässigeren Planungszahlen zu hinterlegen. Dazu sollen insbesondere vertiefte Erkenntnisse aus der Analyse der Entwicklung der Zahlen des Einwohnermeldeamtes gezogen werden.

Die der Schüler:innenzahlprognose und der Schulstandortplanung zugrunde liegende Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes hat sich grundsätzlich als geeignetes Prognoseinstrument erwiesen, wenngleich es in einigen Planbezirken zu Abweichungen gekommen ist. Die Schulstandortplanung wird in diesem Jahr im turnusgemäßen Zweijahresrhythmus auf der Grundlage der aktuellen Fortschreibung der Bevölkerungsvorausberechnung, die nun kleinräumig erstmals bis 2030 reicht, angepasst. Dazu ist wie 2018 und 2020 ein Beteiligungsverfahren für die Schulen und die Beiräte vorgesehen.

Für die Zeit bis zur baulichen Realisierung der im Schulstandortplan skizzierten Ausbaumaßnahmen sind voraussichtlich auch weiterhin Maßnahmen zur kurzfristigen Schaffung zusätzlicher Kapazitäten an Schulen erforderlich. Erforderliche zusätzliche Raumkapazitäten für das Schuljahr 2023/2024 werden bereits zeitnah in Angriff genommen, um die kapazitätsmäßige Belastung der Schulen zu reduzieren und eine wohnortnahe Beschulung gemäß Anforderungslinie sicherzustellen. – So weit die Antwort des Senats!

Präsident Frank Imhoff: Frau Kollegin Averwerser, haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Yvonne Averwerser (CDU): Frau Senatorin, vielen Dank für die ausführliche Antwort, die ja zeigt, dass es da tatsächlich Probleme in der konkreten Darstellung der Zahlen zu dem Zeitpunkt gibt, wenn sie darüber beschließen sollen! Wir haben Anfang Dezember, am 1. oder 2. Dezember, darüber beschlossen, und noch keine Woche später hatte ich bei mir im Stadtteil den Hinweis darauf, dass dieser Beschluss eigentlich schon obsolet ist. Inwieweit halten Sie es da für sinnvoll, dass wir zu diesem Zeitpunkt über einen Plan beschließen, der zum großen Teil immer noch virulent ist?

Senatorin Sascha Karolin Aulepp: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, das hat mich auch geärgert. Dann bin ich etwas tiefer eingestiegen und habe festgestellt – was ja jetzt auch vorgetragen wurde – , dass das in der weit überwiegenden Anzahl der Schulen passt und stimmt mit der Kapazitätsvorausberechnung. Das heißt, zu sagen, wir machen das lieber erst später, wenn genauere Zahlen vorliegen, hieße für alle diese Schulen, dass sie eben noch nicht planen können mit den Kapazitätsbeschlüssen der Deputation. Dazu kommt, dass sich ja auch im weiteren Verlauf die Zahlen möglicherweise noch ändern können. Ob das dann tatsächlich die Stärke von Klassenverbänden umfasst, das ist in der Vergangenheit auch schon vorgekommen, aber das kann man natürlich so nicht vorausagen.

Natürlich würde ich mir wünschen, dass insbesondere die Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, dann tatsächlich auch nicht noch weiter zusätzliche Klassenverbände aufnehmen müssen, was ja die räumliche Situation an den Stadtorten auch nicht erleichtert. Ob sich das dann noch bis zum Sommer entwickelt, wird man sehen müssen, aber zu sagen, wir wollen dann lieber die Kapazitäten später beschließen, wäre, finde ich, nicht die beste aller Lösungen. Dass wir sagen, wir schauen uns die Zahlen, die diesen Kapazitätsplanungen zugrunde liegen, noch einmal genau an, und das eben auch direkt, zeitnah, kurz vor der Befassung der Deputation, das ist sicherlich richtig und wichtig.

Präsident Frank Imhoff: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. – Ich bedanke mich für die Beantwortung.

Mit Beantwortung dieser Anfrage sind wir am Ende der Fragestunde angekommen.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist kein Thema beantragt worden.

Daher fahren wir in der Tagesordnung fort.

Mit Bürger:innenforen die Bürgerbeteiligung in Bremen stärken!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE vom 23. November 2021 (Drucksache [20/629 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Thomas Ehmke.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute geht es um eine demokratische Innovation in Bremen, die wir heute hoffentlich auf den Weg bringen werden. Lokale Demokratie muss sich ständig und vor allen Dingen zuhörend weiterentwickeln. Wir wollen mit diesem Antrag und dessen Umsetzung die Bürgerbeteiligung in Bremen stärken und ergänzend zu den sowieso schon bestehenden Beteiligungsformaten hier das Instrument der Bürger:innenforen einführen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Vielleicht haben Sie schon einmal davon gehört, sie heißen ja nicht überall so. In Bremen ist das eben der Name, für den wir uns entschieden haben. Etwas bekannter ist noch die Bezeichnung „Bürger:innenräte“, der Bund hat so etwas eingerichtet, andere Namen sind „losbasierte Bürgerversammlung“, „regionales Politikberatungsverfahren“ oder eben auch „Planungszelle“. Das haben wir in Bremen am Anfang in Huckelriede bei zwei Prozessen auch gehabt.

Das Wesentliche dabei ist, dass die Teilnehmenden für diese Bürger:innenforen durch eine Zufallsauswahl ausgewählt werden. Das hat natürlich den Vorteil, dass Menschen beteiligt werden, die sonst möglicherweise sehr weit weg von der Politik sind

und sich normalerweise nicht politisch Gehör verschaffen. In einem ersten Schritt – das steht in unserem Antrag – wollen wir drei solcher Pilotprojekte auf den Weg bringen, und der Senat ist gehalten, das dann auch umzusetzen.

Wie ich schon gesagt habe, die Bürger:innenforen sind auch in der Lage, unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen mit einzubinden und damit einen wichtigen Impuls für eine lebendige Demokratie zu setzen. Wir wollen Menschen in Prozesse einbinden, die mit den üblichen Beteiligungsformaten eben nicht erreicht werden können. Das ist das Wesen von Bürger:innenforen: Die Teilnehmer werden zufällig ausgewählt. Normalerweise macht man das per Los, da gibt es noch bestimmte Vorgaben, damit darin zum Beispiel nicht nur Männer oder Frauen sind, aber es wird dann am Ende eine sehr heterogen zusammengesetzte Gruppe sein, und die kann auch nicht so klein sein, damit man dann eben wirklich eine repräsentative Gruppe zusammen hat.

In einem demokratischen Gemeinwesen ist es wichtig, dass alle Sichtweisen miteinbezogen werden und sich Gehör verschaffen, um zu einer guten und breit getragenen Entscheidung zu kommen. Wir haben das – darüber haben Sie vielleicht schon ab und zu einmal gelesen – hier in Bremen nicht erfunden, wir sind aber ziemlich weit voran, wenn Sie das heute beschließen sollten. Das kennen Sie vielleicht aus Irland oder aus Frankreich, aus Großbritannien oder auch aus Belgien, da gibt es viele gute Beispiele. Meistens sind sie verwoben mit dem Thema globale Erwärmung. Da haben wir ja in Bremen das Instrument – –.

(Glocke)

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Saxe, der Kollege Schäck würde gern eine Zwischenfrage stellen.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Wie immer mit größtem Vergnügen!

Präsident Frank Imhoff: Mit größtem Vergnügen! Bitte schön, Herr Schäck!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herzlichen Dank, Herr Kollege! Sie haben eben sehr bildhaft geschildert, wie Sie sich diese Bürgerinnen- und Bürgerforen vorstellen, per Losverfahren, es wird zugelost. Bedeutet das denn, dass diejenigen, die dann ausgelost werden, auch daran teilnehmen müssen, oder ist es eher so, dass diejenigen, die

sich vielleicht auch vorher schon nicht für Politik interessiert haben und da jetzt irgendeine Zulassung bekommen, trotzdem für sich entscheiden, das interessiert mich nicht?

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Schäck, das ist eine berechtigte Frage. Natürlich wird niemand dazu verpflichtet, an solchen Sachen teilzunehmen, das ist doch vollkommen klar. Die Gefahr, die Sie formuliert haben, besteht, ist aber nach den Erfahrungen, die man hat, tatsächlich nicht gegeben. Die Leute sind neugierig darauf, sie empfinden das auch als eine Ehre, daran teilzunehmen, und so sind da Leute mit dabei – . Ich empfehle Ihnen einen Artikel im „Spiegel“, der da einmal ein paar Beispiele ausgegraben hat, in dem Menschen, die bisher überhaupt nichts mit Politik zu tun hatten, plötzlich politisiert wurden und sich danach engagiert haben.

(Glocke)

Die Gefahr besteht, das muss man im Blick haben, deshalb sind Ihre Bedenken zu berücksichtigen, das ist aber jedenfalls bisher in der Praxis so nicht eingetreten.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir in Bremen haben ja unser Bürgerbeteiligungsreservoir eigentlich in den letzten Jahren erfreulich ausgeweitet. Im Jahr 2018 haben wir ein Leitbild der Bürgerbeteiligung formuliert. Wir haben zwei Stellen in der Senatskanzlei geschaffen, dort arbeiten zwei sehr agile und von dem Thema begeisterte Mitarbeiterinnen.

Wir haben hier alle miteinander, alle Fraktionen, die Absenkung der Quoren für Bürgeranträge gemeinsam beschlossen, und nun sollen die Bürger:innenforen kommen. Was versprechen wir uns davon? Das, was ich eben schon gesagt habe: eine Aktivierung politischen Interesses von Menschen, die wir normalerweise nicht erreichen. Der Befund bleibt nämlich immer noch der gleiche: 2015 hatten wir eine Wahlbeteiligung von 50,2 Prozent in Bremen, das heißt, die Hälfte hat sich an diesem Prozess nicht beteiligt. Das war 2019 etwas besser. Der Befund blieb aber trotzdem gleich, nämlich, dass es eine immer weiter auseinandergehende Schere hier in Bremen zwischen Stadtteilen gibt, in denen das Einkommen im Durchschnitt etwas höher ist und in denen es etwas niedriger ist. Da findet schon lange eine Entpolitisierung statt, und da müssen wir als Bremische Bürgerschaft hier, glaube ich, tätig werden.

Bei der Wahlbeteiligung sind wir noch nicht auf der sicheren Seite. Auch da werden wir uns überlegen müssen – da gab es ja einen Ausschuss in der letzten Legislaturperiode –: Haben wir noch Ideen, wie wir auch tatsächlich die Wahlbeteiligung und die politische Aktivierung hier in Bremen besser hinbekommen? Auf Bundesebene hat man das Instrument sehr gut gefunden. Der Unterausschuss „Bürgerchaftliches Engagement“ sieht in Bürger:innenforen ein sinnvolles Instrument, ebenen wir also auch heute hier in Bremen den Weg für diese demokratische Innovation! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Muhammet Tokmak.

Abgeordneter Muhammet Tokmak (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In Bremen haben wir eine erfolgreiche Tradition der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Die Beteiligung wird in Bremen schon immer als wichtiger und bereichernder Bestandteil für politische Entscheidungsprozesse angesehen. Das sehen wir unter anderem auch an dem 2018 verabschiedeten und vorgelebten Bremer Leitbild der Bürgerbeteiligung. Wir wollen – und das ist hier noch einmal zu sagen – Bürgerforen einrichten, da wir sie nämlich als wichtiges zusätzliches Instrument sehen, und zwar zur Verbesserung von Entscheidungsfindungen. Wir sehen in Bürgerforen die Chance, Menschen an dem politischen Willensbildungsprozess – so, wie Herr Saxe es hier auch schon angedeutet hat – teilhaben zu lassen, die sich bisher eher leider nicht in diesen Prozess eingebracht haben.

(Vizepräsidentin Antje Grotheer übernimmt den Vorsitz.)

Wir wollen an dieser Stelle Menschen Gehör verschaffen, die sich bisher nicht an Beteiligungsprojekten in ihren Stadtteilen beteiligt haben. Daher findet Bürger:innenbeteiligung eben oft auch nur durch eine ähnliche Klientel statt: Es sind Menschen, die sich in ihrem Leben immer wieder dafür interessieren und engagieren. Dafür gebührt auch diesen großes Lob und großer Dank.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Ihre Beteiligung ist ein Gewinn für unsere Demokratie, das ist hier auch festzuhalten. Gerade, wenn kontrovers diskutiert wird und sich möglichst viele Menschen einbringen, um eine Entscheidung zu

treffen, entsteht am Ende dieses demokratischen Prozesses nämlich eine große Akzeptanz für getroffene Entscheidungen, und das ist auch wichtig, aber mit der Einführung von Bürgerforen verbinden sich die Hoffnung und der Glaube, eben diesen Kreis von Menschen, die sich engagieren und vor allem, die gehört werden, zu erweitern. Je mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft oder derer, die mit unterschiedlichen Voraussetzungen gesegnet sind, sich daran beteiligen und auch gehört werden, desto mehr Akzeptanz gibt es, und desto besser wird am Ende auch eine Entscheidung in den Stadtteilen. Das ist unser Glaube dabei.

Vielleicht schaffen wir es nämlich auch – und das hat Herr Saxe mir schon vorweggenommen –, dass sie sich durch diese Teilnahme am Bürgerforum, auch bei der Teilhabe am politischen Prozess, auch Gehör verschaffen und sich dort dann auch weiterhin für ihre Stadtteile engagieren, zum Beispiel als Beiräte.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Wir wollen die Entscheidungsfindung verbessern, indem wir neue, innovative Formen des Bürgerdialogs durch Bürgerforen nutzen, ohne das Prinzip der Repräsentation aufzugeben.

Es gibt sehr viele Möglichkeiten, wie Bürgerforen ausgestattet werden können. Unser Ziel ist es, Bürgerforen vor allem einzusetzen, um Menschen zu erreichen, die sich bisher nicht in politische Willensbildungsprozesse eingebracht haben. Wir sehen hier eine Chance, an dieser Stelle mehr Menschen für eine demokratische Teilhabe zu gewinnen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Äußerst wichtig dabei ist, dass Bürgerforen nicht – und das ist mir sehr wichtig, das hier noch einmal klar zu erwähnen! – Entscheidungen vornehmen, die den Beiräten obliegen. Das ist hier an dieser Stelle auch klar zu trennen. Hier gilt es, Kompetenzen zu berücksichtigen und nicht zu beschneiden. Wir stellen uns Bürgerforen nämlich als Ergänzung vor und nicht als etwas Zusätzliches, das am Ende des Tages auch unsere Ortsamtsleiterinnen und -leiter oder die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ortsämter überlasten könnte.

Wir wollen Bürgerforen zu konkreten Fragestellungen wie zum Beispiel der Sicherheit und Sauberkeit in den Quartieren einsetzen und organisieren, das ist eines der Themen, die sie mit bedienen

könnten. Generell müssen wir auch darauf achten, dass die Empfehlungen und die Ergebnisse, die im Bürgerforum getroffen/gefunden werden, auch im späteren Verlauf berücksichtigt werden, meine Damen und Herren. Sie müssen im politischen Gremium beachtet werden. Es darf nicht der Fall eintreten – und davor ist zu warnen! –, dass sie teilnehmen und das Gefühl haben, ihre Arbeit war umsonst. Daher ist die Auswahl der konkreten Fragestellungen auch von immenser Wichtigkeit.

Zum Schluss noch einmal: Immer weniger Menschen engagieren sich in Parteien oder sind bereit, politische Mandate oder Ämter zu übernehmen. Das stellen viele von uns fest, wenn wir ehrlich sind. Das Bürgerforum ist ein innovatives Format mit dem Ziel, mehr Bürger in Diskussionsprozesse einzubeziehen, sie mit politischen Fragestellungen zu konfrontieren und ihr Interesse an demokratischer Teilhabe zu wecken.

Durch die Kombination von Online- oder Präsenzdiskussionen sowie auch innovative Einladungsverfahren werden ganz unterschiedliche Ziel- und Bevölkerungsgruppen erreicht.

(Glocke)

Über die üblichen Verdächtigen hinaus ist damit auch eine vielfältige Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger möglich. Das Ergebnis ist ein Bürgerprogramm mit politisch anschlussfähigen Problemanalysen und konkreten Lösungsvorschlägen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit! Glückauf, und ich komme kein zweites Mal wieder! – Danke schön!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Olaf Zimmer.

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Werte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete! „Gute Bürger:innenbeteiligung stärkt das Vertrauen der Menschen in demokratische Institutionen, stellt Akzeptanz her und erhöht letztendlich die Zufriedenheit der Bürger:innen mit der Demokratie“, so beginnt der Antragstext zu Bürger:innenforen, welchen wir hier heute besprechen und letztendlich beschließen.

Ein kurzer Blick in die Geschichte zeigt, dass Partizipation durch sogenannte Zufallswahl durchaus nicht neu ist. In der Blütezeit der klassisch griechischen Demokratie wurde regelmäßig aus allen

über 30-jährigen Männern per Losverfahren ein 500-köpfiger Rat zusammengestellt, der alle Gesetzesvorschläge vorbereitete, die der Volksversammlung zur Diskussion unterbreitet wurden. In Venedig zum Beispiel wurde zwischen 1268 und 1789 fast ohne Unterbrechung der Doge per Zufallswahl bestimmt. Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden in den Achtzigerjahren die Ideen der Bürgerforen zunächst in Belgien, Frankreich und Irland, heute gibt es so etwas in vielen Städten und Ländern, auch in Deutschland.

Ausgehend von der Erkenntnis, dass viele Bürgerinnen und Bürger auch in Bremen und Bremerhaven das Gefühl haben, in politische Entscheidungsprozesse nicht ausreichend eingebunden zu sein, weil sie zu komplex scheinen und Entscheidungsabläufe an vielen Stellen intransparent wirken, wird hier von uns die Idee der Bürger:innenforen aufgegriffen, um bei diesem Problem Abhilfe zu schaffen. Dabei gibt es verschiedene Möglichkeiten, diese Foren zu bilden: etwa über gezielte Auswahl oder über Einladung, wie zum Beispiel in Osnabrück, dort werden alle Bürger:innen aufgerufen, an den Sitzungen eines der 14 Stadtteilforen teilzunehmen. So können sich alle Menschen in den Prozess einbinden.

Gegenüber diesem Verfahren, das nicht auf den Zufall als Entscheidungskriterium setzt, setzen wir auf die Zufallswahl. Sie bietet nach unserer Überzeugung eine Reihe von Vorteilen: Zum einen bietet die Zufallswahl gegenüber einer gezielten Auswahl formal ein höheres Maß an Chancengleichheit, da bei einem Losverfahren jede Bürgerin und jeder Bürger die gleiche Wahrscheinlichkeit hat, ausgewählt zu werden. Zum anderen sind sogenannte partizipationsferne Bürger:innen besser zu erreichen. Wie auch immer, das Besondere an Bürger:innenforen ist, dass die Teilnehmenden mitten aus der Bevölkerung kommen. Lehrer:innen sitzen dort neben Handwerker:innen, neben Erwerbslosen, Alte neben Jungen, hier Geborene neben Zugewanderten!

Jenseits parteipolitischer Zwänge soll hier, unterstützt von Expert:innen, um die beste Lösung kommunaler Probleme gerungen, und es sollen Empfehlungen ausgesprochen werden. Diese Empfehlungen sollen dann dem jeweils zuständigen Beirat oder der Bremischen Bürgerschaft zur Beratung vorgelegt werden, um so in die Entscheidungsfindung zu gehen. In Betracht kommen dabei unterschiedliche Fragestellungen, wie zum Beispiel Sicherheit und Sauberkeit in den Stadtteilen, zur Verkehrspolitik im Hinblick auf Immissionen oder

zur Parksituation in der Stadt Bremen, wie wir sie in unserem Antrag skizzieren.

So weit, so gut! Wir, DIE LINKE, sind für die Einrichtung solcher Foren, weil es nach unserer Überzeugung nicht falsch sein kann, der von mir zu Beginn beschriebenen Entfremdung vieler Bürger:innen vom politischen Prozess etwas kreatives Neues entgegenzusetzen.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Solche Foren können eine Möglichkeit sein, dass Menschen, die per Losentscheid ausgewählt werden, sich aufgefordert fühlen, an der Lösung konkreter Probleme, die ihre direkte Umgebung betreffen, aktiv mit anderen zu arbeiten, sodass ein Gefühl von Partizipation entstehen kann. Der Aspekt der Zufälligkeit hat einen gewissen Charme, auch, weil eben nicht nur bekannte Ideen/Ideologien vorgetragen werden.

Trotzdem sehen wir auch Wasser im Wein: Laut „Weser-Kurier“ vom 12. September 2021 liegt die Wahlbeteiligung in den sozial besser aufgestellten Stadtteilen bei bis zu 90 Prozent, während die Quote zum Beispiel in Tenever, Ohlenhof, Gröpelingen oder in der Neuen Vahr mitunter bei 50 Prozent und darunter liegt; sicherlich auch, weil der Kampf um das tägliche Überleben die Kraft raubt, sich mit politischen Fragen zu beschäftigen oder wegen des Umstands, dass in den aufgezählten Stadtteilen viele Menschen leben, lachen und arbeiten, die kein Wahlrecht besitzen, obwohl sie teilweise seit Jahrzehnten in Bremen wohnen. Dazu führt das Gefühl vieler Initiativen, trotz diverser Beteiligungsformate nicht gehört zu werden, sowie der Beiräte, die oft genug Ohnmacht bei Entscheidungsfindungen spüren, auf vielen Ebenen zu Frustration und zum berechtigten Zweifel, dass ein neues Format auch eine neue Qualität mit sich bringt.

Hier liegen für uns zentrale Probleme, nämlich in der Frage: Wie öffnen wir die bestehenden, entscheidungsrelevanten demokratisch legitimierten Strukturen für alle Menschen? Wie machen wir sie attraktiv, lebbar und erreichbar, sprich, wie ermöglichen wir es Menschen, die sich offensichtlich nicht gehört, vertreten und wahrgenommen fühlen, aktiv in politische Strukturen einzusteigen, die tatsächlich Entscheidungsbefugnis haben?

Klar ist aber auch, dass die Bürgerforen die Arbeit der demokratisch gewählten Bürgerschaft und der

Beiräte nicht ersetzen können. Gerade in Deutschland ist es zu vermeiden, die Erzählung von einer angeblich abgehobenen Politiker:innenkaste zu verbreiten, die, verstellt von Parteizwängen und Lobbyarbeit, Teil des Problems zu sein scheint. Das wäre eine im Kern antidemokratische Erzählung mit den bekannten Risiken und Nebenwirkungen. Trotz alledem sind und bleiben wir optimistisch und bitten Sie um Zustimmung zu diesem Antrag!
– Besten Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit Ihrem Antrag möchten Sie eine neue Form der Bürgerbeteiligung einführen. Es geht Ihnen um eine Bürgerbeteiligung, in der sich die Bürgerinnen und Bürger in sogenannten Bürgerforen einbringen sollen. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den Entscheidungsprozessen in der Politik sehen wir als CDU-Fraktion sehr positiv und begrüßen grundsätzlich die Stärkung von Bürgerbeteiligung. Doch sind Bürgerforen tatsächlich die richtige Antwort, um ein Mehr an Bürgerbeteiligung zu gewährleisten? Davon sind wir als CDU-Fraktion nicht überzeugt.

Lassen Sie uns aber zuvor den tatsächlichen Zustand in der Stadt Bremen betrachten! Hier stimmt vieles nicht. Es lässt sich feststellen, dass die Bürgerbeteiligung unter der Regierungskoalition von Rot-Grün-Rot nicht funktioniert. Das sehen wir bei der mangelnden Wertschätzung und schlechten Kommunikation zu den einzelnen Bürgerinitiativen wie der BI „Rennbahn“, BI „Platanen“, BI „Bahnhofwerkstatt Oslebshausen“, BI „Naturwald Vahr/Schwachhausen“. Hier haben Sie völlig versagt, meine Damen und Herren von der Koalition.

(Beifall CDU)

Nun bringen Sie einen weiteren Beteiligungsprozess in Form von Bürgerforen ins Spiel. Diese Idee ist nicht neu, sie ist quasi aus Berlin nach Bremen geschwappt. In Ihrem Antrag weisen Sie darauf hin, dass viele Beteiligungsprojekte leider oft nur einen exklusiven Teil oder Kreis von Teilnehmenden erreichen. Trotzdem möchten Sie, wie auch in Ihrem Antrag zu lesen ist, den Kreis der Teilnehmer in den Bürgerforen unter bestimmten Maßgaben einschränken. Das klingt für uns nicht logisch,

denn es schließt von vornherein eventuell interessierte Personen aus.

Des Weiteren müssen wir als CDU-Fraktion feststellen, dass es in Bremen bereits einen ganzen Strauß an Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung gibt. Neben den Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern in den jeweiligen Beiräten können zum Beispiel runde Tische, Regionalausschüsse, Workshops sowie Werkstattverfahren durchgeführt werden.

(Beifall CDU)

Was würde ein Bürgerforum eigentlich für die Entwicklung der Rennbahn bedeuten? Sie haben bereits grundlegende Beschlüsse gefasst, wo und wie die Querung eines geplanten Weges erfolgen soll, sodass Golf- und Rennsport nicht mehr möglich sein wird. Was ist, wenn im anstehenden Werkstattverfahren, oder nehmen wir einmal an, fiktiv im Bürgerforum, Letzteres aber genau von allen Teilnehmern verlangt wird? Ändern Sie dann Ihre Beschlüsse? Zudem wurden die Gremien wie der runde Tisch und auch der Regionalausschuss so besetzt, dass die Akteure zum größten Teil der rot-grün-roten Koalition zugehören. Eine echte Bürgerbeteiligung wird hierdurch ad absurdum geführt.

(Beifall CDU, FDP)

So stellen wir uns die Frage, ob es sinnvoll ist, weitere bürokratische Maßnahmen in eine Verwaltung zu implementieren, die schon jetzt an ihre Grenzen stößt. Sie sehen, meine Damen und Herren von der Koalition, dass wir als CDU-Fraktion dem Antrag für die Einrichtung von Bürgerforen sehr skeptisch gegenüberstehen. Doch die derzeit sehr mangelnde Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Beteiligungsprozessen erfordert dringend einen besseren Umgang mit den Menschen unserer Stadt.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie in Ihrem Antrag herausstellen, die Beteiligung und Entscheidungsrechte der Beiräte sowie nachgeordnet der Stadtbürgerschaft zu gewähren. Es geht in Ihrem Antrag erst einmal um drei Bürgerforen, für die ein Konzept erstellt werden soll. Mithin soll dem Ausschuss für Beiräte und Bürgerbeteiligung regelmäßig berichtet werden. Unter dieser Voraussetzung und der Hoffnung auf eine Verbesserung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern möchte ich Ihnen sagen, dass wir uns bei Ihrem Antrag enthalten werden. Wir werden Ihr zukünftiges Handeln

bei diesem Thema aufmerksam verfolgen. Zerstreuen Sie unsere Skepsis, und überzeugen Sie uns von der Richtigkeit der Vorgehensweise! – Vielen Dank!

(Beifall CDU, FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, worin wir uns alle einig sind, ist, dass gute Bürgerbeteiligung wichtig ist, und deswegen gibt es ja bei uns auch zum Glück die Demokratie, in der jede Bürgerin/jeder Bürger ihre und seine Stimme einbringen kann und mit darüber abstimmen kann, was sie oder er in Zukunft möchte oder auch nicht. Es gibt neben den Landes- und den Stadtparlamenten insbesondere mit Blick auf Bremen auch noch die Beiräte, auch sie sind ein demokratisches Element, in dem sich Menschen einbringen können, es gibt darüber hinaus noch die Jugendbeiräte, es gibt die Möglichkeit, sich über Petitionen zu engagieren.

Es gibt jede Menge Bürgerinitiativen, runde Tische, Arbeitskreise, Werkstattverfahren und so weiter, in denen natürlich auch immer wieder Betroffene mit hinzugeholt werden und sich einbringen können, und jetzt haben Sie diesen Antrag gestellt, um zusätzlich zu all diesen Möglichkeiten/diesen Maßnahmen auch noch ein neues Konstrukt, das sogenannte Bürgerforum, einzuführen.

Sie formulieren, dass die Bürgerforen nach einem Zufallsprinzip besetzt werden sollen. Das heißt, es wird nicht gewählt, wie in einer Demokratie üblich, sondern es wird wahrscheinlich ausgelost, irgendetwas in dieser Richtung wird geschehen, um diese Bürgerforen per Zufallsprinzip zu besetzen. Sie sprechen da ja auch ganz konkret von der Repräsentanz bestimmter Gruppen. Das ist natürlich ein Ausdruck von Identitätspolitik, und dem liegt ja auch die Annahme zugrunde, dass ein durch Zufall zusammengewürfeltes Gremium wie eben so ein Bürgerforum die Interessen der Bevölkerung besser abbilden kann, als es vielleicht eine Demokratie tun kann, zumindest auf jeden Fall besser die Interessen bestimmter Gruppen abbilden kann, als es in einer Demokratie ansonsten der Fall ist, das Ganze per Zufall. Es gibt auch Parlamente, in denen so etwas tatsächlich per Quote geregelt ist, wenn man einmal in den Nahen Osten schaut, aber ich glaube, das schwebt Ihnen hier zum Glück nicht vor.

Ich muss aber auch ganz deutlich sagen, dass das nicht unser Verständnis von Gesellschaft und von Demokratie ist. Unserer Demokratie wohnt doch der Gedanke inne, dass durchaus auch Frauen Männerthemen vertreten können, dass durchaus auch ältere Menschen die Themen Jüngerer vertreten und sich derer annehmen können. Ich zumindest fühle mich nicht schlechter von jemandem vertreten, nur weil er eine andere Herkunft hat, weil er eine andere Sprache spricht, weil er einen anderen Job hat. Was ist das denn bitte für eine Sicht auf unsere Gesellschaft und auf unsere Demokratie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall FDP)

Um es einmal ganz deutlich zu sagen: Unserer Demokratie wohnt doch der Gedanke inne, dass wir uns gemeinsam für die Interessen anderer einsetzen, nicht nur für unsere eigenen Interessen, sondern uns auch der Themen annehmen, von denen wir nicht direkt betroffen sind, und dass wir das ja auch ändern können, wenn wir es wollen. Dass wir gemeinsam auf die Themen schauen und versuchen, gemeinsam eine Lösung zu finden, macht doch die Stärke unserer Demokratie aus, und ich glaube, das sollten wir uns auch bewahren.

(Beifall FDP)

Wir lehnen Ihren Antrag aus zwei Gründen ab: einerseits, weil wir der Meinung sind – das ist schon ganz konkret, und das ist einfach eine praktische Sichtweise –, dass es genügend Möglichkeiten und Formate gibt, sich in unserer Demokratie einzubringen, und zweitens, weil wir die dahinterstehende Annahme von Identität, die ich eben formuliert habe, schlichtweg nicht teilen. Wir müssen diese Kriterien ja gerade überwinden, und das tun wir nicht, indem wir sie ständig betonen und auf den Teller heben.

Wir möchten auch – zumindest als FDP-Fraktion – keine Zufallsdemokratie haben, sondern wir möchten weiterhin eine Demokratie haben, in der gerade nicht entscheidend ist, wer welchen Job hat, wer woher kommt, sondern in der das gesprochene Wort und in der die Überzeugung der Menschen zählt. Auf dieser Basis können Menschen Entscheidungen treffen und ihre Stimme abgeben, und ich glaube, das ist auch richtig so.

(Beifall FDP)

Uns zumindest ist es herzlich egal – und zwar aus einer sehr neutralen Sichtweise heraus –, ob jemand männlich oder weiblich ist, wo er herkommt, ob er alt oder jung ist, ob er deutsch oder nicht deutsch ist. Uns interessiert nicht so sehr die Frage, wo kommt jemand her, sondern: Wo geht jemand hin, und was hat er eigentlich für Ideen für unser Land, für unsere Stadt? Das sind doch die entscheidenden Fragen, und ich glaube, darauf sollten wir uns in Zukunft auch stärker konzentrieren.

Wenn Sie wirklich etwas für die Bürgerbeteiligung in Bremen tun wollen, dann können Sie ganz konkret ansetzen, zum Beispiel, indem Sie in Schulen über Demokratie aufklären, die Menschen anregen, sich wieder stärker mit einzubringen, und Sie können vor allem überhaupt erst einmal damit anfangen, die Beschlüsse der Beiräte, die zuhauf vorliegen, endlich einmal ernst zu nehmen und umzusetzen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Natürlich antworte ich auf diese beiden Redebeiträge, die es zuletzt gegeben hat. Ich weiß nicht, warum Sie das so in Konkurrenz zueinander sehen, Herr Schäck, die repräsentative Demokratie und eine Beratung durch zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger, das kann ich nicht ganz verstehen, sondern es bereichert doch auch die repräsentative Demokratie, wenn man aus der Mitte der Bevölkerung – und zwar von allen Gruppen, nicht von bestimmten Gruppen, wie Sie das postuliert haben! – tatsächlich Vorschläge erhält. Das verstehe ich nicht.

Natürlich ist es auch so, dass wir diese Vorschläge nicht annehmen müssen, das ist doch klar. Wenn da irgendetwas vorgeschlagen wird, was hier im Hause oder in Beiräten keine Mehrheit findet, dann gab es zwar eine Politikberatung dieser Menschen, die in diesen Bürgerinnenräten oder Bürgerinnenforen waren, aber das muss ja nicht angenommen werden, sondern es ist ein weiteres Instrument, um die Vielfalt an Meinungen, die es tatsächlich auch gibt, abzubilden.

Sie müssen doch auch zur Kenntnis nehmen, ich habe das ja vorhin gesagt, wir haben 50,2 Prozent Wahlbeteiligung gehabt. Wir haben eine Wahlbe-

teiligung in bestimmten Stadtteilen – in Gröpelingen liegt sie dann eher bei 30 Prozent oder zum Teil in einigen Ortsteilen noch niedriger –, das ist doch alarmierend! Diese Menschen wollen wir erreichen, nicht die Leute, die sowieso schon politisiert sind und sich in Bürgerinitiativen engagieren, sondern wir wollen die anderen Menschen erreichen, die wir bisher nicht erreichen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE)

Natürlich soll das auch nicht die Beiräte ersetzen, das hat auch niemand geschrieben, wir haben das auch vorher mit den Beiräten diskutiert. Ich bin auch dafür, das nicht zu kleinteilig zu machen, zum Beispiel dann über einen Spielplatz im Stadtteil Bürgerinnenforen zu machen. Das ist nicht der Zweck, sondern es geht eigentlich darum, bei Konflikten in der Stadt, bei denen die Meinungen weit auseinanderliegen, wie wir das zum Beispiel in Irland erlebt haben – da war übrigens die Keimzelle der Bürgerinnenräte, und nicht in Berlin! –, da lagen die Positionen sehr weit auseinander, und es ist trotzdem gelungen, dass die Leute Verständnis für die anderen Positionen entwickelt haben. Deshalb sind Bürgerinnenforen sehr geeignet dafür, bei Fragen, in denen es sehr kontroverse Meinungen gibt, tatsächlich dafür zu sorgen, dass diese Positionen miteinander versöhnt werden.

Sie haben dann gesagt, Sie finden es zu viel Bürgerbeteiligung in Bremen, Herr Bodeit fand, es ist alles irgendwie viel zu wenig, und er fand auch, dass wir dabei versagt hätten.

(Zurufe FDP)

Wir machen viele runde Tische in Bremen. Es ist vollkommen klar, dass Leute, die eine Rennbahn behalten wollen oder die eine Straßenbahn in Huchting verhindern oder eine Klärschlammverbrennungsanlage einfach nicht haben wollen, das einfach nicht haben wollen. Da ist vielleicht manchmal der Fehler, wie wir die Fragen formulieren. Es gibt nämlich Grenzen der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, und ich glaube, diese Fragen muss man vorher besser formulieren, damit auch die, die sich beteiligen, wissen, wo die Grenzen der Beteiligung sind. Da sehe ich zwar manchmal Schwächen, aber dieses Instrument, das da geschaffen worden ist, nicht nur in Irland, sondern auch hier bei uns in Deutschland oder in anderen Ländern, hat sich doch bewährt. Haben Sie sich darüber nicht klug gemacht, was für Vor- und Nachteile das am Ende gibt?

Ich sage es noch einmal: Es werden alle Gruppen in der Stadtgesellschaft damit erreicht, nicht einzelne, wie Herr Schäck angenommen hat, und die machen dann so einen Bürgerinnenrat. Das ist doch erst einmal eine Aktivierung von Leuten, die man sonst gar nicht erreicht. Das wird eine Vielfalt an Meinungen ergeben, die wir sonst auch normalerweise nicht haben.

Herr Bodeit, Sie haben dann sehr kritisiert, dass das alles immer schlecht gelaufen wäre, was wir hier an Bürgerbeteiligung machen. Ich bin seit zehn Jahren mit dabei, und diese Bürgerbeteiligung ist mir ein Herzensanliegen, weil ich glaube, dass gute Bürgerbeteiligung nicht viel zu viel Zeit kostet, wie manche meinen, sondern sie ist am Ende geeignet, um Verfahren zu beschleunigen und die Stadtgesellschaft zu befrieden.

Daher, dass wir so ein Instrument ausprobieren, das woanders erfolgreich war, was vielleicht auch bei Problemlagen, bei denen wir die Stadtgesellschaft sonst nicht befrieden können und das dann möglicherweise eine Lösung darstellt, verstehe ich nicht, dass Sie das nicht wollen. Sie sagen zumindest, das begleiten Sie kritisch, Herr Schäck findet das insgesamt nicht gut, weil es schon viel zu viele Formate gibt.

(Zurufe FDP)

Lassen Sie uns das ausprobieren! Ich habe nur noch 15 Sekunden Redezeit, deswegen kann ich darauf jetzt nicht mehr eingehen! Lassen Sie uns das ausprobieren, was woanders ein gutes Instrument gewesen ist, in einer Stadt, die eine Tradition von Bürgerbeteiligung lebt, wie Bremen es macht! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD – Zurufe FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Saxe, ich will vermeiden, dass wir jetzt hier in Zwiesgespräche abrutschen, aber Sie haben mir nichts anderes übrig gelassen, als mich dazu jetzt noch einmal zu melden! Erstens muss ich ein paar Aussagen Ihrerseits korrigieren. Ich habe in keinem Teil meines Redebeitrags gesagt, dass wir zu viel Bürgerbeteiligung haben, das ist schlichtweg falsch. Ich bin auch der Meinung, dass die Bürgerbeteiligung, die wir haben, die Möglichkeiten, die

es gibt, sich einzubringen, sehr gut sind. Das bereichert die Demokratie, aber dann muss man auch endlich einmal anfangen, die Beschlüsse, die dort gefasst werden, ernst zu nehmen.

Wenn Sie jetzt ein weiteres Forum, eine weitere Möglichkeit schaffen, wo Menschen zusammenkommen, sich einbringen, sich engagieren, diskutieren, und letzten Endes werden da Dinge beschlossen – und das haben Sie ja selbst so formuliert –, bei denen man dann hier sagen kann, lasst die da einmal reden, aber wir müssen das ja nicht alles umsetzen, dann sorgen Sie gerade nicht dafür, dass sich mehr Menschen für die Demokratie und die Politik interessieren und einbringen, sondern Sie erzeugen noch mehr Frust. Ich bin der Meinung, wir haben ausreichende Möglichkeiten, sich einzubringen, und bevor wir jetzt das nächste Forum schaffen, sollten wir vielleicht erst einmal anfangen, die Beschlüsse, die dort gefasst werden, auch ernst zu nehmen.

Darüber hinaus, wenn Sie sagen, wir haben ein Problem mit der Wahlbeteiligung, die Auffassung teile ich sogar. Eine Wahlbeteiligung von 50 Prozent, knapp über 50 Prozent, ist alles andere als zufriedenstellend. Wir müssen eine deutlich höhere Wahlbeteiligung erreichen. Wir sind aber nicht der Meinung, dass man diese höhere Wahlbeteiligung dadurch erreicht, dass man ein neues Forum schafft und den Menschen dann irgendwann – wie läuft so etwas? – einen Brief nach Hause schickt und sagt, du bist dabei, und dann sortieren sie das weg, weil sie das für Werbung halten.

Also, diejenigen, die jetzt schon keinen Sinn darin sehen, sich in der Demokratie einzubringen und sich daran zu beteiligen, werden das doch jetzt nicht dadurch machen, wenn sie auf einmal so einen Brief nach Hause bekommen, mit dem sie gar nichts anfangen können. Das erreicht man doch vielmehr dadurch, indem man mit den Menschen ins Gespräch geht, dass man es schafft, die Menschen auch dafür zu begeistern, und das fängt in der Schule an. Das beginnt auch in den Stadtteilen, und das beginnt – noch einmal! – damit, dass diejenigen, die sich einbringen, mit ihren Beschlüssen auch ernst genommen werden. Da haben wir hier in Bremen einen großen Nachholbedarf.

Wir haben gerade vor einiger Zeit ja auch im „Weser-Kurier“ darauf hingewiesen. Wir haben ja dieses wunderbare Gremium, den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, in dem sehr viele Ideen unsererseits bisher nicht berücksichtigt worden sind: dass

man doch vielleicht einmal Bürgerinitiativen einlädt, man vielleicht einmal die Beiräte einlädt, dass man sich einmal berichten lässt und damit natürlich auch signalisiert, wir hören das, wir sehen das, was sie da machen, und wir nehmen das ernst. Bisher ist davon wenig bis gar nichts passiert, das muss ich auch ehrlich sagen, es ist ernüchternd.

Bevor man jetzt hier neue Foren schafft, glaube ich, sollten wir erst einmal das, was wir haben, mit Leben füllen, und wir sollten dafür sorgen, dass die Menschen wieder besser verstehen, wofür es Demokratie gibt und warum es auch sinnvoll ist, sich in einer Demokratie einzubringen. Das schaffen wir nicht dadurch, indem wir die nächste leere Hülle schaffen, von der Sie jetzt schon zu Beginn, bevor das Ganze überhaupt entstanden ist, gesagt haben, na ja, aber ob wir die Beschlüsse nachher umsetzen, das weiß ich nicht. Das ist ein Schlag ins Gesicht all dieser Menschen, die sich in diesen ganzen Bereichen einbringen, und das werden wir als FDP-Fraktion nicht unterstützen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte noch einmal ganz kurz auf zwei, drei Redebeiträge meines Kollegen Saxe eingehen, denn ich will es einmal so ausdrücken: Ich habe nicht gesagt, dass wir den Bürgerforen grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen, sondern wir stehen ihnen skeptisch gegenüber. Deswegen hat es ja nach meinem Redebeitrag auch zu der Aussage mit der Enthaltung geführt, und wir sagen, wir wollen uns das Ganze dann auch erst einmal anschauen.

Es ist aber schon so – und das kann man ja nicht leugnen –, dass wir eine ganze Anzahl von Maßnahmen haben, einen ganzen Strauß voll, wie bei Blumen auch, dass wir viele Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung anbieten, und diese müssen natürlich dann auch erfolgreich durchgeführt werden. Da – darauf möchte ich noch einmal hinweisen – hakt es hier in der Stadt. Da bekomme ich von Bürgerinitiativen eben auch zurückgespiegelt, dass das eine oder andere, auch, was die Kommunikation mit der Verwaltung angeht, nicht immer funktioniert und auch nicht reibungslos geht. Daran muss man arbeiten, und deswegen wollen wir schauen, ob das mit den Bürgerforen dann tatsächlich besser funktioniert, und deswegen wollen wir da bei der Enthaltung bleiben. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Muhammet Tokmak.

Abgeordneter Muhammet Tokmak (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe ja versprochen, dass ich nicht wiederkomme, aber ich wurde jetzt einigermassen dazu genötigt, noch einmal zwei Sachen klarzustellen! Erstens glaube ich, dass in den letzten drei Sitzungen des Ausschusses für Bürgerbeteiligung einmal die Bürgerinitiative Oslebshausen da war, bei der anderen waren die Kolleginnen und Kollegen der Bürgerbeteiligung der Platanen da, und als Drittes waren, glaube ich, jetzt in der letzten Sitzung die Aktivisten, die Bürgerinitiative der Rennbahn dort.

(Zurufe)

Das bedeutet letzten Endes – ich weiß ja nicht, wo Sie waren! –, es waren nun einmal drei Bürgerinitiativen.

Wir haben ja noch weitere neun Bürgerinitiativen, wir haben ja aktuell insgesamt zwölf in Bremen. Nur einmal ein kleiner Hinweis für den, der das noch nicht weiß: Diese zwölf haben sich jetzt zu einer Gruppe zusammengetan. Auch da werden wir jetzt einmal abwarten – ich habe sie schon ange-mailt –, ob es da jetzt auch so eine Art Vorsitz einer Vereinigung der Bürgerinitiativen gibt. Die gibt es noch nicht. Wenn sie da ist, dann werden wir auch diese einladen und einmal horchen, was jetzt nun alle zwölf Bürgerinitiativen vorhaben, in Bremen zu machen. Herr Bodeit hatte gesagt, die Bürgerinitiativen seien ja nicht zufrieden, und dabei hat er ja nur vier aufgezählt. Daher gehe ich davon aus, Herr Bodeit, dass die restlichen acht jetzt zufriedengestellt sind und vier nun einmal nicht. Ich glaube, an der Baustelle kann man arbeiten.

Herr Schäck, warum ich eigentlich da bin – und das meine ich aus dem tiefsten Inneren –: Ich glaube nämlich, letzten Endes gibt es nun auch Gruppen, die angesprochen werden müssen, auch wenn es in Form eines Briefes ist. Ich glaube, ich kann da auch für meinen Stadtteil Gröpelingen sprechen. Ich kenne viele, und das können Sie mir abnehmen, wer 40 Jahre in einem Stadtteil lebt, kennt alle. Ich glaube auch, dass diese Bürgerinnen und Bürger an bestimmten Stellen angesprochen werden müssen.

Die, die sich engagieren, Herr Schäck, engagieren sich immer, da bin ich völlig bei Ihnen, die machen das. Die braucht man auch nicht zu überreden, die braucht man nicht zu überzeugen. Es sind immer ein und dieselben Verdächtigen, die auch in einer Beiratssitzung dabei sind, sich an Prozessen beteiligen, aber trotzdem gibt es noch die Gruppe, auf die man aktiv zugehen muss, die man aktiv ansprechen muss, und da wollte ich Ihnen an dieser Stelle nur einmal eben kurz widersprechen. Das finde ich an der Stelle wichtig, denn wenn wir diese Chance nämlich nicht nutzen, meine Damen und Herren, würden wir sie auslassen.

Wenn man es nicht probiert, das haben meine Eltern mir beigebracht, dann weiß man nicht, was das Ergebnis ist. Daher würde ich vorschlagen: Lassen Sie uns so starten, stimmen Sie dem Antrag zu, auch wenn Sie ihm kritisch gegenüberstehen, denn letzten Endes verfolgen wir, glaube ich, alle das gleiche Ziel: eine gute Beteiligung bei den ganzen bevorstehenden Wahlen, die es jetzt hier in den nächsten eineinhalb Jahren gibt. – In diesem Sinne: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächster Redner hat das Wort Staatsrat Thomas Ehmke.

Staatsrat Thomas Ehmke: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Tat ging es ein bisschen durcheinander in der Fragestellung, ist das jetzt Beteiligung, ist das Mitbestimmung, ist das Einbindung, ist das eine Chance, Positionen sichtbar zu machen, ist das Beratung. Herr Saxe hat es gesagt: Es geht nicht darum, demokratische Entscheidungsprozesse zu ersetzen, und deshalb gibt es auch keinen Anspruch darauf, dass das, was erarbeitet und entwickelt wird, am Ende umgesetzt wird, das wäre nämlich undemokratisch. Die demokratischen Entscheidungsrechte liegen hier beim Parlament oder in den Beiräten, bei den demokratisch gewählten Abgeordneten, und das kann man nicht aufheben, und das will auch niemand aufheben mit diesem Instrument, sondern mit dem hier in Rede stehenden Instrument geht es darum, zusätzliche Beteiligungs- und Diskussionswege zu eröffnen.

Es ist ja hier deutlich geworden: Es geht vor allen Dingen darum, auszuprobieren, ob es damit gelingt, Menschen in den politischen Diskussions- und Beteiligungsprozess einzubeziehen, die es nicht von sich aus tun, die es nicht über bereits vorhandene und etablierte Instrumente tun, und ich denke, der Versuch ist es allemal wert.

Es kann ja sein – Herr Schäck hat ja auf die Fragen hingewiesen –, dass sie dann gar nicht kommen. Ja, das kann sein. Dann werden wir das ja in der Erprobung feststellen, und wenn das so ist, dann muss man sich die Frage stellen: Liegt das daran, dass das Instrument nicht funktioniert? Liegt das daran, dass die Ansprache nicht ordentlich gemacht worden ist? Liegt das daran, dass die Fragen falsch gewählt worden sind? Das sind alles Fragen, mit denen man sich dann auseinandersetzen kann. Das ist aber ja noch kein Argument, es nicht auszuprobieren, insbesondere dann, wenn es an anderer Stelle bereits funktioniert hat. Die Chance, auch den Prozess in Bremen dadurch zu bereichern, möchten wir gern nutzen, so, wie sie uns ja durch das Parlament aufgegeben wird.

Weil ja die Frage in den Raum gestellt worden ist, macht es Sinn, zu quotieren, Gruppen zu definieren, oder ist es egal, wer kommt: Ja, einerseits geht es darum, Menschen ganz unabhängig von der Frage, wie stark die intrinsische Motivation ist, sich am Prozess zu beteiligen, einzuladen, anzusprechen, zu mobilisieren, aber letzten Endes möchte ich ein bisschen der These entgegenzutreten, dass es in solchen Prozessen ganz egal ist, ob man nur Männer oder nur Frauen beteiligt, ob man nur Alte oder nur Junge hat. Im demokratischen Prozess, in der repräsentativen Demokratie entscheiden am Ende die, die gewählt worden sind, aber in Diskussionen und Beteiligungen bringt doch auch jeder seine eigene Lebenswirklichkeit ein, seinen eigenen Erfahrungshintergrund, sein eigenes Umfeld, sein eigenes berufliches Erleben, seine familiäre Situation, und da gehe ich fest davon aus, dass es schon einen Unterschied macht, ob man dort junge Eltern oder Menschen hat, die allein leben.

Menschen, die einen großen Garten haben, haben mit Sicherheit andere Ansprüche an Freizeitgestaltung als solche, die mit vielen Leuten in einer kleinen Wohnung leben. Insofern, wenn man die Frage stellt, wie will man beispielsweise Freizeitgestaltung im Stadtteil entwickeln, dann kommen, je nachdem, unter welchen Bedingungen die Menschen leben und welche Möglichkeiten sie haben, möglicherweise andere Ideen dabei heraus, und darum geht es ja hier: Ideen sichtbar zu machen,

Erfahrungen einzubeziehen und Menschen eine Chance auf Beteiligung zu geben. Wie gut das am Ende funktioniert hat – das ist ja der Antrag –, das wollen wir uns dann gemeinsam ansehen, auswerten und Schlussfolgerungen ziehen, und ich kann wenig Grund erkennen, die Chance nicht zu nutzen.

Ich will noch ganz kurz einmal etwas zum Thema Bürgerbeteiligung/Bürgerinitiativen sagen! Die Umweltsenatorin ist, glaube ich, das Mitglied im Senat, das mit am meisten Kontakte zu diversen Bürgerinitiativen pflegt, da kann man ihr, glaube ich, kaum vorwerfen, dass sie nicht intensivst bemüht wäre, den Kontakt zu suchen, und sie verbringt ganz viel Lebenszeit mit Bürgerinitiativen. Wir müssen aber an der Stelle auch mit einem Missverständnis aufräumen: Nur, weil ich eine Bürgerinitiative gründe, habe ich noch nicht den Anspruch, mich inhaltlich durchzusetzen. Wenn ich eine Bürgerinitiative gründe, habe ich den Anspruch, dass man mich ernst nimmt, dass die Regierung sich mit dem auseinandersetzt, was ich als Argument vorbringe, dass ich die Chance habe, meine Interessen im Prozess zu formulieren, aber ich habe nicht den Anspruch, dass danach das Parlament oder der Senat sagt: Gut, wenn Sie das lieber so wollen, dann machen wir das eben so. Das ist nämlich die Aufgabe der gewählten Repräsentanten, Entscheidungen zu treffen.

Herr Saxe hat darauf hingewiesen: Es kann sein, dass man am Ende sagt, ja, das haben wir uns angesehen, wir sind aber zu einer anderen Wertentscheidung gekommen, und das, was Sie hier wollen, das wollen wir nicht, und wenn das das Ergebnis eines Beratungsprozesses ist, dann ist das auch in Ordnung. Dann kann ich möglicherweise aber trotzdem nicht verlangen, dass die Bürgerinitiative sagt, das ist ja sehr gut, wie das gelaufen ist, das fand ich extrem sinnvoll, dort habe ich viel Arbeit hinein investiert, sie haben mir auch gut zugehört, sie haben sich jetzt aber gegen mich entschieden. Ich finde es absolut nachvollziehbar, dass sie dann auch unzufrieden sind und sagen, das ist doch ärgerlich, das hätte ich lieber anders gehabt. Das kann ich individuell nachvollziehen, aber das ändert ja nichts daran, dass die Entscheidungsverantwortung bei denjenigen liegt, die das Mandat dafür ausüben und die das im gesamtgesellschaftlichen Interesse auch ausüben müssen.

Ich finde, deshalb ist es sozusagen legitim, anzutreten, wenn man sagt, Sie hören denen nicht zu, Sie beschäftigen sich nicht mit denen, Sie setzen sich nicht mit denen auseinander. Das kann ich aber für

den Senat nicht erkennen. Das kann ich auch für die Abgeordneten, obwohl es mir nicht zusteht, das zu beurteilen – –. Das müssen Sie am Ende selbst wissen. Ich habe aber jedenfalls überhaupt gar keine Hinweise darauf, dass das so ist, sondern es findet eine lebhaftere Auseinandersetzung in Bremen statt. Das führt nicht zwingend dazu, dass man sich in der Sache einig wird, das ist auch Demokratie. Das müssen wir auch aushalten, und ich finde, das können wir auch aushalten.

Das spricht aber nicht dagegen, neue Beteiligungsformen auszuprobieren, zu versuchen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Insofern begreife ich den Auftrag, den das Parlament uns voraussichtlich gleich erteilen wird, als Chance für die Bürgerbeteiligung, als Chance für die Demokratie, als Belegung für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs, und schauen wir einmal, was daraus wird. Ich denke, es ist mit Sicherheit spannend, und es gibt wenige Gründe, das Experiment schon vor dem Start abzubrechen und schon vor dem Start zu bewerten. Das kann man am besten hinterher machen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE mit der Drucksachen-Nummer [20/629 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen FDP)

Stimmenthaltungen?

(CDU, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

**Perspektiven der Stadtbibliothek Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. August 2021
(Drucksache [20/488 S](#))**

Dazu

**Mitteilung des Senats vom 28. September 2021
(Drucksache [20/510 S](#))**

Wir verbinden hiermit:

**Mehr Flexibilität für Besucherinnen und Besucher – Öffnungszeiten der Stadtbibliothek durch Open Library erweitern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. Oktober 2021
(Drucksache [20/517 S](#))**

Dazu als Vertreterin des Senats Staatsrätin Carmen Emigholz.

Ich gehe davon aus, dass der Senat die Antwort auf die Große Anfrage nicht mündlich wiederholen möchte, sodass wir direkt in die Aussprache eintreten können. – Das ist der Fall.

Die gemeinsame Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich zunächst, dass wir fachkundige, sachkundige Gäste haben. Frau Werder, die stellvertretende Direktorin der Stadtbibliothek, ist genauso da wie Herr Hoppe, der Vorsitzende des Personalrats der Stadtbibliothek. Ich glaube, das zeigt auch, dass es ein wichtiges Thema ist, das wir jetzt heute hier mit einiger Verzögerung beraten.

Wir haben im Sommer unsere Große Anfrage gestellt, die im Herbst beantwortet wurde, haben im Herbst einen Antrag eingereicht, und aus verschiedenen Gründen – im Dezember war es ein krankheitsbedingter Ausfall – findet die Debatte, Diskussion und Beratung jetzt erst im Januar 2022 statt. Das ist auch deshalb schade, weil es bis zum Dezember so aussah, dass es, obwohl es ein Antrag der Oppositionsfraktion der CDU ist, eine Bereitschaft der Koalitionsfraktionen zur Überweisung gab. Die SPD-Fraktion – so hat Herr Gottschalk, der heute für die SPD redet, es mir kurz vor der Debatte mitgeteilt – wird jetzt unserem Antrag keine Überweisung zuteilwerden lassen, sondern ihn ablehnen. Daran sind durch den Koalitionsvertrag natürlich auch die anderen beiden Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE gebunden, die eine

Sympathie für diesen Antrag haben erkennen lassen. So sind Koalitionsverträge, wir wissen, wie das ist, mit den Sozis zu regieren!

Aber der Koalitionsvertrag ist eine gute Grundlage, meine Damen und Herren. Sie haben 2019 einen Koalitionsvertrag geschlossen, in dem sich auf Seite 110 unter dem Punkt „kulturelle Bildung“ auch an zwei Stellen die Stadtbibliothek wiederfindet. In Punkt 47 sagen Sie, Sie wollen das dezentrale Bibliotheksangebot mit Zweigstellen in Blumenthal und Obervieland sowie einem weiteren Bibliotheksbus erweitern und das Angebot von Open Library verbreitern. Außerdem wollen Sie übrigens auch das Landesbibliotheksgesetz für Bremen schaffen und die Sonntagsöffnungen der Stadtbibliothek als Thema angehen und umsetzen mit dem Hinweis, dass dies im Gespräch mit dem Personalrat auf freiwilliger Basis erfolgen soll.

Wir haben jetzt Januar 2022, und der Kollege Tokmak hat eben in der vorherigen Debatte ja auch gesagt, dass in Bremen ja in gar nicht allzu ferner Zeit schon wieder gewählt werden wird. Schauen wir uns also an, was Sie seitdem gemacht haben, und wir kommen zu dem Ergebnis: nichts! Das hat uns im letzten Sommer schon bewegt, weshalb wir die Große Anfrage auf den Weg gebracht haben, in der wir die Standortfragen thematisiert haben, in der wir das Thema Open Library thematisiert haben. Meine Damen und Herren, ja, vieles ist in den Hintergrund getreten, weil es seit 2020 die Pandemie gab, aber dass Sie gar nichts machen, das können Sie nun auch der armen Coronapandemie wirklich jetzt nicht auch noch anlasten. Ich glaube, es liegt eher daran – und das zeigt auch das heute angekündigte Abstimmungsverhalten –, Sie haben nicht alle dieselbe Leidenschaft für dieses wichtige Thema. Die Stadtbibliothek ist die wichtigste öffentliche Kultur- und Bildungseinrichtung der Stadtgemeinde Bremen, und diese Koalition unterstützt die Stadtbibliothek in keiner Weise.

(Beifall CDU)

Natürlich bekommt die Stadtbibliothek das Geld, das ihr nach dem Haushalt zusteht, aber an einen Ausbau der Leistungen, an einen einfacheren Zugang für Jugendliche und Kinder für bessere Bildung, für mehr Kultur, dezentral, stadtteilnah, ist offensichtlich nicht zu denken.

Ich muss jetzt einmal eine sanfte Trennung zwischen der SPD-Fraktion und der Staatsrätin vornehmen, die ich hier in der Vergangenheit immer

anders erlebt habe, und auch Ihren kulturpolitischen Sprecher, den Sie leider nicht so oft sprechen lassen, will ich hier ausnehmen. Die Linie, die Sie vertreten, wird Herr Gottschalk, glaube ich, hier dann ganz eindeutig darlegen. Wir hätten uns gewünscht, dass wir hier im konsensualen Ansatz einen Neustart für eine digitalere, bürgerfreundlichere Stadtbibliothek erreicht hätten,

(Beifall CDU)

dass wir die Angebote mehr in die Fläche bringen. Wie gesagt, obwohl es in Ihrem Koalitionsvertrag steht, ist es ja richtig, dass wir weitere Standorte – Blumenthal, Obervieland, die Busbibliothek – hier auf den Weg gebracht hätten. Sie haben ja noch nicht einmal in Ihrem Haushalt, den Sie im Dezember hier verabschiedet haben, Mittel dafür vorgesehen. Das, meine Damen und Herren, zeigt eher, dass die Bibliothek Ihnen doch nicht so wichtig ist. Ich hoffe, dass wir in dieser Debatte zumindest noch weitere Punkte gemeinsam herausarbeiten können und der Lernprozess in der SPD-Fraktion voranschreitet. – Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg: Wir haben den Kollegen Elombo Bolayela nicht aus Deutschland hinausgeschickt, damit ich hier reden kann, allen Märchen in diese Richtung möchte ich da von vornherein widersprechen!

(Beifall SPD)

Wir debattieren heute über die Perspektiven der Stadtbibliothek, und da liegt es natürlich nahe, sich zunächst anzuschauen, was die Große Anfrage denn zum Ausgangspunkt ergeben hat. Wo steht die Stadtbibliothek in der Stadt Bremen? Die Antwort: Sie ist die besucherstärkste Kultureinrichtung in der Stadtgemeinde Bremen. Wie schneidet das Bibliotheksangebot in Bremen im bundesweiten Vergleich ab? Bei der Bibliotheksnutzung pro Einwohner liegt Bremen auf Platz zwei, nach Berlin und vor Bayern und Hamburg. Wie ist es um die Innovationsfähigkeit der Stadtbibliothek bestellt? Sie ist hochinnovativ in der digitalen Bildung, sie ist hochinnovativ bei neuen Wegen der Wissensvermittlung und bei der kulturellen Bildung, und sie ist – das wird ausführlich dargelegt – eine Vor-

reiterin darin, sich zu einem dritten Ort zu entwickeln, einem elementaren Sozialraum neben dem Zuhause als dem ersten Ort und dem Arbeitsplatz oder der Schule als dem zweiten Ort. In der Summe heißt das, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Stadtbibliothek Bremen ist eine hochattraktive Kultureinrichtung mit Vorbildcharakter.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Das zeigen auch ihre Auszeichnungen, darauf sind wir stolz, und für all das ist vor allem Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtbibliothek zu sagen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Nun ist es natürlich so – und das ist auch unser Bemühen –, dass man auch gute, dass man auch sehr gute Einrichtungen noch besser machen kann, und die Frage ist, wie kann die Stadtbibliothek noch attraktiver gemacht werden, und insbesondere, wie kann sie noch mehr Menschen erreichen. Diskutiert werden dafür drei Möglichkeiten: erstens, weitere Standorte einzurichten, zweitens, Ausbau der Open Library, also längere Öffnungszeiten ohne anwesendes Personal, und drittens, Ausbau der Mobile Library, also der Busbibliotheken. Diese Möglichkeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, stehen nicht grundsätzlich gegeneinander. Es wird an allen drei Wegen gearbeitet.

Angesichts der begrenzten finanziellen Situation müssen aber Prioritäten gesetzt werden, und unsere Priorität liegt beim Ausbau der Busbibliothek,

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Aha!)

denn mit ihr erreichen wir, Herr Rohmeyer, schon heute 20 Ortsteile in der Stadt. Wenn wir es schaffen, wie es angestrebt ist, mit einem zusätzlichen weiteren kleinen Bus die Bedienung aufzunehmen, dann werden wir auch gezielt Grundschulen und sogar Kitas anfahren können und damit gerade auch jüngere Kinder erreichen. Wenn wir also die ganze Stadt in den Blick nehmen, wenn wir möglichst viele Quartiere erreichen wollen und wenn unsere Zielgruppe gerade Kinder sind und digital weniger gut ausgestattete Familien, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Ausbau der Mobile Library der beste und der schnellste Weg, um eine große Reichweite zu erzielen.

(Beifall SPD)

Für uns ist deshalb dieser Weg unter den gegebenen finanziellen Restriktionen der, den wir wählen, den wir für richtig halten, bei dem wir davon ausgehen, dass er die größte Wirkung erzielen wird, und deshalb bevorzugen wir ihn. Ich habe gesagt, damit erteilen wir den anderen Wegen keine Absage. Wie wir dazu stehen, wie wir uns das vorstellen, darauf möchte ich im zweiten Teil meiner Rede eingehen. – Danke schön!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren über die Große Anfrage der CDU-Fraktion zu Perspektiven der Stadtbibliothek Bremen sowie den Antrag zur Erweiterung der Öffnungszeiten durch Open Library. Die Antwort des Senats stellt der Stadtbibliothek Bremen ein sehr gutes Zeugnis aus. Ich muss sagen, mich persönlich überrascht das eigentlich nicht, weil ich seit Jahren im Betriebsausschuss der Stadtbibliothek bin und da miterlebe, dass die Bibliotheksleitung und die Mitarbeiterinnen sehr engagiert und auf der Höhe der Zeit arbeiten.

(Beifall DIE LINKE)

Wenn Sie in den letzten Jahren nicht die Gelegenheit hatten, in eine der Stadtteilbibliotheken zu gehen oder in die Zentralbibliothek, kann ich Ihnen das nur ganz dringend ans Herz legen, denn die Stadtbibliotheken sind wirklich Orte, an denen man sich aufhalten will, an denen man schmökern möchte, an denen man aber auch zum Beispiel eine Sprache lernen kann. Außerdem gibt es spezielle Angebote für Kinder, und in der Zentralbibliothek gibt es sogar Virtual-Reality-Angebote. Das nur als ein Beispiel, dass die Stadtbibliothek sich immer wieder neu auf die Interessen der Nutzerinnen und Nutzer einstellt, und das finden wir richtig gut!

(Beifall DIE LINKE)

Herr Gottschalk hat es schon gesagt: Bremen liegt im Ländervergleich auf Platz zwei bei der Bibliotheksnutzung pro Einwohnerin/Einwohner, direkt hinter Berlin. Wir sehen also, Bremen macht vieles richtig, aber selbstverständlich gibt es auch hier noch mehr Potenzial, um noch mehr Menschen die Nutzung der Bibliotheken zu ermöglichen.

Schauen wir uns den Antrag der CDU genauer an! Hinter dem englischen Begriff Open Library steht die Idee, dass Menschen mit ihrem Bibliotheksausweis selbst die Bibliothek öffnen können. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Bibliothek 24 Stunden geöffnet ist, sondern es gibt explizit erweiterte Öffnungszeiten.

Ich begrüße grundsätzlich das Konzept von Open Library, denn es erhöht die Nutzungsmöglichkeiten der Bibliothek, und es ist eine spannende Ergänzung, aber – das ist mir wichtig, und deswegen wiederhole ich es auch einmal – es ist eine Ergänzung. Es kann den regulären Bibliotheksbetrieb nicht ersetzen, denn zu Open-Library-Zeiten gibt es die Bibliothek eigentlich nur in schwarz-weiß. Man kann hineingehen, man kann sich etwas herausholen, man kann auch ein bisschen dort bleiben, aber es gibt keine Angebote. Wer die Bibliothek in Farbe haben will, der braucht die regulären Öffnungszeiten mit Beratungsangeboten, mit Kinderprogramm und vielem mehr.

Ich sehe einige Probleme beim Antrag der CDU-Fraktion: Erstens, im Antrag wird behauptet, die Öffnungszeiten der Bibliotheken entsprächen nicht den Interessen der Nutzer:innen. Falsch, sage ich! Die Bibliotheken werden sehr gut besucht. Ich sagte ja bereits, Bremen liegt im Vergleich der Bundesländer auf Platz zwei. Diese Behauptung der CDU ist also eine steile These ohne Beleg.

(Beifall DIE LINKE)

Zweitens, die CDU spricht von den durchschnittlichen Öffnungszeiten, die extrem gering erscheinen. Falsch, sage ich, denn es ist falsch, hier nach dem Durchschnitt zu fragen, da ganz kleine Standorte oder auch der Bibliotheksbus eben ganz andere Öffnungszeiten haben. Richtig wäre es, sich aber einmal anzuschauen, wie lange denn die Öffnungszeiten der meisten Standorte sind, und da haben wir viele Standorte, die eine Öffnungszeit von mehr als 30 Stunden in der Woche haben.

Drittens, nicht alle Standorte sind für Open Library geeignet. Das thematisiert der Antrag der CDU aber gar nicht. Viertens, der Antrag ist praktisch nicht umsetzbar, denn wer wirklich Open Library will, der braucht mehr als drei Monate, um alle Standorte genau zu prüfen und mit den Leitungen und auch mit dem Personalrat zu sprechen, und auch die technische Umsetzung bedarf aller Voraussicht nach mehr als drei Monate. Daher ist der Antrag gut gemeint, aber nicht gut gemacht.

(Beifall DIE LINKE)

Die zentrale Frage ist doch, und das hat auch Herr Gottschalk eben schon gesagt: Wie können wir noch mehr Menschen mit dem Bibliotheksangebot erreichen? Deshalb haben wir, DIE LINKE, uns dafür eingesetzt, einen zweiten Bibliotheksbus über den Bremen-Fonds anzuschaffen, denn ein zweiter Bibliotheksbus, kann mehr Schulen und Kitas ansteuern, er ermöglicht mehr Haltepunkte. So können viel mehr Kinder die Welt der Bücher entdecken, und ich glaube, das ist ganz zentral, denn wir alle wissen, wie wichtig Lesen als Schlüssel zur Welt ist.

(Beifall DIE LINKE)

Ich glaube also, dass wir mit dem Bibliotheksbus in sehr kurzer Zeit deutlich mehr Leute erreichen können, als mit erweiterten Öffnungszeiten. Deshalb setzen wir hier die Priorität, und das ist auch richtig so.

(Beifall DIE LINKE)

Abschließend also noch einmal: Wir stehen der Überlegung zu Open Library offen gegenüber, aber dafür braucht es mehr Zeit und die Einbindung der Beschäftigten. Deshalb lehnen wir den Antrag heute ab. Stattdessen wollen wir zunächst den zweiten Bibliotheksbus zeitnah, um mehr Menschen die Bibliothek nach Hause beziehungsweise auf den Schulhof zu bringen. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Magnus Buhlert.

Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren über ein fantastisches Bildungs- und Kulturangebot, das die Stadtgemeinde Bremen ihren Menschen macht, nämlich die Stadtbibliothek, und ehrlich gesagt können wir uns freuen, dass wir so einen Schatz in Bremen haben. Das hat die Umfrage der Stadtbibliothek unter den Nutzerinnen und Nutzern gezeigt. Ich habe mich auch daran erinnert, wie ich an die Bibliothek herangekommen bin und wie ich lesen gelernt habe. Ehrlich gesagt fiel mir das in der Grundschule nicht so leicht. Da wurde ich dann in die Nachbargrundschule geschickt, in die Robinsbalje in Huchting, weil dort eine Bibliothek war, um da vielleicht das

eine oder andere Buch zu finden, das gut war, um mich zum Lesen anzureizen, denn das Lesebuch konnte ich auswendig, damit konnte ich nicht lesen lernen.

Insofern war es so, dass ich dann an Bücher wie „Die kleine Hexe“ von Otfried Preußler und dergleichen herangeführt wurde und meinen Spaß daran finden konnte. Später, als ich dann im Schulzentrum Willakedamm war, bin ich an das Schulzentrum Delfter Straße gegangen und habe mir dort in der Bibliothek Bücher ausgeliehen, zuerst „Asterix“-Hefte, „Peanuts“, Comics, übrigens nicht nur deutschsprachige. Wer sagt, das ist kein Buch, dem sage ich, es ist ein Medienangebot, das Menschen zum Lesen anregt, und genau das ist doch das Tolle, was die Stadtbibliothek macht.

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Sie bringt Menschen das Lesen näher, sie bringt Menschen dazu, Medien näher kennenzulernen.

Es war damals auch schon wichtig für mich in der siebten Klasse für den Fremdsprachenunterricht. Ich konnte die lateinischen „Asterix“-Hefte lesen, und ich konnte natürlich auch die englischsprachigen „Peanuts“ lesen, und das hat mir beim Übersetzen ehrlich gesagt gut geholfen und auch beim Erwerb des kleinen Latinums. Insofern bin ich der Stadtbibliothek dankbar; und über Science-Fiction-Angebote bin ich dann richtig zum Lesen gekommen.

(Heiterkeit)

Aber in der Tat, was ich da schildere, ist eine Vergangenheitssituation, und die Stadtbibliothek hat sich sehr weiterentwickelt, aber ich will damit durchaus sagen, was sie bei mir geschafft hat, schafft sie eben auch bei vielen anderen Menschen. Insofern tut sie wirklich Gutes und bringt Menschen wirklich dazu, etwas zu lernen und sich weiterentwickeln zu können. Dafür herzlichen Dank!

(Beifall FDP, Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass sie herausragend im Nutzerranking ist, dass sie sich weiterentwickelt als dritter Ort. Auch schon früher gab es Beiratssitzungen, andere Sitzungen, Gespräche, Einladungen, Lesungen und so weiter in den Stadtbibliotheken, und jetzt werden sie einfach immer mehr zu einem Aufenthaltsort, und das ist gut so.

Es ist auch richtig so, und wir Freien Demokraten haben uns auch dafür eingesetzt, dass die Stadtbibliothek sich öffnet, auch am Sonntag, wenn es denn die Mitarbeitenden mitmachen, und es ist gut, dass es Mitarbeitende gibt, die das mitmachen, weil es eben wichtig ist, hier eine weitere Möglichkeit zur Nutzung zu geben.

Wir müssen uns dann aber angesichts knapper Ressourcen fragen: Was ist denn die Möglichkeit, hier die Stadtbibliothek weiter in der Nutzung voranzubringen und dem, was sie macht, für Kultur zu werben, für ein unheimlich wichtiges Kulturgut, denn seitdem wir Druck mit bewegten Lettern haben, ist doch die Wissensvermittlung revolutioniert worden. Die Menschen können diese Dinge rezipieren. Wir haben immer noch viel zu viele Analphabeten in Deutschland und in Bremen, die wir an das Lesen heranbringen müssen, gerade in Gebieten, in denen Menschen es schwer haben mit dem Bildungserwerb.

Insofern ist doch die Frage: Wie kommen wir da heran? Insofern ist es gut, wenn die Bibliothek sich digitalisiert, aber wer nicht mit einem Buch lesen lernt und diese haptische Erfahrung hat, wie soll der denn dann anfangen, ein Buch wirklich am Computer, der ein anderes Leseverhalten hervorruft, wirklich zu rezipieren und wahrzunehmen? Ich glaube nicht, dass es so einfach ist, Menschen an das Lesen eines E-Books heranzuführen, wenn sie nicht irgendwann in ihrem Leben ein Buch in der Hand gehabt haben. Das mag sich weiterentwickeln, aber wir müssen daran arbeiten. Insofern muss man sich dann entscheiden, wie man angesichts knapper Ressourcen vorgeht.

Insofern, bei aller Liebe zu Open Library: Wir dürfen nicht vergessen, sie braucht auch Nachsorge. Das Buch will weggeräumt werden, es will einsortiert werden, und das ist für Nutzer ein gutes Angebot, die schon die Bibliothek nutzen, aber den Pädagogen oder die Pädagogin, der oder die einen an das Lesen heranführt, und den Bibliothekaren oder die Bibliothekarin, die Auskunft geben, wo man denn das Wichtige findet, was man für das Referat braucht, was mir in der Stadtbibliothek in Huchting bei den Referaten sehr geholfen hat, finde ich in der Open Library nicht. Insofern muss ich überlegen, wenn ich nur gewisse Ressourcen habe, wie ich sie dann nutze.

(Glocke)

Deswegen sagen wir, wir haben hier eine Priorität, sind dann eher beim Bibliotheksbus, weil der in die

Breite wirkt. Ich habe mich an der Stelle erst schwergetan, das zu begreifen, weil ich dachte: Klimaschutz? Wir fahren doch nicht mehr Bus! Den kann man aber natürlich klimaneutral fahren, anders ausstatten, und auf der anderen Seite kann man natürlich auch Bücher digital beziehen. Wenn ich mir aber den Bildungsauftrag der Bibliothek anschau, dann ist das doch der richtige Ansatz, und dann muss ich sagen, wenn ich mich zwischen beidem entscheiden muss, muss ich sagen, dann ist der Bus mir lieber.

(Glocke)

Allerdings muss ich dann auch noch fragen, ob die Finanzierung der richtige Weg ist. Darüber werden wir als FDP mit der Koalition reden, aber den Weg und die Prioritätensetzung teilen wir. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Kai-Lena Wargalla.

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Das ist ja eine spannende Debatte: Herr Rohmeyer zitiert und hält uns unsere eigene Koalitionsvereinbarung vor Augen, Herr Gottschalk fasst die Antwort des Senats zusammen, und Herr Buhler führt eine Grundsatzdebatte über die Bedeutung von Bibliotheken, die wir natürlich alle teilen – darum geht es ja gar nicht, und dem kann ich mich ausnahmslos anschließen.

Die Bibliothek ist natürlich eine der herausragendsten Kulturinstitutionen, die wir in Bremen haben, das wurde ja heute auch schon gesagt, auf Platz zwei im Bundesvergleich und in Bremen die am meisten frequentierte Kultureinrichtung und die Kultureinrichtung in Bremen, die sich wahrscheinlich als Erstes wirklich ernsthaft und konzeptionell geführt zu einem dritten Ort entwickelt hat und auch in dem Bereich weiterentwickeln möchte. Das heißen wir auch alle gut.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn man aber möchte, dass die Bibliothek ein dritter Ort ist und sich da weiterentwickelt, dann muss man sie eben auch zugänglich machen oder eben zugänglicher, als sie es jetzt ist, denn eine Person, die nine to five arbeitet, wird kaum die Möglichkeit haben, Bibliotheken in Anspruch zu

nehmen, sei es nach der Arbeit oder am Wochenende.

Ich bin jetzt nicht gerade dafür bekannt, glaube ich, irgendetwas schönzureden, und insofern muss ich da auch ganz klar sagen, dass es einen Dissens gibt insofern, als wir Grünen uns inhaltlich da tatsächlich eine erweiterte Öffnungszeit durch Open Library in Bremen wünschen und uns gewünscht hätten, dass wir den Antrag zumindest überweisen, um diese Debatte, bei der es ja gut ist, dass wir sie hier haben, nicht wieder im Keim zu ersticken und einfach den Antrag abzulehnen,

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

sondern in der Kulturdeputation fachlich weiterzudiskutieren. Dass das nicht möglich ist, finde ich sehr schade.

Wo ich nicht zustimmen würde, wäre, dass wir die Institution der Stadtbibliothek hier als Koalition nicht für bedeutsam erachten und nicht daran arbeiten, sie weiterzuentwickeln. Das machen wir ja kontinuierlich. Wir haben 2018 den Antrag mit Open Library schon auf den Weg gebracht, und insofern verstehe ich ehrlich gesagt auch nicht so richtig, warum die SPD sich so dagegen sträubt, denn der Antrag der CDU ist ja überhaupt nicht weitergehend. Wir haben ja 2018 schon beschlossen, dass wir eine möglichst flächendeckende Einführung und Ausweitung des Open-Library-Konzepts in Bremen wollen, und 2020 hieß es noch im Handlungsfeld „Digitalisierung, Bürger:innenservice und saubere Stadt“, dass man sich auf ein Ausrollen auf das gesamte Bundesland vorbereitet. Jetzt heißt es auf einmal in der Großen Anfrage, dass das nicht mehr so ist. Ehrlich gesagt hat uns das schon ein bisschen gewundert.

(Abgeordneter Claas Rohmeyer [CDU]: Wer regiert denn da?)

Ja, nun, wir regieren zusammen, und an uns liegt es nicht, sagen wir es so! An uns liegt es nicht. Wir möchten gern das Open-Library-Konzept ausweiten.

(Zuruf)

Ich glaube, dass eine Prioritätensetzung richtig ist, weil wir begrenzte Mittel haben, und ich kann auch verstehen unter den gegebenen Umständen wie, dass wir seit zwei Jahren in einer Pandemie sind und dass es auch das Verfahren in Nordrhein-

Westfalen gibt, wo ja die Sonntagsöffnung ermöglicht wurde und ver.di dagegen klagt, was ich auch absolut legitim und richtig finde, und ich glaube, es ist auch gut, erst einmal auf das Ergebnis dieser Klage zu warten, bevor man sich da heranmacht. Es wäre aber ja ein schöner Weg gewesen, schon einmal Open Library zu ermöglichen, also eine Öffnung, auch eine Sonntagsöffnung, die eben nicht personalbesetzt ist, die aber sehr wohl – und das wurde ja auch schon angemerkt – natürlich eine Mehrarbeit bedeutet, nämlich in der Vor- und Nachsorge, und das muss man dann mit dem Personalrat natürlich besprechen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Für mich ist da aber so eine Lücke. 2020 hieß es noch, das Open-Library-Konzept wird ausgerollt auf Bremen, und jetzt heißt es auf einmal, nein, das machen wir nicht mehr, denn es scheint nicht zu gehen. Aber warum geht es denn nicht? Wir haben vom Kulturressort überhaupt keine Grundlage bekommen, worauf man sich stützt, dass es nicht geht, und ich finde, das wäre doch etwas, was wir als Abgeordnete brauchen: dass einmal mit dem Personalrat zusammen geschaut wird, wie viel Mehrarbeit würde Open Library bedeuten, was für finanzielle Kosten kommen auf uns zu, wie ist die soziale Lage bei den einzelnen Zweigstellen, und wie muss man das quasi priorisieren, welche baulichen Änderungen braucht man. Dann kann man doch aufgrund der Informationen eine Entscheidung treffen, inwiefern wir dieses Konzept weitermachen.

Ich finde eben nicht, dass man nur das eine verfolgen kann, sondern man kann sagen, wir machen das eine und lassen das andere nicht, weil es eben unterschiedliche Zielgruppen gibt. Natürlich ist ein Bibliotheksbus gut für die Kinder und Jugendlichen, aber für die Familien am Sonntag bringt er überhaupt nichts. Ich glaube, dass man es sich da nicht zu einfachen machen sollte, diesen Antrag einfach abzulehnen.

(Glocke)

Ich hätte mich sehr gefreut, wenn wir ihn in der Kulturdeputation noch einmal fachlich besprochen hätten. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Arno Gottschalk.

Abgeordneter Arno Gottschalk (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte gesagt, dass ich im zweiten Teil noch auf die beiden anderen Möglichkeiten eingehen möchte. Wer die Antworten auf die Große Anfrage eingehend gelesen hat, der kann dem entnehmen, dass wir bereits an zwei Standorten mit Open Library in der Praxis sind. In der Vahr läuft es, an dem anderen Standort werden wir damit jetzt in die Umsetzung gehen. Darin steht auch, dass dort die Erfahrungen gesammelt werden sollen, die uns dabei helfen, dieses Konzept auch weiterzuentwickeln. Es ist also ganz klar, dass wir in diesem Bereich weitermachen werden, so, wie wir das auch angekündigt haben.

Es steht aber auch darin, dass eine Übertragung an andere Standorte im Moment schwierig ist, weil wir auch Mietsituationen an anderen Standorten berücksichtigen müssen. Insofern kann ich zunächst erst einmal nur feststellen, dass wir mit diesem Konzept unterwegs sind, dass wir Lernerfahrungen machen und dass es erklärte Absicht ist, auch dort weiterzumachen.

Wir haben zweitens in der Antwort auf die Anfrage, dass die beiden nächsten Standorte Blumenthal und Obervieland sein sollen, dass wir es anstreben – und das ist auch unser großes Interesse –, noch mehr in die Stadtteile hineinzugehen, auch in dieser Form mehr zur 10-Minuten-Stadt zu kommen, und hier erwarten wir auch, dass wir vorankommen. Aber auch hier ist der Hinweis darauf, das sind natürlich erhebliche finanzielle Dimensionen.

Da nun stehen wir vor der Frage: Wo setzen wir die Prioritäten? Da sind wir, liebe Kai Wargalla, als Parlamentarier auch gefordert, ehrlich zu sein, abzustecken, was denn möglich ist, und nicht nur Runden zu drehen, bei denen man darüber redet. Diese Ehrlichkeit gebietet es hier und heute, sich anzuschauen: Wo erzielen wir denn die größte Reichweite? Wo kommen wir denn an die Zielgruppe auch heran, die uns wichtig ist, an Kinder, bei denen wir das gezielt auch anfahren können? Wo erreichen wir auch Familien, die auch geführt werden müssen, die, so, wie auch Herr Dr. Buhlert es gesagt hat, die Anleitung brauchen, die Hilfe brauchen, und das vor Ort und nicht nur über weite Wege hinweg? Das ist die Abwägung, bei der wir gesagt haben, das ist für uns der Punkt, den wir im Moment für am wichtigsten halten, das ist ja das, was auch Frau Strunge hier gesagt hat.

(Beifall SPD)

Wenn ich mir anschau, was dies dann kosten würde: Allein die personelle Bestückung wird bei knapp 70 000 Euro im Jahr liegen. Wenn wir einen neuen Bus brauchen und er dann noch, möglicherweise auch unterstützt von Ihnen, auch von vornherein emissionsfrei fährt, dann sind wir bei erheblichen Summen. Wenn wir uns anschauen, was im Haushalt möglich ist bei dieser Enge, die wir haben, dann müssen wir hier und heute sagen: Wir können nicht so tun, als könnten wir alle drei Dinge, die wir denken können, auch gleichzeitig machen. Aus dieser Ehrlichkeit heraus, aus dieser Konsequenz heraus haben wir hier gesagt, dieses hat die Priorität, und das ist der Grund, warum wir uns so entschieden haben. – Danke schön!

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich war doch sehr gespannt auf diese Begründung, aber sie ist in Wahrheit ja keine echte fachliche Begründung. Sie haben das Geld an anderer Stelle ausgegeben, interessieren sich nicht mehr für Ihren Koalitionsvertrag, und daher: Eine inhaltliche Kulturpolitik ist zumindest bei Ihnen in der Fraktion da nicht mehr gegeben.

Ich will noch einmal in die Große Anfrage einsteigen! Wir haben ja auch abgefragt, welche Standorte haben wir, und welche Laufzeiten von Mietverträgen gibt es eigentlich an den Standorten, die gar nicht der Stadt gehören. Das ist immerhin der Standort in Gröpelingen, da endet die Mietlaufzeit Ende nächsten Jahres, das ist gar nicht mehr lange hin. Kurz darauf, im Februar 2024, endet die Laufzeit in der Vahr. Kurz darauf, zum Ende der nächsten Legislaturperiode, wird sie Huchting enden, und in etwas über zehn Jahren – das klingt etwas weit weg, aber mit den Kündigungsfristen ist das gar nicht mehr so lange hin – endet die Mietlaufzeit für die jetzige Zentrale. Sind wir denn sicher, dass wir an den Standorten, an denen wir sind, überhaupt bleiben wollen? Wer führt dazu eigentlich eine Debatte?

Ich darf es ja so sagen, warum wir heute diese Debatte hier führen, Frau Staatsrätin: Wir, die CDU, hatten vor eineinhalb Jahren im Betriebsausschuss zu genau allen diesen Themen, die wir heute hatten – Busbibliothek, weitere Standorte, was ist mit den jetzigen Standorten –, einfach einmal darum

gebeten, im Betriebsausschuss, einem sehr geschützten Raum, zu sprechen. Die Stadtbibliothek hat ja wohl auch ihre Hausaufgaben gemacht, immerhin bekommen wir auch regelmäßig Berichte, nur die politische Debatte fand nie im Betriebsausschuss statt. Dann hatten wir noch einmal nachgefragt, und dann haben wir gedacht, gut, dann machen wir es da, wo wir Abgeordneten es immer können: im Plenarsaal der Bremischen Bürgerschaft. Darum haben wir die Große Anfrage dann im letzten Sommer eingereicht.

Ich habe momentan nicht den Eindruck, dass Sie als Koalition, als den Senat tragende Fraktionen, einen einheitlichen kulturpolitischen Ansatz haben, und eine finanzpolitische Ausgestaltung haben Sie, glaube ich, auch nicht. Ich habe ja vorhin nur den Koalitionsvertrag zitiert, Herr Kollege Gottschalk, und Ihnen vorhin vorgelesen, was Sie sich alles im Sommer 2019 gemeinsam vorgenommen haben. Davon haben Sie bisher nichts erreicht, gar nichts! Ich sehe auch keinen Widerspruch zwischen der Busbibliothek, der Frage, an welchen Standorten man künftig stationär sein will, und der Ausweitung von Open Library, denn für uns ist auf jeden Fall eine Folge der Coronapandemie, dass wir Besuchszeiten entzerren sollten, dass wir Öffnungen auch für Familien an Wochenenden ermöglichen sollten, wir hatten da auch ein strittiges Gespräch mit dem Personalrat.

Ich sehe durchaus Probleme bei Sonntagsöffnungen mit realen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ich kann nur keine Ausbeutung von Computern bei Open Library erkennen. Zumindest ist das etwas, was für uns auf jeden Fall infrage kommt, egal, ob man einen gewerkschaftlichen Ansatz hat, wie Teile der SPD, oder einen christlichen Ansatz, wie ihn Herr Bolayela und große Teile der CDU-Fraktion ja auch einmal verfolgt haben. Das sind alles Punkte, über die man reden kann, nur bei einer digitalen Öffnung können wir jetzt nicht über die Ausbeutung von Computerchips reden. Das sind vorgeschobene Argumente, die Sie hier vorbringen, meine Damen und Herren, von links und links außen.

(Abgeordnete Miriam Strunge [DIE LINKE]: Das hat ja nun niemand gesagt!)

Ich würde mich freuen, wenn Sie dem konsensualen Ansatz, den Frau Wargalla und ich hier ja nun – –. Ich glaube, eine größere kulturpolitische Distanz – die erleben Sie auch in anderen Debatten – gibt es ja nun eigentlich selten. Wenn wir hier zu-

sammenfinden, und wenn ich die Worte der Staatsrätin richtig verstanden haben, die ja auch zumindest große Teile nicht ganz falsch fand, dass wir hier gemeinsam vorankommen – –. Ich würde mich freuen, wenn Sie erst einmal Ihre Hausaufgaben machen und Ihren Koalitionsvertrag abarbeiten.

Ich würde mich freuen, wenn Sie den personellen Einsatz für die neue Busbibliothek auch ausgestalten. Im Haushalt haben Sie eineinhalb Stellen für den neuen Bibliotheksbus. Egal, ob er mit Diesel fährt oder elektrisch, mit Wasserstoff oder, Herr Gottschalk, ob Sie morgens nicht mehr in das Fitnessstudio gehen, sondern den Bus per Pedal durch die Stadt treten –

(Abgeordneter Arno Gottschalk [SPD]: Ihnen würde das auch guttun! – Heiterkeit)

ja, würde, aber wir arbeiten hier ja nicht im Konjunktiv! –, egal, wie dieser Bus durch die Stadt fährt: Sie haben die Personalressourcen für diesen Bus im Haushalt extrem zu gering finanziert. Für den jetzigen großen Bus haben Sie vier volle Stellen. Für den kleinen Bus haben Sie nur eineinhalb Stellen Personalansatz, bei dem wir im Betriebsausschuss einmal von drei Stellen gehört haben, Sie haben also nur die Hälfte finanziert. Ob Sie den Bus aus dem Bremen-Fonds bezahlen oder woher sonst, da werden wir eine Lösung finden. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich aus der Verweigerungshaltung verabschieden und wir die Bibliothek gemeinsam weiter nach vorn bringen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Staatsrätin Carmen Emigholz.

Staatsrätin Carmen Emigholz: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es wird einen kleinen Moment dauern, bis ich wieder richtig reden kann, weil ich Probleme mit der Atmung habe, aber das soll mich nicht daran hindern, Herrn Rohmeyer erst einmal freundschaftlich zuzurufen: Lieber Herr Rohmeyer, entspannen wir uns erst einmal schön! Wir entspannen und erst einmal und reden einmal über die Größe des Konflikts und über die Dramatik des Problems, die jetzt gerade wieder entstanden ist, und wir schauen einmal auf die Fakten! Das wäre mir ganz wichtig.

Ganz und gar vergessen wurde, dass zu Beginn dieser Legislaturperiode zum Beispiel, weil gerade auch das amtsführende Ressort eine Stadtbibliothek so gar nicht denkt, der Etat der Stadtbibliothek doch signifikant erhöht wurde. Aber das macht ja nichts, das passt nicht in diese Legislaturperiode, passt auch nicht in die Rede, also vergessen wir das einmal ganz gern, denn wir haben ja mit dem Kulturförderbericht das Ansinnen gehabt, sukzessive den Kulturbereich zu stärken, und das ist mit einer großen Erhöhung von immerhin 400 000 Euro erfolgt. Das ist ja nicht ganz wenig als Betrag, den wir gezahlt haben, und die Stadtbibliothek hat zusätzlich auch noch Mittel für besondere Medien und Digitalisierung bekommen, gerade in der Pandemie; nur, um das einmal zu sagen, damit man nicht glaubt, die Stadtbibliothek sei nun ein politisches Stiefkind. Das ist mitnichten der Fall, und das sollte man auch nicht geringerschätzen.

Trotzdem sind wir alle gehalten, vor dem Hintergrund der aktuellen Situation eine Priorisierung vorzunehmen. Darüber haben wir übrigens auch im Betriebsausschuss geredet, das ist richtig, nur die Wahrnehmungen sind ja immer unterschiedlich. Ich beziehe mich jetzt einmal ausnahmsweise, obwohl ich es gerade sehr richtig finde, was Frau Strunge dazu gesagt hat, nicht auf die Koalition, sondern ich beziehe mich einmal auf Herrn Dr. Buhlert: Wenn man wirklich priorisieren will und sagt, wir müssen die Ressourcen steuern, weil wir wissen, dass noch eine Menge Lasten auf uns zukommen und jeder weiß, wie es mit der vierten Welle geht – da geht es jetzt nicht um Arbeitskapazitäten der Verwaltung, sondern da geht es um tatsächliche Einrichtungen und Vorhersehungen, die in bestimmten Bereichen geschaffen werden müssen –, da müssen wir priorisieren.

Meine Priorität, das sage ich hier als Staatsrätin ganz persönlich, liegt ganz klar beim Bibliotheksbus, das habe ich auch gesagt, weil wir in den Haushaltsberatungen der Koalitionäre sehr oft darüber gesprochen haben: Was machen wir, wenn wir nicht alles gleichzeitig können, wo liegt es? Ich finde es auch sehr dankenswert, das will ich hier sagen, dass DIE LINKE das auch gleich mit einem Antrag flankiert und personelle Unterstützung angeboten hat. Wie wir das alles organisieren, müssen wir anschauen nach dem Verlauf der liquiden Mittel, welche Ressourcen wir haben und wie schnell wir das entscheiden können.

Ein Bibliotheksbus hat aber schlicht den Vorteil, dass wir natürlich viele Standorte anfahren können

und damit auch ein durch Personen gestütztes Angebot in die Stadtteile bringen können, denn Herr Dr. Buhlert hat natürlich recht: Die Bibliothek hat ihren Erfolg nicht nur durch digitale Angebote erzielt, sondern vor allen Dingen auch dadurch, dass Menschen Menschen beraten haben und dass sie Hilfe geleistet haben, gerade in der Leseförderung, gerade in der kulturellen Bildung, aber auch in der schulischen Bildung und Weiterbildung und auch in der Erwachsenenbildung.

Man darf diese Arbeit auf gar keinen Fall in der Wahrnehmung minimieren, auch auf die Notwendigkeit der Personalgestaltung in der Stadtbibliothek. Deshalb möchte ich mich natürlich dem anschließen, was wir auch regelmäßig im Betriebsausschuss immer wieder sagen: Die Arbeit aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadtbibliothek ist für uns aller Ehren wert, und wir stehen voll hinter der Stadtbibliothek. Ich bitte Frau Werder als stellvertretende Direktorin, das auch mit in das Kollegium zu nehmen, genau wie Herrn Hoppe: Wir schätzen ihre Arbeit wirklich sehr, und wir haben großen Respekt für ihren Einsatz, jetzt auch gerade in der Pandemie.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE – Vizepräsidentin Sülmez Dogan übernimmt den Vorsitz.)

Meine persönliche Meinung ist: Wenn wir priorisieren, priorisieren wir so.

Herr Rohmeyer, ich darf Sie trösten: Selbst, wenn Sie jetzt nicht eine unmittelbare Befassung mit dem Dringlichkeitsantrag bekommen, werden wir das Projekt Open Library – das gehört ja zu konzeptionellen Arbeit im Ganzen dazu, weil zu jeder Konzeptionsarbeit ja auch einzelne Bausteine gehören – nicht vergessen und nicht stiefmütterlich behandeln, sondern wir haben es nicht als erste Priorität auf der Liste für die zu erreichenden Punkte. Da müssen wir uns mit den Kollegen von den Grünen noch einmal unterhalten, ob sie das anders sehen oder ob wir da etwas falsch wahrgenommen haben. Das können wir aber gern im Betriebsausschuss austragen oder auch gern in der Deputation, das ist ja für uns kein Problem an dieser Stelle.

Ich würde aber gern der guten Ordnung halber, weil ich eine gute deutsche Beamtin zu sein hoffe, noch einmal auf Folgendes hinweisen: Liebe verehrte Frau Präsidentin, verzeihen Sie mir ein kurzes Zitat aus der vorgelegten Vorlage, wengleich Sie mich vor Lesearbeit schützen wollten, was ich Ihnen sehr hoch anrechne! Ich würde aber gern

einmal sagen, wie die Transparenz unseres Hauses zu der Frage ist, wie man sich zu Open Library verhält. Die CDU hat es abgefragt, und wir haben darauf gesagt – ich zitiere aus der Vorlage zur Frage Open Library nur einen einzigen Absatz, damit es nicht zu lang wird –:

„Die Überprüfungen anderer Standorte im Vorfeld auf deren Eignung zur Einführung von Open-Library-Öffnungszeiten ergab, dass die Umsetzung an den weiteren Standorten der Stadtbibliothek nochmals erheblich komplexer wäre als bei den Standorten in der Vahr und in Vegesack. Dort müssten neben für das Open-Library-Angebot erforderlichen technischen Umbauten zudem zahlreiche bauliche und organisatorische Maßnahmen erfolgen, die mit einem deutlich höheren finanziellen Aufwand verbunden sind. Bei den anstehenden Mietvertragsverlängerungen werden Open-Library-Konzepte als Verhandlungsoption grundsätzlich geprüft werden.“

Ich will nur dazu sagen, also man konnte schon ahnen, was die Problematik war, wenn wir weniger Personal haben, wenn wir weniger Ressourcen haben, wie man priorisiert – und es war nicht weniger als bisher, sondern weniger zu verteilen an zusätzlichen Möglichkeiten, wie man priorisiert! –, und das wollte ich gern auch noch einmal deutlich machen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Frau Staatsrätin, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Wargalla?

Staatsrätin Carmen Emigholz: Gern!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bitte schön, Frau Wargalla!

Abgeordnete Kai-Lena Wargalla (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank! Frau Staatsrätin, Sie haben das ja selbst gerade zitiert, und insofern konnte ich mich jetzt nicht zurückhalten, noch einmal zu fragen. In der Großen Anfrage reden Sie von einer Überprüfung, die ja anscheinend darstellt, wie teuer das alles wird, aber wir kennen sie nicht. Das ist ja das, was ich auch gerade gefordert habe, und dass Herr Gottschalk, wenn er sich auch einmal ehrlich macht, anscheinend weiß, wie teuer dieser Bibliotheksbus ist, aber niemand von uns kennt diese Überprüfung der Zweigstellen und der Standorte und weiß, was wie teuer im Umbau wäre. Für eine Entscheidung und für die Priorisierung,

die Sie ja alle hier so hervorstellen, braucht man das. Ich erwarte auch, wenn es diese Überprüfung gibt – sonst hätten Sie das ja nicht angeführt – dass sie uns Kulturdeputierten auch einmal vorgelegt wird.

Staatsrätin Carmen Emigholz: Im Betriebsausschuss ist sie an die Wand projiziert worden, es kann sein, dass sie nicht verschickt worden ist. Das kann ich Ihnen aber so sagen: Da sind die Vergleiche gemacht worden, was was kostet, und beim Bibliotheksbus – das habe ich ausdrücklich auch in den Haushaltsberatungen der Koalition gesagt – wurde eindeutig gesagt, dass die Kosten noch nicht feststehen, weil wir so lange keine mehr geordert haben. Das war der Punkt, den ich Ihnen so sagen kann. Ich habe es im Kopf, was wir früher bezahlt haben, was wir jetzt bezahlt haben, aber selbstverständlich reichen wir das nach.

(Abgeordnete Kai-Lena Wargalla [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank!)

So weit zu diesem Punkt! Ich würde Ihnen persönlich sagen: Herausgekommen ist doch, dass Bremen in der Versorgung mit bibliothekarischen Angeboten nicht schlecht dasteht. Wenn wir im Ranking im Bundesgebiet Platz zwei haben, dann möchte ich einmal schauen, in welchem Vergleichsranking wir annähernd gleich gut dastehen. Das ist ein sehr aner kennenswerter Punkt auch für die Leistungen in Bremen, und ich würde denken, dass wir ein großes Interesse daran haben, in diesem Sinne weiterzumachen.

Wir sind ja auch dabei, das umzusetzen, und deshalb habe ich auch noch einmal auf die Erhöhung im Haushalt hingewiesen – man kann nicht über das eine reden und das andere nicht machen –, und ich sichere Ihnen zu, dass wir Ihnen gern auch noch die für Sie wichtigen Daten im Betriebsausschuss vorlegen werden, auch als schriftliche Vorlage, damit Sie das zu Ihren Unterlagen nehmen können, damit das dann mit der Gesamtvorlage ein rundes Ganzes wird.

Meine Damen und Herren, ich will diese Debatte nicht verlängern. Ich möchte Ihnen nur sagen, ich freue mich sehr, dass es insgesamt einen Rückhalt für die Stadtbibliothek gibt und dass wir die Arbeit alle gemeinsam schätzen, und wenn es unterschiedliche Schwerpunkte gibt, ist das ja auch nichts Schlechtes. Wir werden alle Teilthemen in den Gremien wieder aufrufen, nur die Priorisierung eingedenk der Haushaltslage ist ja hier einigermaßen deutlich geworden. Lassen Sie uns darüber

konstruktiv auseinandersetzen und überlegen, was in dieser Situation am meisten nützt, dann kommen wir auch zu konstruktiven Ergebnissen!

Eines ist wichtig: dass wir nicht nachlassen, an diesem Konzept zu arbeiten, aber dass wir das nicht tun, daran gibt es auch, glaube ich, keinen Zweifel. Wir haben Ihnen auch ausführlich geantwortet. Wenn Ihnen etwas fehlt, ist es Ihr gutes Recht, Informationen nachzufragen, die geben wir dann auch wirklich sehr gern. Vielen Dank für diese sehr engagierte Debatte zu dem Thema! Für mich war es sehr wichtig mitzunehmen, was die Einzelaspekte sind, und in Teilbereichen arbeiten wir nach, wenn Sie das gern wünschen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/517 S](#) abstimmen.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abgeordneter Peter Beck (BIW))

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Antwort des Senats, Drucksache [20/510 S](#), auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

Diskriminierende Vorfälle bei der BREBAU zukünftig verhindern – strategische Ausrichtung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft definieren

Antrag der Fraktion der CDU vom 14. Oktober 2021 (Drucksache [20/522 S](#))

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dietmar Strehl.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jens Eckhoff.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem ja relativ erfreulichen Thema Stadtteilbibliothek kommen wir jetzt zu einem Thema, das für Bremen im vergangenen Jahr nicht ganz so erfreulich war, nämlich dem Thema BREBAU. Im Mai letzten Jahres erschütterten uns die Nachrichten, dass von BREBAU offensichtlich systematisch Daten gesammelt worden sind von Mietinteressenten, in aller Regel von Menschen mit Migrationshintergrund, und dass man die auch nicht nur abgefragt, sondern tatsächlich auch gespeichert hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das in der Bremischen Bürgerschaft im Juni auch diskutiert, und eines ist klar: Durch diese Veröffentlichung, durch diese jahrelange Praxis der BREBAU ist dem Bundesland, ist der Stadt schon gerade auch eindeutig geschadet worden. Es ist ein nachhaltiger Schaden für uns entstanden, und das, wo wir ja doch einen sehr liberalen Ruf in der Welt genießen.

(Beifall CDU)

Der Senat hat schnell reagiert, der Aufsichtsratsvorsitzende hat schnell reagiert und hatte einen Interimgeschäftsführer, seinen langjährigen Begleiter Henning Lühr, und den Ex-Justizstaatsrat Stauch mit einem Sonderbericht beauftragt. Der Sonderbericht wurde Anfang August vorgelegt, und man fragt sich nur: Was ist eigentlich seitdem passiert? Wir haben ja den Antrag schon im Oktober eingereicht, aber man kann diese Frage heute noch einmal wiederholen. Passiert ist seitdem relativ wenig: Die Staatsanwaltschaft ermittelt weiter, die Datenschutzbeauftragte hat noch keine Ankündigung einer Strafzahlung getätigt – sie hat zumindest gesagt, es wird eine Strafe kommen, aber die Höhe ist noch nicht bekannt –, das Einzige, was veranlasst worden ist, sind zwei arbeitsrechtliche Schritte gegen Mitarbeiterinnen und einen Mitarbeiter von der BREBAU.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Geschäftsführung ist nach wie vor im Amt. Im Aufsichtsrat wurde auch keine politische Verantwortung dafür übernommen, auch dieser ist nach wie

vor im Amt, und natürlich auch im Senat konnte man von politischer Verantwortung für dieses Verfahren, das bei der BREBAU angewandt worden ist, bis jetzt nichts deuten. Es ist bedauerlich, dass auf allen Führungsebenen im Endeffekt für diese Gesellschaft bis heute, zumindest auch in der Öffentlichkeit, nichts an Schritten nachhaltig kommuniziert wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ebenso ist anzusprechen die nach wie vor unzureichende strategische Ausrichtung des gesamten Immobilienmanagements und der Stadtentwicklung in Bremen.

(Beifall CDU)

Wir wissen bis heute eigentlich nicht, wer für was zuständig ist. Bekräftigt, lieber Herr Senator Strehl, wurde das noch einmal in der letzten Woche im Haushalts- und Finanzausschuss, in dem jetzt wieder ein externes Gutachten beauftragt wurde, um den Immobilienbestand einmal aufzuarbeiten, die Daten zu ordnen, um zu schauen, wo man dann zum Beispiel verstärkt PV-Anlagen oder auch energetische Sanierungen vornimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben im Konzern Bremen Immobilien Bremen, wir haben im Konzern Bremen die GEWOBA, und wir haben im Konzern Bremen die BREBAU. Wir als Parlamentarier wissen bis heute nicht, wo eigentlich die strategischen Schwerpunkte dieser einzelnen Beteiligten liegen. Der Output, der insgesamt für die Liegenschaften im Land Bremen besteht, ist unzureichend. Wir möchten nicht immer wieder auf das PV-Beispiel eingehen, dass wir im letzten Jahr eine PV-Anlage auf öffentliche Dächer bekommen haben. Wir kommen bei der energetischen Sanierung nicht in dem Tempo voran, wie wir uns das alle vorstellen und wie es auch – er wird ja im nächsten Monat hier auch behandelt – der Schlussbericht der Klima-Enquetekommission vorsieht. In diesem Bereich sind wir überall zu langsam.

Aus diesem Grund haben wir speziell auf die BREBAU bezogen, weil das ja auch die letzte Akquise war, noch einmal diesen Antrag formuliert. Er setzt sich im Endeffekt mit zwei Schwerpunkten ein, nämlich zum einen mit der Nacharbeitung der Aufsichtsstrukturen bei der GEWOBA, die sich aus diesen Missbräuchen im letzten Jahr ergeben, und zum zweiten natürlich auch dementsprechend der strategischen Ausrichtung der BREBAU. Wir sehen ein, dass dieser Bericht nicht mehr bis zum Ende des Jahres 2021 vorgelegt werden kann, und ich

würde deshalb dafür plädieren, Frau Präsidentin, dass wir das auf den Juni 2022 terminieren, aber wir halten diesen Antrag vor dem Hintergrund der Vorgänge, vor dem Hintergrund des Erwerbs nach wie vor für dringender denn je, und wir bitten um Ihre Zustimmung aus der Koalition. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zunächst einmal bei der Fraktion der CDU insoweit bedanken, als ich zwar die Sinnhaftigkeit des Beschlusses am Ende dieses Antrags nicht sehe, ich aber doch die Gelegenheit gut finde, dass wir dazu kommen, noch einmal über die Aufarbeitung des BREBAU-Skandals zu sprechen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Darum geht es gar nicht!)

Ich finde, das ist eine gute Sache, dass wir dazu kommen.

In meiner Wahrnehmung haben wir in diesem Prozess drei Phasen durchlaufen. Das Erste – das hat, finde ich, Herr Eckhoff auch sehr treffend beschrieben – war eine Phase des Schocks; ein Schock, der tief saß angesichts der Dienstanweisung, die da zutage getreten ist, die wir damals, und das sehen wir auch heute noch so, klar so beurteilen müssen, dass sie bewusst oder unbewusst diskriminierend war, strukturell rassistisch war und für Bremen beschämend. Ich habe damals gesagt, sie ist nur in Teilen tatsächlich unfassbar, weil sich niemand einbilden muss, dass auf dem Wohnungsmarkt keine Diskriminierung stattfinden würde. In der Regel wird das dann nur nicht aufgeschrieben, das ist etwas, was dem Ganzen eine neue Dimension verliehen hat.

Wir haben dann versucht, auch für uns als Bremische Bürgerschaft in eine Phase der Aufarbeitung einzutreten, und der Senat und der Aufsichtsrat – auch da teile ich die Einschätzung von Herrn Eckhoff – haben das sehr schnell und sehr zügig getan. Es gab eine zügige Aufarbeitung durch einen Sonderermittler, dazu wurde separat noch eine Berliner Rechtsanwaltskanzlei vom Interimsgeschäftsführer beauftragt, und man hat im Resultat gemerkt, unsere schlimmsten Befürchtungen haben

sich nicht erfüllt. Das heißt nicht, dass es keine Probleme gegeben hätte. Wir haben insbesondere sehr eindeutige Verstöße, so sieht es aus, gegen den Datenschutz, der auch Folgen haben wird, aber es ist auch festgestellt worden, eine konsequente Anwendung der Dienstanweisung – was man erwarten würde, wenn man etwas so präzise aufschreibt – hat es nicht gegeben.

Die Dateneingaben sind nur in einem Bruchteil der Fälle erfolgt, und das erzeugt einerseits ein großes Ausmaß an Erleichterung, dass sich unsere schlimmsten Befürchtungen eben nicht erfüllt haben. Andererseits erzeugt es auch eine Menge Unverständnis, warum so ein offensichtlich rechtswidriges und auch moralisch verwerfliches System der Datenerfassung dann aufgebaut wurde. Ich finde, der Gutachter hat an einer Stelle in seinem Gutachten den Nagel sehr gut auf den Kopf getroffen. Er hat geschrieben: „Obwohl die Wohnungswirtschaft ein bezogen auf Diskriminierung besonders risikobehafteter Bereich ist, gab es keine hinreichende Sensibilisierung im Sinne eines antirassistischen Gewissens.“

Sensibilisierung im Bereich Gleichbehandlung, Antidiskriminierung, Diversity Management, all das wurde zu formal und zu oberflächlich in den Prozessen der BREBAU abgearbeitet. Wir sind dann – und ich möchte sagen, zum Glück! – auch sehr schnell in eine dritte Phase eingetreten, nämlich die Phase der Besserung. Wir, die SPD, haben im letzten Sommer gesagt, wir haben die sehr klare Erwartung, dass sich in dieser Phase auch die Stärke einer städtischen Gesellschaft zeigt, nämlich, dass wir nicht nur bestimmten Ankündigungen Glauben schenken müssen, sondern dass wir tatsächlich in der Lage sind, Maßnahmen durchzusetzen und zu kontrollieren, und da weiche ich von der Einschätzung von Herrn Eckhoff dann sehr deutlich ab. Ich glaube, da ist Ihnen womöglich nicht alles bekannt, aber selbstverständlich wurden die entscheidenden Maßnahmen ergriffen, und das ist auch in der öffentlichen Berichterstattung, finde ich, bis jetzt erstaunlich wenig vorgekommen.

Selbstverständlich ist die Dienstanweisung außer Kraft gesetzt worden, selbstverständlich ist die Datenerfassung abgestellt worden. Ich glaube, noch sehr wenigen ist bekannt, wie die Wohnungen der BREBAU inzwischen vergeben werden, wenn es mehr Interessenten gibt als die eine Wohnung: Die BREBAU verlost diese Wohnungen inzwischen. Das ist, jedenfalls nach meiner Kenntnis, die einzige deutsche Wohnungsbaugesellschaft, die ihre

Wohnungen verlost, um jede Möglichkeit der Diskriminierung auszuschließen.

Über die Frage der Vergabe hinaus ist es dann noch so, dass es auch einen Wandel in den Köpfen geben muss. Die Interimgeschäftsführung hatte schon Diversity Management installiert. Es sind Schulungen bei der BREBAU auf den Weg gebracht worden. Das ist eine Daueraufgabe, das kann man nicht einmal eben durch die Umstellung eines Prozesses fordern, aber wir haben Grund zu der Annahme, dass die BREBAU dabei auf einem guten Weg ist.

In dieser dritten Phase befinden wir uns, weil – da bin ich, wie gesagt, der Ansicht von Herrn Eckhoff – der Aufsichtsrat auch sehr schnell gehandelt hat, seit einem halben/Dreivierteljahr, und jetzt kommt ein Antrag der CDU, der im Prinzip sagt: Ihr müsst euch jetzt einmal in diese dritte Phase begeben. Deshalb halte ich den Antrag nicht für sinnvoll; nicht wegen des Geistes des Antrags, aber was die Bremische Bürgerschaft zu diesem Zeitpunkt damit soll, bleibt unklar.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Klarer kann man formulieren: Die SPD erwartet die Fortführung der Kontrollen durch den Aufsichtsrat. Der Controllingausschuss, Herr Eckhoff, kann sich jederzeit berichten lassen, und das sollte er vielleicht auch tun.

Ich möchte einen Punkt auch nicht unerwähnt lassen, den hatte Herr Eckhoff angesprochen, nämlich den Punkt der Beteiligungsstrategie. Ich finde es sinnvoll, über die Beteiligungsstrategie der BREBAU zu reden. Wenn man sich im Bereich Quartierentwicklung zum Beispiel anschaut, was die STÄWOG in Bremerhaven kann, dann finde ich es sehr schade, dass das eine Kompetenz ist, die wir in der Stadt Bremen in dem Umfang nicht aufweisen und worum wir uns vielleicht einmal bemühen sollten. Das ist dann allerdings Beteiligungsstrategieentwicklung, die mit den Diskriminierungsfällen, über die wir hier sprechen, nichts zu tun hat.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das stimmt, aber gekauft haben Sie das Ding vor drei Jahren. Was haben Sie denn in den drei Jahren gemacht?)

Die ist eine dauerhafte Entwicklung, um – –. Ich habe den Punkt verstanden, aber der Bezug war ja der zu den Diskriminierungen, und das hat also mit

den Diskriminierungsfällen nichts zu tun. Die Debatte an sich ist lobenswert, aber in dem Bereich, in dem wir uns hier befinden, das ist der Bereich der Wohnungswirtschaft, und um festzustellen, dass bei Bremens drittgrößtem Vermieter das wesentliche Geschäftsfeld wohl die Wohnungsvermietung ist, braucht es aus unserer Sicht keine Dissertation im Auftrag der CDU-Fraktion.

(Glocke)

Daher lehnen wir den Antrag ab, bedanken uns aber ausführlich für die Debatte, die wir gern noch an anderer Stelle fortsetzen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich würde gern an dem anknüpfen, was Herr Wagner vorgetragen hat, und mir noch einmal eine Formulierung aus dem CDU-Antrag ein bisschen genauer anschauen! Darin steht der Satz: „Der Untersuchungsbericht ist an vielen Stellen nicht plausibel und unkonkret.“ Ich hatte kurz überlegt, ob ich den Satz so aufgreife, dass ich sage: Der Untersuchungsbericht ist plausibel und konkret.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja?)

Ich würde das gern, weil das ein weitreichender Vorwurf ist, ein bisschen genauer erklären! Was war der Auftrag, den Professor Stauch bearbeitet hat? Er hat zunächst versucht aufzuklären, wie es zu dieser schauerlichen Dienstanweisung gekommen ist. Das hat er detailliert rekonstruiert. Er weiß, wer es geschrieben hat, er weiß, dass das die Teamleiterin war, es ist geklärt, dass der Abteilungsleiter es in Kraft gesetzt hat,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das stimmt nicht, das hat er nicht geschrieben!)

und das ist völlig eindeutig.

Er hat dann die naheliegende Frage untersucht: Hat die Geschäftsführung von diesem Vorgang Kenntnis gehabt? Er kommt zum Ergebnis, nein, es gibt keinen Hinweis in den Dokumenten der BREBAU darauf, dass sie hätte Kenntnis davon haben können. Das sind die Aussagen, und wenn man sich in die Welt stellt und sagt, das sei vielleicht anders, dann muss man dafür einen Beleg anführen.

Den führen Sie nicht, das finde ich nicht in Ordnung, denn man soll nicht Leute herabsetzen, gegen die man keine substantziellen Vorwürfe erheben kann.

Es ist vollkommen klar, dass dann Herr Stauch die Frage aufgeworfen hat: Hätte es die Geschäftsleitung wissen müssen, also ist ein gut organisiertes Unternehmen nicht so strukturiert, dass einem das nicht entgehen kann? Dazu macht er ausführliche Ausführungen. Er sagt, Abteilungsleiter und der Geschäftsführer haben sich wöchentlich getroffen. Diese Information ist der Geschäftsführung vorenthalten worden. Dagegen ist niemand gefeit.

Kommt man zum nächsten Thema – darüber hat Herr Wagner schon gesprochen –, gibt es in dem Unternehmen eine hinreichend mobilisierte Aufmerksamkeit für dieses Thema, hat man dafür gesorgt, dass alle Mitarbeiter wissen, wir sind hier gefährdet, wenn wir unsere Arbeit machen, zu stigmatisieren und zu diskriminieren, wir tun alles dafür, damit uns das nicht passiert, dann sagt der Bericht, diese Sensibilität hat es in dem Unternehmen nicht hinreichend gegeben. Das ist ein Vorwurf, der steht, finde ich, mit großer Berechtigung im Raum. Das spricht aber der Bericht aus und ist dementsprechend nicht dem Bericht vorzuwerfen.

Es geht doch im Kern darum, wenn man das jetzt rechtlich einsortiert: Herr Stauch sagt, es ist völlig eindeutig ein schwerer Verstoß gegen Datenschutzregeln, ein schwerer Verstoß gegen § 19 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, mit allen Unterpunkten, unerträglich, eine ganz eindeutige, unmissverständliche Aussage!

Dann kommt er aber zu einer interessanten Fragestellung. Er stellt fest, dass in § 19 Ziffer 3 AGG eine gewisse Ermächtigung der Wohnungswirtschaft existiert, die es diesen Unternehmen erlaubt, Zielgruppen zu definieren und sich zu überlegen, wie sie ihre Bestände pflegen, stabilisieren und entwickeln wollen. Dann stellt er fest, offenkundig ist dieses Privileg der Ausgangspunkt für die Dienstanweisung gewesen, und dann fragt er sich: Was ist die strukturierende Wirkung dieser Dienstanweisung auf die Aktivität der BREBAU in den Quartieren gewesen? Da kommt er an der Stelle allerdings nur sehr grob an den Kern der Wahrheit heran, indem er ausführt: Wir können nachweisen, dass die BREBAU in allen Kategorien mehr migrantische, mehr nicht deutschsprachige, mehr zugewanderte Menschen in ihren Wohnungsbeständen unterbringt als im Durchschnitt der Stadt. Man könne daran erkennen, dass die

BREBAU offenkundig nicht eine Geschäftspolitik macht, diese Menschengruppen aus ihren Beständen herauszuhalten. Davon kann keine Rede sein.

Was also hat dann diese vermaledeite Dienstanweisung gesteuert? Da gibt es Andeutungen, da stecken wir noch in den Anfängen.

(Glocke)

Da geht es offenkundig darum – erlauben Sie mir, den Gedanken kurz zu Ende zu führen! –, dass man sich ausgemalt hat: Sie haben ein Haus, darin sind zum Beispiel zehn, 15 Wohnparteien, das sind vielleicht vorwiegend junge Männer aus Syrien, und dann überlegt sich der oder die Wohnungsvermittlerin, ob es klug ist, darin eine junge Frau, alleinerziehend, unterzubringen. Möglicherweise ist das konfliktreich, das macht man besser nicht. Die gleiche Person ist vielleicht auch der Auffassung, es ist nicht gut, in einem Haus, in dem viele Deutsche, also Biodeutsche, Traditionsdeutsche, muttersprachlich deutsche ältere Herrschaften wohnen, jemanden aus Ghana unterzubringen.

So eine Auffassung kann es geben, und es kann wohl so sein, dass diese Vermittlerin/dieser Vermittler der Meinung ist, das störe da. Da sagt Herr Professor Stauch ganz eindeutig: Hier macht sich vielleicht die Wohnungsvermittlung der BREBAU etwas zu eigen, einen Wunsch an Homogenität der Mietverhältnisse, was unter gar keinen Umständen geht, völlig eindeutig! Jetzt kommt die komplizierte Aufgabe: Wie korrigiert man diese Praxis?

(Glocke)

Wie sorgt man dafür, dass diese Vermittler das gut machen? Dieser Aufgabe muss man sich stellen.

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Herr Bücking, Sie können sich gleich noch einmal melden, ja?

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Ich freue mich schon darauf! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Wir disku-

tieren einen Antrag der CDU, der erstens die diskriminierenden Dateneinträge bei der BREBAU vom letzten Jahr verurteilt, der zweitens sagt, das darf sich nicht wiederholen, und der drittens sagt, wir müssen uns überlegen, was wir mit der BREBAU machen. Vordergründig ist das richtig und in Ordnung. Wir werden den Antrag trotzdem ablehnen, weil er meines Erachtens auf der einen Seite Schwächen hat, und auf der anderen Seite geht er ins Leere, weil einige Dinge schon erledigt sind.

Wir haben es mit drei Ebenen zu tun: erstens mit dem konkreten Vorfall. Wir erinnern uns alle, bei der BREBAU war es auf Anweisung eines Abteilungsleiters Praxis geworden, Menschen mit nicht weißer Hautfarbe, mit offensichtlichen oder vermeintlichen religiösen Bekenntnissen in irgendeiner Weise statistisch zu erfassen, und nicht etwa im Klartext, sondern aus Gründen, die bis heute keiner so richtig versteht, mit irgendwelchen Kürzeln, indem also Menschen mit dunkler Hautfarbe – Roma, Sinti – eben ein Kürzel bekommen, „I 40“, das ist schwarze Druckerfarbe. Das ist alles schon sehr befremdlich, und das ist in einer Art und Weise rassistisch angelegt, die wirklich abscheulich ist. Das ändert sich auch nicht dadurch, was danach gekommen ist.

Dass das zu Ende ist, ist offensichtlich, das ist abgestellt. Es war ein Verstoß gegen die Datenschutzgrundverordnung, es war ein Verstoß gegen das AGG, und es ist natürlich auch ein Verstoß gegen das Gebot, nicht rassistische Strukturen aufzubauen. Dafür braucht man normalerweise gar kein Gesetz, um einen solchen Unsinn, um solche Datenspeicherungen nicht zuzulassen. Wer solche Ideen hat, der muss sich fragen lassen, ob er so etwas wie Rassismus oder Antirassismus begriffen hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Zweite Ebene: Diese Sache ist aufgeklärt worden. Herr Professor Stauch und Herr Lühr als Übergangsgeschäftsführer beziehungsweise auch als Sonderermittler haben sehr schnell und sehr zügig ihre Untersuchung aufgenommen, sie haben die Zusammenhänge aufgedeckt. Sie haben – wie meine Vorredner schon geklärt haben – sehr sorgfältig herausgefunden, was gemacht worden ist, wer dafür verantwortlich ist, sie haben die Verantwortlichen benannt und zweitens untersucht, ob der Aufsichtsrat und die Geschäftsführung davon wussten. Es gibt keinen konkreten Hinweis, dass die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat von diesen Vorgängen in Kenntnis gesetzt waren.

Es gibt schon den Anspruch zu sagen, das hätten sie eigentlich wissen müssen. Da bewegt sich dieses Urteil von Juristinnen und Juristen irgendwie in einer Grauzone. Es bleibt selbstverständlich immer noch die Frage, warum erhebt man solche Daten, wenn man sie nicht benutzt, und warum muss man sie dann kryptisch erheben, wenn man sie gar nicht benutzen will. Da ist die Frage erlaubt: Kann man einfach so sagen, das haben sie gar nicht benutzt? Da fängt es dann an, für mich auch ein bisschen schwierig zu werden. Da entwickelt sich bei mir eine Skepsis, die noch nicht ausgeräumt ist, ich bin nach wie vor nicht überzeugt davon, dass diese Einträge nicht tatsächlich diskriminierend benutzt worden sind. Es sind Beispiele bekannt geworden, die das nahelegen, aber es gilt, im Zweifel für den Angeklagten! Solange es keinen konkreten Hinweis gibt, solange wir es nicht beweisen können, gilt, dass sie davon nichts gewusst haben und dass sie das hätten auch nicht wissen können.

Es bleibt die Frage: Wie schafft man Strukturen, in denen so etwas nicht unbeobachtet bleiben kann? Da gehe ich mit. Deswegen teile ich die Einschätzung, dass wir uns in absehbarer Zeit einmal im Controllingausschuss über die Maßnahmen berichten lassen, die mittlerweile bei der BREBAU getroffen worden sind. Da, das gestehe ich freimütig, ist jetzt auch genügend Zeit vergangen, und mein Interesse in diese Richtung ist geweckt.

Die nächste Frage betrifft § 19 Allgemeines Gleichstellungsgesetz. Ich zitiere: „Bei der Vermietung von Wohnraum ist eine unterschiedliche Behandlung im Hinblick auf die Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen und ausgewogener Siedlungsstrukturen sowie ausgeglichener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Verhältnisse zulässig.“ Das ist Juristendeutsch und kann dazu führen, solide Mieterinnen und Mieter werden in benachteiligten Stadtteilen bevorzugt, und Bestände in bevorteilten Stadtteilen werden vor untypischen Mieterinnen und Mietern geschützt. Das kann die Konsequenz sein.

Deswegen finde ich total wichtig und spannend die Frage: welche Form von Belegungsmanagement, vor welchem gesetzlichen Hintergrund, mit welchen sozialen Zielen, wollen wir gemischt, wollen wir lieber konzentriert? Diese Frage ist offen. Die Antwort kann ich nicht aus dem Ärmel schütteln, aber das ist, finde ich, gerade vor dem Hintergrund dieses BREBAU-Skandals eine Notwendigkeit, mit der wir uns befassen müssen: Was wollen wir ei-

gentlich? Vor welchem Hintergrund? Möglicherweise müssen wir das AGG an dieser Stelle auch anpassen.

Ich komme gleich noch einmal und diskutiere noch einmal die Frage der Strategie der Wohnungsbau-gesellschaften. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor uns der Kollege Bücking in den Feierabend filibustert, dachte ich, ich melde mich auch noch einmal für einen kurzen Wortbeitrag. Bei der Problem-beschreibung, die die CDU in ihrem Antrag formuliert, sind wir dabei: Es gab Probleme bei der BREBAU, darüber wurde eben in den vorherigen Reden bereits einiges gesagt, und trotz alledem empfinden wir es als einigermaßen sonderbar, dass so etwas an der Geschäftsführung vorbeigegangen ist. Wir dürfen nicht vergessen, wir reden hier nicht über einen Konzern mit 40 000 Mitarbeitern. In so einer Größe ist es normal, dass man sich schlichtweg aufgrund der schieren Größe nur noch von Repräsentanten, also von Abteilungsleitern, von Direktoren informieren lassen kann. Das ist aber hier nicht der Fall: Wir reden hier über ein Unternehmen mit ungefähr 120 Mitarbeitern, das ist relativ überschaubar.

Ich habe selbst in solchen Unternehmen gearbeitet, und da ist es durchaus die freie Entscheidung einer Geschäftsführung, ob sie sich etwas abgesondert nur noch von ihren Führungskräften informieren lässt oder ob sie dabei ist, ob man sich auch zu den Mitarbeitern setzt, ob man dort auch das Gespräch sucht. Das ist nämlich bei so einer Unternehmensgröße durchaus möglich, und warum das in diesem Fall nicht passiert ist, das ist etwas befremdlich. Entweder hat die Geschäftsführung es gewusst und nichts getan, was natürlich auf eine Mitverantwortung hindeuten würde, der Bericht von Herrn Stauch sagt etwas anderes, und es liegt uns fern, diesem Bericht nicht zu glauben. Wir haben keinen Anlass dafür, da irgendwie Misstrauen zu haben.

Trotz alledem muss ich bei aller Klarheit auch sagen, dass die Geschäftsführung von alledem offensichtlich über Jahre – –. Wir reden ja nicht über einen Einzelfall, wir reden nicht darüber, dass ein Mitarbeiter sich in einer einzigen Situation einmal

falsch verhalten hat, sondern über einen langen Zeitraum, und es gab schriftliche Anweisungen, es gab offensichtlich Ansprachen, es gab also verschiedene Möglichkeiten, so etwas mitzubekommen. Dass so etwas über einen sehr langen Zeitraum an einer Geschäftsführung in so einem kleinen Unternehmen vorbeigegangen ist, ist sehr befremdlich, und das ist für uns tatsächlich auch nicht nachvollziehbar.

Es gibt aber auch eine zweite Verantwortungsebene, das ist der Aufsichtsrat. Er ist relativ prominent besetzt von Senatoren und sogar vom Bürgermeister selbst, und dazu hatten wir ja im vergangenen Jahr auch relativ lange Diskussionen: Was ist die Aufgabe eines Aufsichtsrats, was ist die Verantwortung eines Aufsichtsrats? Darüber haben wir lang und breit diskutiert, und das kann man nicht nur formal und juristisch, sondern auch moralisch betrachten. Ich glaube, wir sind uns einig, dass ein Aufsichtsrat nicht unbedingt im Tagesgeschäft sein kann, vielleicht auch nicht sein sollte – auch da haben wir über die konkrete Trennung gesprochen, die es an der Stelle auch braucht –, aber ein Aufsichtsrat hat trotzdem Aufsichtspflichten. Er hat Verantwortung für das Unternehmen, und wenn so etwas auftritt, dann hat er zwangsläufig die Mitverantwortung für das, was da passiert ist, und er muss dafür auch einstehen. Anders geht es nicht.

Die Frage ist natürlich – und das hat ein Vorredner eben schon gesagt –, wie es eigentlich dazu kommen konnte, dass so etwas bei dem Erwerb dieses Unternehmens damals nicht aufgefallen ist. Ich habe selbst einige Übernahmen begleitet. Man macht dort einen sehr intensiven Prüfungsprozess. Da werden nicht nur die Zahlen angeschaut, da wird eine Kulturanalyse gemacht, da werden sich die Prozesse genau angeschaut, da spricht man auch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, das ist absolut üblich; also wie so etwas, was offensichtlich damals schon vorlag, damals trotzdem an uns vorbeigegangen sein kann, ist für uns nicht wirklich nachvollziehbar.

Zu Ihrem Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Ich glaube, der erste Punkt ist völlig unkritisch. Dass wir alle unser Entsetzen über das, was dort passiert ist, noch einmal zum Ausdruck bringen, das kann man beschließen, das ist, glaube ich, klar. Beim zweiten Beschlusspunkt, dass Sie gewisse Veränderungen von Prozessen und Strukturen fordern, sind wir nicht so ganz dabei, denn – und da bin ich ein bisschen bei dem Kollegen Rupp – in einem Unternehmen mit über 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, in dem so etwas auftritt,

da sitzt das Problem tiefer. Das ist ein kulturelles Problem, das ist auch ein Verantwortungsproblem, und ich glaube, in einem Unternehmen, in dem so etwas über einige Zeit laufen kann, kann es nicht dadurch gelöst werden, dass man zwei, drei neue Prozesse einführt oder irgendwelche Maßnahmen installiert, die die Leute darauf hinweisen, dass so etwas nicht in Ordnung ist. Ich glaube, das ist ein falscher Ansatz, der das Problem nicht lösen wird.

Das dritte Thema, das Sie dann in Ihren Beschlusspunkten ansprechen, ist letztendlich eine Subsumierung an ganz vielen Themen, die Sie, glaube ich, immer schon einmal wieder gefordert haben und auch gern noch einmal fordern wollen. Das ist auch in Ordnung, da sind viele wichtige Sachen dabei: Bereitstellung von Wohnraum, Bau von Kitas und Schulen, Quartiersentwicklung, natürlich noch das Thema Klimaschutz, aber das sind für mich alles Themen, die mit diesem Thema, worüber wir jetzt gerade reden, nämlich Diskriminierung bei der BREBAU, nichts zu tun haben und ein ganz anderes Thema sind.

Wir müssen darüber reden, gar keine Frage, aber ich glaube, darüber müssen wir an anderer Stelle reden, und dann können wir uns – und ich glaube, das ist tatsächlich eine wichtige Debatte – noch einmal darüber unterhalten, wie auch die strategische Ausrichtung der städtischen Wohnungsunternehmen ist. Vielleicht ist da etwas in den letzten Jahren verrutscht, ich glaube, das ist eine Debatte, die wir gemeinsam führen können, aber wir sollten das strikt trennen von diesen fürchterlichen Vorgängen, die wir bei der BREBAU erlebt haben. Deswegen werden wir uns bei diesem Antrag auch enthalten. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe, wie ich hier erkennen kann, noch vier Minuten Redezeit, was ich großzügig finde, und ich will mich daran auch gern halten.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhler [FDP]: Noch ist die Zahl grün!)

Jetzt noch einmal im Ernst: In dem Diskussionsbeitrag von Herrn Rupp ist der Gedanke ja weiterentwickelt worden, was es bedeutet, dass es dieses Pri-

vileg der Wohnungsbaugesellschaften in § 19 Ziffer 3 im Allgemeinen Gleichstellungsgesetz gibt, sich offenkundig Zielgruppen zu überlegen, Entwicklungsziele zu stellen für bestimmte Quartiere und entlang dessen Vergaben von Wohnungen vorzunehmen. Da hat ja offenkundig der Gesetzgeber eine Praxis vor Augen gehabt, die ihm mit Sicherheit auch von der versammelten Wohnungswirtschaft deutlich erklärt worden ist, und diese Praxis sollte sozusagen legitimiert werden und in Abstimmung gebracht werden zu diesem großen Ziel, Diskriminierung zu vermeiden.

Herr Stauch macht uns nun in seinem Text darauf aufmerksam, dass das auch Elemente einer Falle enthält, weil es eine große Einladung bildet, gewissermaßen Kriterien für Zielgruppen zu formulieren, die dann äußere Merkmale bezeichnen, die wir nicht akzeptabel finden, bis hin zu solch einer Verrücktheit, Hautfarbe anzusprechen oder religiöse Präferenzen oder Kleidung oder erotische Präferenzen. Da, glaube ich, liegt eigentlich die große Arbeit zur Korrektur dieser Praxis.

Wir müssen erstens darüber nachdenken, was sind angemessene Entwicklungsziele, und zweitens, wie beschreiben wir diese Ziele in einer Sprache, in einer auch für die konkreten Akteure zugänglichen Sprache, so, dass diese Diskriminierung ein Ende hat. Der Auftrag war nicht der von Herrn Stauch, das sollte er nicht ausarbeiten, aber er macht uns darauf aufmerksam.

Wenn es so wäre, dass die CDU diese Texte ordentlich gelesen hätte, dann hätte sie an dieser Stelle alles Recht, die Koalition aufzufordern, hier mit der Arbeit zu beginnen. Das, glaube ich, ist genau richtig und notwendig, und es wird eine schwierige Aufgabe werden. Herr Stauch kreist das noch einmal ein und sagt: Das gilt nicht, wenn man irgendwo 150 Einheiten hat, sondern das müssen prägende Einheiten für Quartiere sein, sonst macht es keinen Sinn. Also, an der Stelle müssen wir arbeiten. Die Tatsache, dass jetzt gelöst wird, ist ein absoluter Behelf, keine wirklich kluge Lösung, denn es macht ja Sinn, sich die Entwicklung von Quartieren auch als soziales Milieu zur Aufgabe zu machen, weil man genau weiß, wenn man das nur dem Zufall der Selbstorganisation von Gesellschaft überlässt, wird es nicht einfach besser.

In diesem Sinne, würde ich sagen, liegen die nächsten Aufgaben, und wir sollten aufpassen – und das ist der letzte Satz! –, dass wir die BREBAU dafür als Partner ansprechen und mit ihr kooperie-

ren, weil die Tatsache, dass so sehr viele verschiedene Menschen zu den Mieterinnen und Mietern der BREBAU gehören, ja ein Hinweis darauf ist, dass sie nicht nur diese grauenvolle Dienstanweisung hatte, sondern offenkundig auch eine empathische Praxis der Kooperation mit ihren Mietern.

Aus dem Aspekt können wir etwas lernen, und deswegen werbe ich so sehr dafür, dass wir hier in unseren Argumenten und in unseren Lehren differenzieren. – Besten Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Frau Präsidentin, verehrte Anwesende! Ich möchte gern zwei, drei Dinge ansprechen: Erstens, auf Initiative des Senators für Finanzen gab es ein Treffen mit einem Experten für Aufsichtsratsrecht. Wir haben dort über Rechte und Pflichten von Aufsichtsräten im Allgemeinen diskutiert, aber auch vor dem Hintergrund dieser Angelegenheit bei der BREBAU, und er hat uns eine Sache mit auf den Weg gegeben, bei der wir möglicherweise auch bei der BREBAU Nachholbedarf hätten. Er hat gesagt, jeder Aufsichtsrat muss so etwas haben wie eine Risk Map, also eine Risikokarte, auf der ausgemacht wird: Worin bestehen eigentlich die Risiken dieses Unternehmens? Ich sage einmal, in einer Risk Map für ein Wohnungsbauunternehmen sollten auf jeden Fall die Frage des Belegungsmanagements – ist das jetzt sinnvoll oder möglicherweise diskriminierend, ist die Erfassung der Daten von Mietinteressentinnen und -interessenten gemäß der Datenschutzgrundverordnung und Ähnliches mehr, also diese Risiken – verankert werden, und ich sage einmal, das wird etwas sein, das den Prozess unterstützt.

Ich will noch einmal die Frage dieses Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes aufwerfen. Wenn man ausgewogene Siedlungsstrukturen schaffen will oder sozial stabile Strukturen von Bewohnerinnen und Bewohnern, ich glaube, das kann man gar nicht, ohne Diskriminierung und ohne diskriminierende Daten zu erfassen, wenn man das so formuliert. Deswegen ist das ein sehr spannendes Thema, und deswegen will ich auch noch einmal dafür werben, dass wir uns dieser Angelegenheit so widmen, wie der Kollege Bücking es umschrieben hat.

Wir brauchen eine andere Formulierung. Wir müssen einen Weg finden, Ziele zu definieren, diese Ziele auf der Ebene von Gesetzen umzusetzen, ohne dass wir Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer religiösen Überzeugung oder was auch immer diskriminieren. Das ist eine Aufgabe, um die beide ich uns nicht, aber wir sollten sie angehen.

Dritter Punkt: Der Antrag der CDU befasst sich auch mit der Gesamtstrategie der BREBAU, also nach dem Motto, was will sie eigentlich, will sie Wohnungen bauen, will sie auch Schulen bauen und so weiter.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Man kauft ja etwas, um etwas damit zu machen!)

Ja, diese Erwartung teile ich, ganz deutlich, aber ich erweitere sie auf beide Wohnungsbaugesellschaften. Wir müssen meines Erachtens auf jeden Fall die BREBAU und die GEWOBA zusammen denken, vor allen Dingen deswegen, weil die GEWOBA schon gewisse Erfahrungen hat, wenn es darum geht, Mietpreispolitik zu machen oder Stabilisierung von Sozialstrukturen. Die GEWOBA kann günstig bauen, und sie macht viel zur Wohnumfeldverbesserung. Das sind Erfahrungen, die müssen wir uns zunutze machen, und wir sollten meines Erachtens davon ausgehen, dass wir die strategischen Ziele – –. So, wie das Belegungsmanagement bei der GEWOBA funktioniert, ist es bestimmt auf der Grundlage des Gesetzes, sage ich es einmal so.

Wir brauchen strategische Ziele für die Wohnungsbaugesellschaften: Sollen sie nur Wohnungen bauen? Sollen sie etwas anderes machen? Können wir sie an Schul- oder Kindergartenbau beteiligen? Können sie komplette Viertel entwickeln? Wir können strategische Ziele entwickeln, was Segregation, also das Auseinanderdriften von sozial benachteiligten und benachteiligten Menschen in unserer Stadt bedeutet. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe, denn es kann nicht sein, dass Bremen sich irgendwann in irgendeiner Weise zu einer Stadt hin entwickelt, die aus Ghettos besteht. Das dürfen wir nicht zulassen. Diese Gefahr sehe ich durchaus.

Wenn man die Entwicklung, den Armuts- und Lebenslagenbericht der letzten 20 Jahre einmal Revue passieren lässt, hat sich nicht wirklich viel gebessert, was diese Fragen angeht, sondern es ist schlechter geworden. Also gibt es da auch ein strategisches Ziel. Ich bin ziemlich sicher, wenn wir strategische Ziele definieren, dass wir dann auch

Instrumente finden, die diese Ziele diskriminierungsfrei ansteuern. Die kenne ich jetzt noch nicht, aber ich bin ziemlich sicher, in diesem Haus und auch in der Bundesrepublik/in der Wohnungswirtschaft gibt es ziemlich viele kluge Leute mit viel Erfahrung auch in anderen Städten, und wenn wir uns die zunutze machen könnten, dann können wir strategische Ziele und die Instrumente definieren, mit denen wir das umsetzen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern noch auf einen Punkt hinweisen, der sehr schnell droht, in dieser Debatte, die sich immer sehr isoliert auf die BREBAU fixiert, übergangen zu werden: Wir können bei einer Wohnungsbaugesellschaft anordnen – jedenfalls bei einer städtischen Gesellschaft können wir das –, ihre Wohnungen jetzt per Los zu vergeben. Übrigens, wenn Sie das interessiert, wenn Sie das näher nachschauen wollen, können Sie das auf der Homepage der BREBAU machen. Wenn Sie da auf „Mieten“ klicken, dann steht da gleich als Erstes: „In neun Schritten zur neuen Wohnung“. Dann wird, einschließlich der Verlosung, erklärt, wie das Verfahren jetzt funktioniert. Das können wir bei einer Gesellschaft, jedenfalls bei einer städtischen, machen und davon ausgehen, dass die Möglichkeiten einer Diskriminierung damit nahezu ausgeschlossen sind.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Die Frage, die dann allerdings bleibt, ist: Ist es für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen denn dann jetzt deutlich einfacher geworden, am besten überhaupt einfach geworden, in Stadtteilen wie zum Beispiel Schwachhausen, das hier medial immer viel genannt war, eine Wohnung zu finden? Die Antwort ist erst einmal: Nein, das hat sich im Wesentlichen nicht verändert, weil Schwachhausen nach wie vor teurer ist, als beispielsweise Gröpelingen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Oder Walle!)

Dann stellt sich die zweite Frage: Ist es denn zumindest für Menschen mit kleinen und mittleren

Einkommen jetzt leichter geworden, bei der BREBAU eine Wohnung in Schwachhausen zu finden? Da ist die Antwort auch: nein! Warum? Die BREBAU verfügt über ungefähr 1 000 Wohnungen in Gröpelingen, und sie verfügt über ungefähr 1 000 Wohnungen in Kattenturm. Wissen Sie, wie viele Wohnungen die BREBAU in Schwachhausen hat?

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: 134!)

Ich glaube, es sind circa 100. Bei einem so großen Stadtteil wie Schwachhausen ungefähr 100 Wohnungen! Hinzu kommt noch, wer mit Glück eine von denen bekommen hat – raten Sie einmal! –, der zieht da auch so schnell nicht wieder aus.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Wegen der niedrigen Mieten!)

Sie möchten die Mieten erhöhen, damit sie schneller ausziehen Herr Strohmann? Okay!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein!)

Nein, alles gut! Ich nehme an, das haben Sie nicht gemeint! Ja, aber im Prinzip haben Sie recht, wegen der niedrigen Mieten und weil es gute Wohnbedingungen sind, zieht da natürlich nicht mehr aus, wer es kann. Das heißt, da sind einfach sehr wenige Wohnungen auf dem Markt, und wenn wir das ändern wollen, dann heißt das, wir brauchen mehr Wohnungen in den Händen sozialer Vermieter in diesen teuren Stadtteilen, damit wir das Problem wirklich angehen, und zwar über die BREBAU hinaus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Da müssen wir angesichts dessen, dass ausgerechnet diese Stadtteile städtebaulich sehr vollständig sind, dass da sehr wenig gebaut wird – jedenfalls wenig auf großen zusammenhängenden Flächen, die wir mit der Sozialquote erfassen –, auch noch einmal überlegen: Müssen wir und können wir, haben wir die Möglichkeit, die Instrumente nachzuschärfen? Inzwischen steht uns ein Instrument zur Verfügung – das muss die CDU jetzt noch einmal aushalten, das hat die SPD auf den letzten Metern der alten Bundesregierung gegen Sie durchgesetzt! –, das Baulandmobilisierungsgesetz. Sie erinnern sich? Damit steht uns das Instrument des sektoralen Bebauungsplans zur Verfügung.

Der sektorale Bebauungsplan ermöglicht es uns, zum Beispiel in teuren Wohnlagen wie Schwachhausen auch bei kleinteiligen Wohnungsbauvorhaben eine Sozialquote festzusetzen, die auch höher sein kann als 30 Prozent. Sie kann auch 50 Prozent betragen, und dann könnten wir die Bauaktivität, die dort vorhanden ist, besser nutzen, um auch dort mehr geförderten Wohnraum zu schaffen. Das sind Instrumente, und das geht – dafür möchte ich werben! – deutlich über die rein auf die BREBAU fixierte Debatte hinaus, die wir heute aufgrund des Antrags der CDU geführt haben.

Das sind Instrumente, über die müssen wir uns Gedanken, denn am Ende, wenn wir dafür sorgen wollen, dass Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen auch in Schwachhausen leichter eine Wohnung finden, hilft dabei nur eines: mehr Wohnungen in den Händen sozialer Vermieter und auch gern solcher, die ihre Vergabekriterien so transparent machen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Jens Eckhoff.

Abgeordneter Jens Eckhoff (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss Ihnen gestehen, mich macht diese Debatte unzufrieden, insbesondere aus parlamentarischer Sicht. Ich habe von der Koalition nicht erwartet, dass sie hier sagt, hurra, die CDU hat einen Antrag gestellt, und wir folgen ihm, aber was wir hier gerade parlamentarisch erleben, das halte ich schon für schwierig.

Herr Wagner hat gesagt, bei Ziffer eins und drei stimme ich Ihnen eigentlich zu, bei Ziffer zwei, na ja, da haben wir schon einiges angefangen. Herr Rupp hat gesagt, bei Ziffer eins sind wir uns ja alle einig, und bei Ziffer drei werden die richtigen Fragen gestellt, aber die Ziffer zwei geht uns nicht tief genug, und Herr Bücking musste schon etwas aus der Einleitung zitieren, damit er dann in einer großen Rede sagen konnte, mit dem Antrag ist das ja so nichts.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben seit dem 14. Oktober Zeit gehabt, im Zweifel einen eigenen Antrag einzubringen.

(Beifall CDU)

Ist Ihnen dieses Thema wirklich so unwichtig, dass Sie das nicht hinbekommen haben? Wir wären übrigens auch offen dafür gewesen – das macht man parlamentarisch –, wenn Sie gesagt hätten, Herr Kollege Rupp, Ziffer zwei geht uns nicht tief genug, da wollen wir noch einmal etwas formulieren. Wir hätten gern auch einen gemeinsamen Antrag mit Ihnen gemacht. Es hätte uns nur einmal jemand ansprechen müssen, aber das hat keiner von Ihnen getan, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Dann sich hier heute hinzustellen und gleich ernsthaft auch noch den Punkt eins abzulehnen, das kann doch nicht Ihr Ernst sein! Ein bisschen mehr parlamentarischen Anstand hätte ich mir da schon gewünscht! Dass wir bei diesem wichtigen Thema für Bremen, bei dem wir im letzten Jahr massiv Schaden erlitten haben, bei dem ja selbst auch Herr Bücking, obwohl er unsere Einleitung kritisiert, gerade noch einmal gesagt hat, da sind massive Verstöße gemacht worden, da kommen übrigens auch noch massive Strafzahlungen auf uns zu, gerade wenn man sich beim Datenschutzrecht die letzten Entscheidungen anschaut, die dazu gefällt worden sind, dann bekommen wir so etwas hin, und man sagt: Die CDU hat da gute Fragen gestellt, das können wir ja irgendwann einmal im Controllingausschuss diskutieren.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Thema ist zu wichtig, als dass es nachher nur im Controllingausschuss diskutiert wird.

(Beifall CDU)

Das kann doch nicht Ihr Ernst sein: Da wird – ich glaube, es war 2018 – eine Gesellschaft erworben, die wird in den bremischen Konzern mit eingefügt, es gibt Vorlagen im Bereich Diversity, Diversitybeauftragter, Diversitybericht, das ist alles bei der GEWOBA vorhanden, aber man vergisst, das dann einfach irgendwie auf die BREBAU zu übertragen, obwohl es im eigenen Konzern Beispiele dafür gibt, und dann stellt man anschließend fest, es wird massiv dagegen verstoßen!

Ehrlich gesagt, wir führen ja noch nicht einmal richtig die Debatten über politische Verantwortung im Aufsichtsrat, aber dass da nicht einmal bei der Geschäftsführung etwas passiert, dass die Geschäftsführung weitermachen kann? Es ist mir völlig egal, ob sie es wusste oder nicht, aber sie ist politisch dafür verantwortlich, was in einem solchen kleinen Unternehmen passiert. Da können Sie doch nicht so tun und einfach weitermachen und sagen,

die haben unser volles Vertrauen! Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Strehl, das geht nicht! Das ist einfach bei einer so kleinen Firma unmöglich!

(Beifall CDU)

Vor diesem Hintergrund kann ich dann auch sagen, ich bin tatsächlich auch enttäuscht über das Verhalten der Koalition zum Umgang mit unserem Antrag. Man kann unsere Anträge ablehnen. Als Opposition – das weiß DIE LINKE auch noch – weiß man, wie das ist, wenn Anträge abgelehnt werden, aber dass Sie sich – –.

(Zuruf)

Das wissen doch noch, oder nicht? Aber dass man sich dann selbst nicht einmal die Mühe macht, bei einem solch fundamentalen Thema, das für Bremen wichtig ist, einen eigenen Antrag zu formulieren oder mit uns ein Gespräch zu führen, meine sehr verehrten Damen und Herren, das enttäuscht mich, und vor diesem Hintergrund gehe ich heute enttäuscht ins Bett.

(Zuruf: Oh! – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Und Sie sind schuld!)

Ja, die Koalition ist schuld, aber Herr Strohmann, manchmal sind auch die eigenen Leute schuld, aber heute die Koalition!

Wir werden das Thema aber weiter beobachten. Es wird auch noch weitere Anlässe geben, bei denen wir das hier wieder diskutieren können, und vielleicht bekommen wir dann im Vorfeld auch einen gemeinsamen Antrag hin. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort Senator Dietmar Strehl.

Senator Dietmar Strehl: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das ist ja eine sehr vielfältige Debatte geworden. Ich versuche einmal, bei der BREBAU anzufangen, komme dann zum Aufsichtsrat und dann vielleicht zu den anderen Themen. Ich war überrascht, Herr Eckhoff, dass Sie von der BREBAU, von Diskriminierungsvorwürfen, auf die Solaranlagen kommen, aber es sei Ihnen gegönnt, denn ich weiß ja, was Sie damit ansprechen wollen!

Die BREBAU ist ein Unternehmen, das seit 75 Jahren in Bremen vor Ort tätig ist. Die BREBAU ist ein Unternehmen, in dem aktuell 14 oder 15 Personen bei der Vermietungspraxis arbeiten, in den beiden Abteilungen, und der Rest der 125 Leute arbeitet bei den Bauprojekten und an Verkaufsprojekten. Das wissen Sie ja auch alle. Ich will einfach noch einmal darauf hinweisen: Die BREBAU hat einen ausgesprochen guten Ruf in der Bremer Sozialszene, die BREBAU hilft bei Flüchtlingszuwanderungen, auch jetzt aktuell noch, das wissen Sie auch alles.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Auch vorher schon!)

Vorher schon, und auch in besonderem Maße, wie die GEWOBA natürlich auch, aber die BREBAU in besonderem Maße!

In einer solch aufgeheizten Stimmung, wie sie es im Mai und Juni berechtigterweise war, dazu habe ich ja selbst auch beigetragen, ist das Thema natürlich überhaupt nicht diskutiert worden. Darum möchte ich Sie einfach bitten zu versuchen, den Ruf der BREBAU wieder aufzubauen, denn es ist berechtigt, dass die BREBAU einen guten Ruf hatte und ihn auch wieder haben soll. Daran werde ich jedenfalls arbeiten, und ich bitte auch Sie, daran zu arbeiten!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Versprochen!)

Ich habe als Aufsichtsratsvorsitzender versucht –. Ich sage es einmal andersherum: Natürlich habe ich mir auch selbst überlegt: Habe ich etwas falsch gemacht? Das ist doch klar in so einer Situation, denn Sie können sich vorstellen, auch die –. Sie haben das jetzt ein bisschen gemein gesagt, „Ihre Freunde Henning Lühr und Professor Stauch“. So ist es ja nicht! Sie sind beide Juristen. Ich war äußerst dankbar, dass sowohl Herr Stauch kurzfristig einsteigen konnte als auch Herr Lühr zwei Monate seiner Pensionszeit sozusagen geopfert hat, um da einzutreten, und ich finde, es ist angemessen, dann eher Danke zu sagen, dass er es gemacht hat, und mir jetzt nicht Kumpanei mit zu unterstellen, was Sie ja irgendwie gemacht haben.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Die Aufsichtsratsmandate! Wir haben ganz bewusst auch den Controllingausschuss, glaube ich, inzwischen viermal mit dem Thema beschäftigt, auch nicht kurz, sondern länger. Die Fraktion der

CDU hat Akteneinsicht in unsere Akten beantragt, aber auch in den anderen Ressorts, zu der Frage, wie sind wir zu dem Thema – nicht zum Thema Bauen, sondern zum Thema Vermietung – mit der BREBAU umgegangen. Auch das sind alles Maßnahmen, die natürlich die Parlamentsdebatte hätten erfrischen können, wenn da etwas wäre, aber es ist ja nichts.

(Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU]: Das darf ich hier ja nicht sagen!)

Ja, in Ordnung, aber im Controllingausschuss hätten Sie ja alles sagen können, was Sie wissen oder was Sie nicht wissen! Das heißt, auch da mit den Aufsichtsratsschulungen im Controllingausschuss, was ich übrigens für eine gute inhaltliche Veranstaltung hielt, von der man auch in Protokollen nachlesen kann! Es gibt ein Wortprotokoll des Controllingausschusses zu diesem Thema, Schulung mit Professor Tümmeler, der ein ausgewiesener Fachmann ist, der auch selbst in Aufsichtsräten sitzt. Es lohnt sich, auch das einmal durchzulesen, denn natürlich – ich habe ja gerade gehört, Herr Eckhoff, Sie sind ja auch bald im Aufsichtsrat der GEWOBA, Sie kennen aber natürlich die Aufsichtsratsarbeit –, auch alle von uns müssen sich regelmäßig mit diesem Thema beschäftigen. Auch das ist klar, glaube ich, und das war auch immer klar, und das soll auch weiterhin in der Zukunft klar sein.

Ich will aber auch sagen, und jetzt sieht das ganz dumm aus, weil Sie ja alle im Glashaus sitzen, ich will das mit dem Glashaus also nicht sagen –.

(Abgeordneter Dr. Magnus Buhlert [FDP]: Das ist Plexiglas, das geht nicht so schnell kaputt!)

Es ist auch nicht böse gemeint! Ich glaube, wir haben alle die Pflicht, bei allen beteiligten Ressorts, aber auch bei den Beteiligungen, die über die Ressorts verwaltet werden, dieses Thema noch genauer in den Blick zu nehmen, denn es ist noch nicht alles gut. Bei der BREBAU wird es ja jetzt hoffentlich langsam besser, aber bei anderen muss man natürlich auch noch einmal schauen: Wo gibt es da eigentlich ein Thema? Das ist auch ein Ergebnis dieses Skandals, dass wir diese Themen noch einmal viel genauer mit den Beteiligten, mit den Geschäftsführern und den Vorständen vor Ort besprechen, denn natürlich: Sind Sie sich sicher, dass in Ihrer Fraktion oder in irgendeinem Ausschuss nicht vielleicht das Gleiche passieren kann? Ich bin mir nicht sicher, und darum müssen wir das Thema gemeinsam immer weiter ansprechen, und ich

glaube, da habe ich ja hoffentlich auch die Mehrheit dieses Hauses auf der Seite.

Ich will vielleicht doch einmal ganz deutlich sagen – in dem Antrag der CDU steht es ja so –: Beschlussvorschlag eins: „Die Stadtbürgerschaft zeigt sich entsetzt über die offenbar jahrelang stattgefundene diskriminierende Praxis im Umgang mit Mietinteressenten.“ Ich hoffe, Sie haben das jetzt nicht irgendwie einfach einmal so dahingeschrieben, sondern das ist natürlich tricky, was Sie da gemacht haben, denn es gibt keine diskriminierende Praxis bei der BREBAU im Mietverfahren. Es gibt keine diskriminierende Praxis bei der Vergabe von Wohnungen bei der BREBAU, das steht im Gutachten von Professor Stauch, ich glaube, auf Seite 21, und das muss man dann auch zur Kenntnis nehmen.

Ich habe mich doch auch gefragt, wieso wusste die Geschäftsführung das nicht, das ist doch klar! Aber das Gutachten von Professor Stauch war ein sehr gut erarbeitetes Gutachten, übrigens auch mit vielen Interviews, auch mit Interviews von Mitarbeitern. Warum wussten die das nicht? Das heißt, er hat auch wirklich Kreuzverhöre geführt, und das Ergebnis steht darin. Damit gehe ich um, und ich bitte auch Sie, damit umzugehen, denn Sie können jetzt nicht im Nachhinein sagen, das war doch alles diskriminierend, Skandal, und die Geschäftsführung muss zurück und was auch immer.

Ich verstehe, dass Sie da jetzt irgendwie eine schlaflose Nacht haben. Schade eigentlich, das will ich nicht, aber ich kann Ihnen eines versprechen: Das Thema läuft uns nicht weg. Wir werden ja über Datenschutz auch noch reden. Da bin ich mir übrigens auch nicht sicher, was dabei herauskommt. Es scheinen ja alle sicher zu sein, die Datenschutzbeauftragte, mit der ich übrigens nicht über diesen Vorgang rede, falls das einer glaubt. Ich habe ja gehört, im Haushalts- und Finanzausschuss wurde das auch gefragt, warum wir nicht wissen, was die Staatsanwälte gerade machen. Das fragen wir nicht, das machen wir nicht, denn das ist jetzt deren Job, und die Datenschutzbeauftragte hat im Herbst angekündigt, im November/Dezember kommt das Bußgeld oder das Verfahren, und jetzt ist es verschoben worden. Das kann ja einen Grund haben.

Ich will auch an der Stelle noch einmal sagen, auch da sagt die Geschäftsführung der BREBAU berechtigterweise und auch richtigerweise, bei allem, was da an Fragen auftaucht, sie arbeiten zu. Es gibt alle Unterlagen, sie sind bei Frau Sommer angelandet.

(Glocke)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Herr Senator Strehl, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rupp?

Senator Dietmar Strehl: Ja!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bitte schön, Herr Rupp!

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Herr Senator Strehl, wann ungefähr könnte man im Controllingausschuss einmal einen Bericht bekommen, was bei der BREBAU jetzt an Änderungen eingeführt worden ist?

Senator Dietmar Strehl: Ich sage es ganz offen: Wenn Sie das einfordern, bekommen Sie jeden Bericht; das haben wir auch immer gemacht, auch Herr Lühr hat das gemacht, aber auch danach. Wenn Sie einen Bericht wollen, sagen Sie Bescheid! Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt noch abwarten, was das Datenschutzverfahren angeht, dann kann man das ja in einem zusammen diskutieren, aber die Zusage kann ich Ihnen jedenfalls machen.

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Gestatten Sie eine weitere Zusatzfrage?

Senator Dietmar Strehl: Ja!

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Bitte, Herr Rupp!

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (DIE LINKE): Wäre es Ihnen recht, wenn wir, wenn das bis dahin nicht vorliegt, einen solchen Bericht, sagen wir einmal, in der März-Sitzung des Controllingausschusses bekommen können?

Senator Dietmar Strehl: Das können wir gern machen, kein Problem!

(Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp [DIE LINKE]: Alles klar, danke!)

Herr Eckhoff, ich nehme das ja durchaus ernst, was Sie auch über Strategiefragen und andere Dinge sagen. Ich will noch einmal sagen, die BREBAU ist 2018 gekauft worden, da haben Sie recht, mit dem Ansinnen, dass wir die Wohnungen, die die BREBAU hat – 6 000 ungefähr, das weiß ich nicht genau –, mit vergleichbaren Mieten wie denen der GEWOBA, nämlich sehr geringen Mieten, halten, das Geschäft mit den geringen Mieten, und natürlich

auch, dass sie Bestandspflege macht, also energetische Sanierung und andere. Das ist sozusagen der Standard.

Das ist auch Sinn und Zweck des Ganzen gewesen. Wir haben uns immer vorgestellt, dass die BREBAU jetzt von irgendeinem anderen Externen gekauft wird und dann andere Sachen mit diesen Dingen gemacht werden, das wollten wir natürlich nicht. Die BREBAU hat aber auch eine andere Aufgabe bekommen, das wissen Sie auch, nämlich Bildungsfinanzierung. Wir haben die BREBAU ganz bewusst auch gebeten und haben das auch umgesetzt: Bauen Sie bitte neue Schulen, weil wir so viele Schulbauprojekte haben, das kann IB nicht allein.

Sie haben vorhin die STÄWOG genannt. Die BREBAU hat angefangen in Huchting, das wissen Sie auch, da können Sie schon die Außenmauern sehen. Im nächsten Jahr wird die Schule fertig sein – ich weiß nicht, wie weit die STÄWOG in Bremerhaven ist, ich glaube, noch nicht ganz so weit –, aber auch da merken Sie: Natürlich ist das eine strategische Ausrichtung, die total richtig und wichtig für die Stadt Bremen ist, und das läuft auch gut. Sie macht inzwischen auch Kitas, in Arsten haben sie eine gemacht, und andere Dinge, und sie will auch weiter an dem Thema arbeiten.

Ich finde, wenn Sie das jetzt alles vermischen, Sie haben IB und eine GEWOBA und eine BREBAU, dann sage ich: Im Gegenteil, es ist sogar gut, dass wir diese drei Einrichtungen haben, dass jede ihr spezielles Bild hat, und ich kann mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, wie die GEWOBA jetzt die Schulen und die Kitas saniert, die IB vor zehn Jahren gebaut hat. Das ist doch irgendwie nicht zielführend. Aus diesem Grunde, finde ich, haben wir eine vernünftige Strategie für diese drei Gesellschaften. Wenn bei der GEWOBA demnächst die Diskussion über Strategie stattfindet, höre ich gern, was da diskutiert wird.

Ein letztes Thema will ich auf jeden Fall aus meiner Sicht auch noch einmal bestätigen: Wir brauchen eine Diskussion im Sozial- und Stadtplanungsbereich, wie wir mit Quartiersentwicklung in der Zukunft umgehen. Das können die BREBAU und auch nicht der Aufsichtsrat der BREBAU lösen. Da müssen wir versuchen, in einem vernünftigen Rahmen inhaltlich zu diskutieren, wo wir da landen wollen. Da mache ich mir natürlich tatsächlich Sorgen, was Quartiersentwicklung bedeutet, dass wir uns selbst unsere Handwerke aus der Hand schlagen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [20/522 S](#) seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

(FDP, Abgeordneter Peter Beck [BIW])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Errichtung einer Hundefreilauffläche im Waller Park

Petitionen S 19/444 und S 20/130

Mitteilung des Senats vom 2. November 2021

(Drucksache [20/526 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Claas Rohmeyer.

Abgeordneter Claas Rohmeyer (CDU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Petition hat es im Herbst schon einmal in die Schlagzeilen geschafft: Lizzie und Hope, zwei Mischlingshündinnen mittleren Alters, freuen sich, wie ihre Besitzer, die die Petition eingereicht haben. Warum sind wir heute noch einmal hier? Wir sind heute noch einmal hier, weil wir auch in der Fraktion gesagt haben, als die Drucksache des Senats kam, es ist ja auch einmal gut, wenn man einmal Danke sagt; Danke in diesem Fall dafür, dass das, was ich vor zwei Wochen in einem anderen Zusammenhang als Korridor bezeichnet habe, den die Verwaltung meistens hat, um auch Petentinnen und Petenten erfolgreich zu ihrem Anliegen kommen lassen zu

können, weil das hier durch Frau Bürgermeisterin Dr. Schaefer genutzt worden ist. Sie haben es eben gehört, als die Präsidentin die Aktenzeichen vorgelesen hat, S 19 deutet darauf hin, dass es sich um eine Petition aus der letzten Legislaturperiode gehandelt hat, und ich war auch tatsächlich in der letzten Legislaturperiode zum ersten Mal bei den Petenten im Waller Park. Es geht mir gar nicht nur allein um diese Petition, es geht mir darum zu zeigen, Petitionen bringen etwas.

Wir haben hier ein Anliegen, das unterstützt wird von Fachkolleginnen und Fachkollegen, von örtlichen Kollegen wie dem Kollegen Wagner von der SPD-Fraktion, von den tierschutzpolitischen Sprecherinnen und Sprechern wie Frau Neumeyer und Herrn Bruck, wobei Herr Bruck ja auch über Instagram erklärt hat, dass er die Hundefreilaufflächen in ganz Bremen im Prinzip im Alleingang auf den Weg gebracht hat. Es ist immer ein Zusammenspiel von vielen, und am Ende muss die Verwaltung handeln, und wenn die Verwaltung sich schwertut, braucht es auch einmal eine politische Setzung durch die Ressortspitze. Das alles ist hier passiert, und dafür möchten wir nach einem sehr intensiven Petitionsverfahren einmal Danke sagen. Danke sagen möchten wir auch für die Zukunft, denn es gibt ja auch viele andere Fälle, die noch nicht ganz entschieden sind, bei denen wir aber im Petitionsausschuss fraktionsübergreifend Anliegen haben – und wir werden das vermutlich nachher beschließen –, das ist unsere am längsten laufende Petition aller Zeiten. Das Anliegen ist 20 Jahre alt, es geht um ein Baugrundstück in Bremen-Nord,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Die Petenten sind ja längst tot!)

in Farge, bei dem die Erschließung, sagen wir einmal, sehr lange ungeklärt war. Das Petitionsverfahren ist nicht 20 Jahre alt, das gibt es erst seit 2014. Das sind aber auch schon fast acht Jahre, und auch hier haben wir am Ende, nachdem wir ein gemeinsames Gespräch hatten, Frau Bürgermeisterin, mit dem Petitionsausschuss –. Sie haben dann alle Ihre Leute an einen Tisch geholt und aufgezeigt, in welchem Rahmen Sie sich eine Lösung vorstellen können, und am Ende sind jetzt eben Bremerinnen und Bremer in der Lage, auf ihrem eigenen Land in Bremen auch tatsächlich Wohneigentum zu errichten, was vorher der Beirat – viele verschiedene Beiräte in diesen 20 Jahren – und verschiedene Ortsamtsleiter in Blumenthal noch nicht hinbekommen haben.

Diese Debatte heute hier ist tatsächlich ein kleines Schaufenster für die Arbeit des Petitionsausschusses mit einem in diesem Fall positiven Beispiel. Wir haben dem Senat ja zum selben Zeitpunkt, als diese Petition über die Hundefreilaufflächen beraten wurde, auch noch die Petition gegen Schmiereereien und Graffitis mit der Bitte um Abhilfe zugeleitet. Da warten wir noch auf eine Antwort, und ich glaube, auch die Petenten. Wir haben noch eine oder zwei Petitionen, bei denen wir signalisiert haben, dass wir uns da gegen den Wunsch der Verwaltung Abhilfe vorstellen können. Da werden wir schauen, wie das in nächster Zeit weitergeht.

Eine Bitte oder eine Frage habe ich zum Abschluss auch noch, Frau Bürgermeisterin: Uns würde natürlich interessieren, und wir würden uns das wünschen, dass das, was hier jetzt beschrieben ist und was der Senat als nachvollziehbar und grundsätzlich abhilfefähig bezeichnet, noch mit einem Datum versehen wird. Da würde ich mich natürlich freuen, wenn wir das in diesem Jahr hinbekommen. Ich glaube, wir würden Sie mit dem Petitionsausschuss dann auch gern vor Ort einmal mit einladen, und ich besorge eine Packung Hundekex, nicht nur für Lizzie und Hope, denn wenn wir alle den beiden Hunden geben würden, dann bräuchten sie sehr viel Freilauf, um sich das wieder abzutrainieren. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Birgit Bergmann.

Abgeordnete Birgit Bergmann (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir rühmen uns in Bremen einer bürgernahen Politik, und wir sind stolz darauf, dass jede Person ihre Anliegen – auch, wenn es ganz allein die eigenen sind – in unsere Stadt- und Landespolitik über eine Petition einbringen kann und damit auch jedes Anliegen Gehör findet. Das ist ein ganz hohes Gut, welches das Vertrauen in die Politik auch stärkt, und als Mitglieder des Petitionsausschusses erleben wir immer wieder, wie wichtig genau das in unserer Bremer Politik ist.

Wenn es aber wie im vorgelegten Antrag – und ich finde, Herr Rohmeyer hat es gerade sehr freundlich formuliert, ich werde das jetzt einmal ein bisschen anders formulieren, auch dieses Anliegen ist nämlich schon seit vollen neun Jahren auf dem Tisch –

neun Jahre dauert, bis ein Anliegen erhört und beschiedenen wird, dann ist vielleicht nicht nur der Hund des zuerst aktiv gewordenen Hundebesitzers gestorben, sondern auf dem Weg sterben auch Hoffnung und Vertrauen in eine bürgernahe Politik. Ich kann es auch anders sagen: Wenn wir als Bremer Politik eine Anfrage für eine Hundefreilauffläche über neun Jahre nicht zum Abschluss bringen, dann macht Politik sich lächerlich, und deswegen gilt hier der erste Appell auch an uns selbst. Alle Dinge haben einen Spannungsbogen, und die Prozesse müssen so gestaltet sein, dass eine Bürgeranfrage dann auch nach dem Ablauf von, ich sage einmal, vielleicht einem Jahr zu einem Abschluss kommt. Das ermüdet sonst, und zwar alle Beteiligten, das verärgert und mehrt auch Politikverdrossenheit.

Wenn Sie mir auch die ein bisschen spitze Bemerkung erlauben: Wer für die Einrichtung einer Tierenschutzbeauftragten oder für die Ausweitung der Verbandsklage im Tierschutzrecht kämpft, aber nicht die Entschlusskraft hat, die Praxis artgerechter Tierhaltung im Alltag umzusetzen, der muss aufpassen, dass er sich nicht den Vorwurf einhandelt, Tierschutz vorwiegend als Symbolpolitik zu betreiben.

Jetzt noch einmal zum Inhalt! Hunde sind für uns Menschen besonders wertvolle Geschöpfe, heute vor allem als Beziehungswesen und als Assistenz, und oft nehmen sie den Stand eines geliebten Familienmitglieds ein, vertreiben Einsamkeitsgefühle und sorgen dafür, dass wir auch nach draußen gehen und uns bewegen, und gerade in Coronazeiten haben viele ihren Hund auch besonders geschätzt. Hunde sind aber keine Besitzgegenstände, sondern Wesen mit Gefühlen und Bedarfen, und sie brauchen Auslauf. Gemäß der aktuellen, seit dem 1. Januar geltenden Tierschutzhundordnung sind die Halter sogar gesetzlich dazu verpflichtet, täglich für einen ausreichenden Auslauf des Tieres zu sorgen. Das umzusetzen ist gar nicht so einfach in einer großen Stadt wie Bremen, in der eine generelle Anleinplicht besteht, und dafür benötigen wir ausreichende Hundefreilaufflächen.

Heute geht es um die Schaffung einer Hundefreilauffläche im Waller Park, das war der Antrag in der Petition, und da nicht alle Hundehalter mobil sind, müssen Hundefreilaufflächen wohnortnah zur Verfügung stehen, insbesondere für ältere und auch mobilitätseingeschränkte Menschen, insbesondere in dicht besiedelten Gebieten und insbesondere in Pandemiezeiten.

Natürlich gibt es da eine Menge zu beachten. So muss es eine Interessenabwägung geben zwischen dem Artenschutz anderer Tiere oder dem Erholungsbedürfnis von Menschen, die sich von Hunden bedroht oder belästigt fühlen und einigem mehr, aber im vorliegenden Fall wurde vom Petenten im Ausschuss eigentlich ganz deutlich klargestellt, dass die Fläche, die zur Diskussion steht, geeignet ist und gegebenenfalls vorhandene Nutzungskonflikte auch ganz pragmatisch gelöst werden könnten. Es gibt aber auch Vorschläge, wie man es durch pragmatische Lösungen lösen könnte, falls kleinere Konflikte vor Ort entstehen sollten, zum Beispiel im Waller Park durch eine Umzäunung der Freilaufflächen, die ungefähr 8 800 Euro kosten würde. Ich finde, über diese Kosten sollte es dann auch keine Diskussion geben, weil wir wissen, dass jeder Hundebesitzer auch 150 Euro pro Jahr in das Staatssäckel einzahlt.

Insgesamt sind wir Freien Demokraten froh, dass hier eine Lösung in Sicht ist, und wir gehen davon aus, dass es dazu auch noch ein Datum geben wird und dass diese Lösung von allen getragen wird. Ich kann nur hoffen, dass die Verfahren für die Ausweisung von Hundefreilaufflächen und ähnlichen Anliegen in Zukunft zügiger erfolgen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sülmez Dogan: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Olaf Zimmer.

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Frau Präsidentin, wertere Abgeordnete! Über das Für und Wider der Notwendigkeit von Hundefreilaufflächen haben wir ja schon vor knapp einem Jahr diskutiert, als wir die gesetzliche Ermächtigung für Hundeauslauf in Bremen geschaffen haben. Damals ging es um artgerechte Hundehaltung, die prinzipielle Frage, Fragen zum Verhältnis des Deutschen zu seinem Hund beziehungsweise seinem Untertan und um das verantwortungsvolle Umgehen mit öffentlichen Geldern, die Einzäunung solch eines Platzes zum Beispiel ist ja nicht ganz umsonst.

(Präsident Frank Imhoff übernimmt wieder den Vorsitz.)

Bei dieser uns hier zur Abstimmung vorliegenden Petition geht es aber nun um einen speziellen Punkt, und es liegt uns, der LINKEN, sehr am Herzen, diesen deutlich hervorzuheben. Es geht hier

im Kern um soziale Teilhabe älterer beziehungsweise beeinträchtigter Menschen. Ein Hund, der mutmaßlich beste Freund des Menschen, kann gerade für sie von besonderer Bedeutung sein. Ein Hund gibt Sicherheit, schützt vor Einsamkeit und bietet die Möglichkeit, soziale Kontakte mit anderen Hundehalterinnen und -haltern zu knüpfen. Bist du allein, gehe in den Chor, oder schaffe dir einen Hund an! Ein Hund bedeutet, einen strukturierten Tagesablauf zu haben und täglich Bewegung an frischer Luft.

Gerade in Zeiten der Pandemie verstärkt sich bei vielen Menschen das Gefühl der Anonymität und der Einsamkeit. Hier kann ein Haustier und speziell ein Hund eine Lösung sein, wobei hier Tiereschützerinnen und Tierschützer auch zu Recht warnen, dass Tiere, die in der Pandemie angeschafft werden, allzu oft wieder entsorgt werden, wenn es nicht mehr passt, wenn sich herausstellt, dass Hege und Pflege eines Tieres in der Großstadt eben doch mehr Aufwand bedeutet, als man sich das im ersten Moment so denkt.

Für Walle wurden bisher drei Gebiete auf eine Liste mit möglichen und bisher nicht eingerichteten Hundefreilaufflächen gesetzt. Diese Flächen liegen aber nicht zentral und sind damit nur schwer zu erreichen, insbesondere dann, wenn man kein Auto hat oder eben körperlich eingeschränkt ist. Gerade Menschen mit eingeschränkter Mobilität brauchen aber wohnortnahe Gebiete, in denen sie mit ihrem Hund unbeschwert spazieren gehen und diesen auch einmal von der Leine lassen können, ohne dass verärgerte Zeitgenossinnen und -genossen, wie ich zum Beispiel, gleich ängstlich oder anders negativ reagieren.

Einen zentralen Ort in Walle für den konfliktfreien Spaziergang mit dem Hund, nichts anderes fordern die Petenten, und das nun schon seit circa zwei Jahren. Wir haben vollstes Verständnis dafür, dass die Geduld hier langsam zu Ende geht, und wir sehen uns da im Einklang mit dem Votum des Petitionsausschusses. Es ist also richtig und wichtig, dass jetzt eine Fläche im Eingangsbereich des Waller Parks mit auf die Vorschlagsliste des Ressorts kommt, die für alle Waller Bürgerinnen und Bürger zu erreichen ist. Es darf aber nicht beim Vorschlagen bleiben. Getreu dem Motto „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“ erwarten wir, dass der konkreten Planungsphase nun eine zeitnahe Umsetzung folgt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hunde in der Stadt können nicht nur in der Wohnung bleiben, sie brauchen auch entsprechenden Auslauf, und ja, es ist richtig, es erfordert die Verkehrssicherheit und das Sicherheitsempfinden anderer Menschen und auch der Schutz anderer Tiere, dass Hunde im Allgemeinen angeleint sind. Für eine artgerechte Haltung von Hunden ist es aber unerlässlich, auch einfach einmal herumzutoben, mit Artgenossen zu spielen und sich auszupowern. Das geht schwerlich an der Leine, und weil das so ist, ist die Lösung in einer Großstadt die Ausweisung von Freilaufflächen. Das ist in Stadtteilen mit wenigen Grünflächen wie Walle nicht anders als anderenorts, und deshalb ist es richtig, dass wir auch im Waller Park eine keineswegs riesige, aber doch alltagstaugliche Auslaufgelegenheit schaffen.

Ich möchte mich einmal bei meiner Fraktion herzlich bedanken, dass ich zu dem Thema sprechen darf, denn ich bin ja weder für Petitionen noch für Grünflächen noch für Tierschutz zuständig,

(Zuruf SPD: Aber für Walle!)

aber als Stadtteilabgeordneter hat man ja mit manchen Sachen dann auch regelmäßig und ausführlich zu tun, und Sie können mir glauben, dass das hier definitiv dazugehört. Ich möchte dem Petitionsausschuss deshalb herzlich danken. Bei den sehr vielen Vorschlägen, die zu bearbeiten sind, ist es ja oft sehr schwierig, dem nachzukommen, und es ist besonders schwierig, diejenigen zu identifizieren, von denen wir sagen, da kann man jetzt wirklich einmal, auch unter Abwägung aller Güter, etwas für die Beteiligten tun. Das hier ist so ein Fall, und ich möchte den Petenten, die hier durchgehalten haben und ihr Anliegen für ihre ortsnahe Versorgung im Stadtteil vorgebracht haben und erfolgreich gewesen sind, herzlich gratulieren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde gern noch einen Punkt sagen, der dann doch über Walle hinausgeht! Es ist ja so, dass die Coronapandemie uns den Wert vieler Umstände in unserem Alltag neu aufgezeigt hat, und dazu gehört sicherlich für sehr viele Menschen auch die soziale und emotionale Bedeutung von Hunden. Es gibt also eine Notwendigkeit – völlig unabhängig von der Frage Waller Park oder darüber hinausgehend –, über weitere Hundeauslaufflächen nachzudenken. Ich finde es

gut und begrüßenswert, dass die Umweltbehörde der Identifizierung und Ausweisung solcher Flächen nachgeht und eine Liste mit 14 Flächen erstellt hat. Wenn wir es gleich beschlossen haben, dann sind es 15, und es ist aus unserer Sicht an der Zeit, diese Flächen in die Umsetzung zu bringen, sodass sie zeitnah von den Menschen und den vierbeinigen Freunden genutzt werden können.

Gleichzeitig – und das wäre mein letztes Anliegen – sollte die Behörde aus unserer Sicht mit der Prüfung von Flächen nicht abschließen. Wir sollten auch weiterhin prüfen, ob sich bei bisher nicht geeigneten Flächen die Rahmenbedingungen geändert haben und sie zu einem anderen Zeitpunkt unter anderen Rahmenbedingungen als Hundefreilauffläche infrage kommen, denn Hundefreilaufflächen sind für die Tiere nicht nur schön, sie sind für ihre Entwicklung und ihr Wohlbefinden wichtig.

Unser Ziel sollte es sein, dass Hundefreilaufflächen ein ganz alltäglicher Bestandteil der sozialen Infrastruktur in unseren Quartieren sind. Vielleicht schaffen wir es nicht – jedenfalls nicht immer –, das in den Katalog der Punkte für die 10-Minuten-Stadt aufzunehmen, vielleicht schaffen wir es nicht immer, dass sie so wohnortnah sind wie die Nahversorgung oder die Kita, aber den Versuch ist es auf jeden Fall wert. Ich freue mich, dass wir heute einen weiteren Schritt auf diesem Weg machen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Philipp Bruck.

Abgeordneter Philipp Bruck (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg:innen! Herr Rohmeyer, ich weiß nicht, welchen Instagram-Accounts Sie so folgen, sicherlich nicht meinem oder sicherlich keinem von mir, auf dem ich behaupte, das hier sei mein Verdienst, ich habe damit erstaunlich wenig zu tun gehabt. Umso mehr gilt es, den Petent:innen zu danken, die sich hier eingesetzt haben, dem Petitionsausschuss zu danken, der Senatorin für Klimaschutz und unter anderem eben auch Tierökologie zu danken für das, was hier am Ende herausgekommen ist. Ich glaube, das ist ein schöner Erfolg.

Hunde brauchen Bewegungsraum, das gilt vor allen Dingen in Städten, das wurde jetzt schon vielfach gesagt. Den gibt es eben nicht beliebig überall. Es gibt gerade in Städten immer Nutzungskon-

flikte, weil auch andere Menschen einen Park nutzen möchten, was sich nicht immer gut vereinbaren lässt, und es gibt auch Konflikte mit dem Naturschutz, mit Tierschutz, wenn Hunde sich in Naturbereichen aufhalten und frei laufen können. Deswegen gibt es in weiten Teilen Bremens einen Leinenzwang, und deswegen braucht man dann umso mehr Hundefreilaufflächen.

Hunde brauchen auch nicht nur Bewegung, sondern auch Begegnungen. Der Hund gilt nicht als Tier, das gern ausschließlich allein durch die Gegend läuft, sondern Hunde möchten auch andere Hunde treffen. Auch dafür können Freilaufflächen eine wichtige Funktion übernehmen. Davon gibt es noch viel zu wenige, da gibt es, glaube ich, überhaupt keinen Dissens. Deswegen ist es umso wichtiger, dass es jetzt mit diesem Ergebnis von heute eine weitere Freilauffläche geben soll.

Ich freue mich darüber, dass es eine weitere gibt, ich möchte aber auch darauf aufmerksam machen, dass wir als Koalition im letzten Sommer in den Haushaltsberatungen beschlossen haben, dass es Geld für zehn weitere Hundefreilaufflächen geben soll. Die Liste mit 14 Hundefreilaufflächen, die infrage kommen, ist ja schon bekannt. Wenn wir jetzt für zehn weitere Flächen die Finanzierung für Umzäunungen, für Bänke und so weiter bereitstellen, alles, was man braucht, um diese Hundefreilaufflächen zu gestalten, dann ist das, glaube ich, ein richtig gutes Zeichen. Ich bin mir nicht sicher, ob das für Sie, Frau Bergmann, auch immer noch Symbolpolitik ist, ich finde das auf jeden Fall eine gute Maßnahme.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Am Ziel sind wir tatsächlich erst, wenn wir in allen Stadtteilen und für alle Menschen, die Hunde halten, wohnortnah solche Flächen zur Verfügung stellen können. Das ist ein weiter Weg. Ich finde es gut, dass wir uns da jetzt auf den Weg machen, aber es ist natürlich klar, niemand wird erst einmal fünf Kilometer zu einer Hundefreilauffläche laufen. Dann sind wahrscheinlich auch alle schon genug gelaufen. Für die Halter:innen wäre das vielleicht gar nicht so schlecht.

(Heiterkeit)

Das ist vielleicht der einzige Nachteil einer Hundefreilauffläche, dass die Halter:innen sich dort in der Regel nicht bewegen, aber das ist ein anderes Thema.

Ich freue mich sehr, dass es eine weitere Hundefreilauffläche geben soll, das ist, glaube ich, ein gutes Beispiel dafür, dass sich Hartnäckigkeit in der Politik auszahlt. Das gilt auch für Petitionen und Petent:innen. Vielen Dank also an Volker Kutscher und Monika Lüke und alle anderen, die sich da engagiert haben! Ich freue mich über dieses Projekt und auf die Umsetzung! – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte vielleicht doch auch eingangs erst noch einmal etwas zu den Hundefreilaufflächen sagen, die haben uns ja auch hier schon des Öfteren einmal beschäftigt. Das Angebot nach ganzjährigen Hundefreilaufflächen – in diesem Fall jetzt der Wunsch im Waller Park – ist eine Forderung, die wir grundsätzlich unterstützen.

Jetzt ist ja schon darauf hingewiesen worden, dass diese Entscheidung doch deutlich länger gedauert hat. Mein Ressort hat es sich in der Vergangenheit da nicht so leicht gemacht. Ich möchte einmal die zwei Gründe nennen, die angeführt worden sind, es gab Punkte, die man klären musste. Zum einen ist es schon so, in einer Stadt, in einer Großstadt gibt es natürlich die unterschiedlichsten Nutzungen, die miteinander konkurrieren. Im urbanen Bereich von Walle ist das Angebot an Erholungsflächen in öffentlichen Grünanlagen eben sehr knapp, und da war die Frage und die Abwägung, ob eine dauerhafte Sondernutzung für den Hundefreilauf dann in dieser Konkurrenzsituation angemessen ist.

Der zweite Grund war, dass die enge Wegführung im Waller Park aus Sicherheitsgründen, weil viele Menschen –. Hier wurde es vorhin gesagt, manche Menschen haben Angst, wenn Hunde auf einen zulaufen, dass das eigentlich nur mit einer Umzäunung denkbar wäre, und die Frage war, ob man dann damit die Gestaltung des Parks beeinträchtigen und das störend wirken würde. So die Vergangenheit! Deswegen bin ich froh – und das möchte ich auch eingangs einmal unterstreichen –, dass wir jetzt hier eine Lösung gefunden haben und wir auch dieser Petition folgen.

Uns ist das Thema der Hundefreilaufflächen extrem wichtig. Es ist unser Ziel, zeitnah im gesamten Stadtgebiet die Angebote für den Hundefreilauf zu

erhöhen. Wir haben uns ja – und das ist ein Thema, das habe ich ja geerbt, und das hat zu lange gelegen, das muss ich wirklich sagen – deswegen jetzt auch wirklich im letzten Jahr richtig beeilt, haben mit den Beiräten, mit Naturschutzverbänden, der Jägerschaft und vielen anderen auch Beratungen gemacht, hatten verschiedene Sitzungen, ein bisschen nach den Himmelsrichtungen aufgeteilt, um zu eruieren, wo denn geeignete Flächen identifiziert werden können. Jetzt gibt es einen Katalog von Hundenauslaufflächen, und es gibt zum ersten Mal eben auch Gelder, um diese einzurichten. Insofern kommen wir dem Ziel doch endlich sehr nahe.

Der Petitionsausschuss hat sich für diese Fläche im Waller Park starkgemacht. Es sollte ja erst noch eine andere Fläche in der Almatastraße aufbereitet werden, aber diese Fläche ist dann doch für die Petenten fußläufig zu weit weg gewesen, sodass es doch unsere Meinung war, dass man im Waller Park hier wirklich eine Lösung finden soll.

In der Sitzung am 2. November beschloss der Senat, den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft darüber zu informieren, dass der Petition abgeholfen werden soll. Eine Fläche von 1 500 Quadratmetern im Eingangsbereich an der Emders Straße soll den bereits vorgeschlagenen Flächen für den Hundefreilauf im Stadtbereich hinzugefügt werden, der Beirat Walle und die anerkannten Naturschutzverbände sollen vor der Realisierung noch einmal angehört werden. Das wird jetzt zeitnah geschehen, aber wir nehmen aus meinem Ressort 24 000 Euro in die Hand, um diese Fläche dann auch endlich umzusetzen, also zeitnah. Ich kann kein Datum nennen, aber wir wollen das wirklich nicht auf die lange Bank schieben, sondern jetzt auch zeitnah angehen.

Ich möchte einmal daran erinnern, dass wir die Änderung im Naturschutzrecht in vielen Gesprächen mit Beiräten und so weiter durchgeführt und auch herbeigeführt haben und jetzt mit der Änderung des Bremischen Wasserrechts ermöglichen wollen, dass man an Badeseen auch Hundestrände ausweisen kann. Auch hier soll Walle profitieren, wenn am Südufer des Waller Feldmarksees ein solcher Strand ausgewiesen wird. Ich möchte in meinen letzten paar Sekunden Redezeit erst noch einmal Herrn Rohmeyer danken, dass Sie das lobend erwähnt haben.

Ich möchte einmal für meine Person beteuern, ich finde, dass die Petition, viele Petitionen – Sie sind auf einige eingegangen! –, zu lange und zum Teil

jahrelang herumgelegen haben, und das, da stimme ich Ihnen zu, schürt kein Vertrauen in die Verwaltung und auch nicht in Bürgerbeteiligung. Deswegen ist es mein Anspruch, und wir arbeiten daran ja gemeinsam, uns genau diese Petitionen vorzunehmen, damit diese schneller abgearbeitet werden. Bei dem Bauantrag in Farge ist es jetzt gelungen. Vor 20 Jahren war ich noch nicht in der Politik, aber so etwas darf eigentlich nicht passieren. Deswegen ist mein Anspruch, wirklich zeitnah Beschlüsse herbeizuführen, auch, wenn man vielleicht nicht jeder Petition folgen kann, aber dann braucht es eben auch den Mut, bei einer Entscheidung einmal Nein zu sagen.

Ich möchte noch ein anderes Beispiel anführen, das betraf die alte Dorfschule in Grambke, auch hier war eine Petition erfolgreich. Damit möchte ich auch schließen mit dem Werben, dass Petitionen ein wirklich wichtiges Instrument sind. Hier kann man Sachen erreichen; nicht bei jeder Petition,

(Glocke)

aber bei vielen. Das ist auch mein Schlusswort gewesen, Herr Präsident, auf die Glocke! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Das war ja eine Punktlandung!

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats mit der Drucksachen-Nummer [20/526 S](#) Kenntnis.

Keine Akteure bei der Entwicklung des Rennbahngeländes ausschließen – Werkstattverfahren offen gestalten

Antrag der Fraktion der CDU vom 30. November 2021 (Drucksache [20/631 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um unseren Dringlichkeitsantrag „Keine Akteure bei der Entwicklung des Rennbahngeländes ausschließen – Werkstattverfahren offen gestalten“. Im Mai 2019 wurde durch einen Volksentscheid entschieden, das Rennbahngelände zukünftig ausschließlich für Erholung, Freizeit, Sport und Kultur zu nutzen. Der ursprünglich geplante Wohnungsbau und Industrieansiedlungen wurden mit dem Volksentscheid ausgeschlossen, und für die zukünftige Gestaltung wurde ein Beteiligungsverfahren vereinbart.

Die erste Phase wurde mit dem Bericht des runden Tisches im Mai 2021 abgeschlossen, und genau an der Stelle wird es merkwürdig in Sachen Bürgerbeteiligung, denn im Februar/März 2022 soll ein mehrmonatiges kooperatives Werkstattverfahren stattfinden, das die bereits gesammelten Ideen unter der Beteiligung von Planungsbüros zu einem finalen Nutzungskonzept zusammenfassen soll. Doch im Widerspruch zu einer offenen Bürgerbeteiligung hat die rot-grün-rote Koalition im Vorfeld bestimmte Nutzungen wie den Galoppsport, den Golfsport und den Pferdesport bereits ausgeschlossen. Um diese Entscheidung zu untermauern, sieht die aktuelle Entwurfsplanung eine fünf Meter breite und circa 500 Meter lange Wegeverbindung in Asphaltbauweise vor, die ausgerechnet die Galopprennbahn überqueren soll.

(Abgeordneter Falk-Constantin Wagner [SPD]: Wie soll sie die denn nicht überqueren, Herr Bodeit? Sie geht über die gesamte Fläche! – Zurufe)

Ich fahre jetzt erst einmal weiter fort! Wir kommen hinterher in der zweiten Runde noch einmal in die Aussprache, dann werde ich das auch noch einmal ansprechen! Auch wenn man über die Breite und Befestigung des Weges diametraler Ansicht sein kann, wollen wir aus Sicht der CDU-Fraktion den grundsätzlichen Nutzen der Wegeverbindung zwischen der Grünanlage Carl-Goerdeler-Park im Norden und der Kleingartenanlage Im Holter Feld im Süden nicht infrage stellt, Herr Wagner!

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Sehr gut!)

Das habe ich mir gedacht, dass das kommt! Aber muss dieser Weg unbedingt die Rennbahn tangieren –

(Zurufe Bündnis 90/Die Grünen: Ja!)

das sehen wir nicht so! –, und muss dieser Weg trotz jeder Dringlichkeit vor allen anderen Planungen zwingend umgesetzt werden? Wir wissen doch alle, dass sich viele Vorstellungen und Wünsche aus der Bevölkerung ebenfalls dieser beschlossenen Maßnahme unterordnen müssten. Das Werkstattverfahren wäre durch die Errichtung der Wegeverbindung und den Ausschluss eines großen Teils der Bevölkerung erheblich beeinträchtigt. Das hat aus Sicht der CDU-Fraktion nichts, aber auch gar nichts mit echter Bürgerbeteiligung und Demokratie zu tun.

(Beifall CDU)

In diesem Sachverhalt ist eher eine gekränkte Eitelkeit der rot-grün-rot geführten Koalition zu vermuten, die durch den Volksentscheid herbeigeführt wurde.

Doch lassen Sie bitte die Vergangenheit hinter sich, meine Damen und Herren, und öffnen Sie sich für ein bürgerfreundliches Werkstattverfahren, in dem sich alle Akteure im Sinne des Volksentscheids in dem zu entwickelnden Gelände zukünftig einbringen können! Bitte warten Sie mit dem Bau der Wegeverbindung über das Rennbahngelände bis zum Abschluss des Werkstattverfahrens, und binden Sie vor allem die Bürgerinitiative „Rennbahngelände“ bei den weiteren Planungen und Verfahrensschritten eng mit ein! Als Initiatoren des erfolgreichen Volksentscheids wäre das redlich und aus meiner Sicht angebracht.

Die letzte Veranstaltung, die leider nur nach einem Gerichtsbeschluss durchgeführt werden konnte, zeigte durch das hohe Besucheraufkommen einmal mehr die Beliebtheit für die Tradition und den Pferdesport an dieser exponierten Stelle. Darum appelliere ich an Ihr Demokratieverständnis und Wohlwollen: Wenn Sie es mit der Bürgerbeteiligung in der Freien Hansestadt Bremen ernst meinen, dann geben Sie diesem Antrag und den Menschen in unserer Stadt eine echte Chance! Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Robert Bücking.

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gern kurz ein paar Formulierungen aus dem Antrag der CDU kommentieren, die meiner Meinung nach noch einmal ein bisschen

zeigen, wie die Konfliktlage tatsächlich aussieht! Da steht der Satz, lieber Herr Bodeit: „Vordergründig war das Ziel, auf der Grünfläche zusätzlichen Wohnungsbau zu entwickeln.“ Das schreiben Sie über die Aktivitäten der Koalition. Vordergründig? Nein, es war das Ziel, Wohnungsbau zu entwickeln, nicht vordergründig! Bei „vordergründig“ nimmt man an, dass es noch einen Hintergrund gegeben hat, nämlich noch irgendetwas Weitergehendes. Hat uns jemals jemand präzise vorwerfen können, wir hätten noch andere Absichten als Wohnungsbau gehabt,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein!)

etwa ein Atomkraftwerk, Erweiterung von Mercedes, Chemie, irgendwelche Dinge dieser Art?

Präsident Frank Imhoff: Herr Kollege Bücking, wenn Sie kurz unterbrechen darf?

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Natürlich!

Präsident Frank Imhoff: Ihr Laptop nimmt den ganzen Ton vom Mikrofon weg. Können Sie das nach unten klappen?

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann ich zur Seite stellen!)

Ja, dann hört man Sie wesentlich besser!

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist es so schlimm, dass man mich nicht verstanden hat?)

Ja, es ist auf einmal ein ganz dumpfer Ton!

(Abgeordneter Robert Bücking [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich würde durch eine kleine Zugabe versuchen, das wieder hereinzuholen! – Heiterkeit)

Nein, die Sekunden hatte ich schon gestoppt, keine Angst! – Bitte sehr!

Abgeordneter Robert Bücking (Bündnis 90/Die Grünen): Wir haben herausgearbeitet, es gibt kein „vordergründig“ und kein „hintergründig“. Wer solche Formulierungen wählt, der hat die Absicht zu murmeln und zu unterstellen, und das ist unanständig. Das wollte ich einmal kurz feststellen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Ein zweiter Satz, den ich gern, herausgreifen möchte, ist folgender, Herr Bodeit, ich zitiere: „Dieser Ausschluss von Golf- und Pferdesport läuft nicht nur dem Ziel des Volksentscheids zuwider.“ Ich frage Sie: War im Volksentscheid die Frage zur Abstimmung gestellt, wir würden gern weiter Golf-sport machen und Pferderennen?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das haben Sie doch vorher schon gemacht!)

Nein, das war nicht zur Abstimmung gestellt, sondern es waren ganz andere Fragen, nämlich Kultur, Sport und Naherholung. Diese Sachen waren zur Abstimmung gestellt, nicht etwa der Pferdesport, und wer unterstellt, dass die Tatsache, dass wir uns mittlerweile gegen Pferdesport und Golf ausgesprochen haben, gegen die Ziele des Volksentscheids, des Ortsgesetzes, was darin beschlossen worden ist, verstößt, der treibt ein übles Spiel.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja!)

Das ist so. Der treibt ein übles Spiel, das sollten wir nicht machen.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Was ist die Substanz? Um es ganz kurz zu machen: Wir fanden die Phase null und die Phase eins dieses Beteiligungsverfahrens außerordentlich gut sortiert, außerordentlich fair. Selbstverständlich konnten die Initiatoren des Volksentscheids vortragen, dass sie gern den Pferdesport und den Golfsport weiter haben wollen. Dann gab es eine große Zahl von Einwänden dagegen. Der Kern der Einwände war, das braucht so viel Platz und prägt diesen Raum dermaßen weitgehend, dass die anderen Interessen, nämlich Kultur und andere Arten von Sport und Naherholung sich da nicht entfalten können, und es macht Probleme beim Wegebau. Diese Einwände wurden da vor Ort protokolliert.

Die Gegenpositionen der Anhänger des Golf- und Pferdesports wurden ebenfalls protokolliert, und dann hatte – das war das Regelwerk, das war vorher festgelegt – die Deputation zu entscheiden, wie mit diesem Konflikt umzugehen ist. Das ist das Gute an einer aufgeräumten Bürgerbeteiligung, die weiß, dass es gleichzeitig noch so etwas wie eine repräsentative verfassungsmäßig organisierte Demokratie gibt: Dann stimmt die Deputation ab und sagt, wir glauben, der Zielkonflikt zwischen Golf- und Pferdesport auf der einen Seite und den anderen Interessen muss jetzt entschieden werden,

damit die Planer wissen – nämlich in der nächsten Phase –, worüber sie nachzudenken haben.

Deshalb, lieber Herr Bodeit: Ich finde, Sie spielen kein sauberes Spiel, wenn Sie den öffentlichen Eindruck erwecken, dass die Koalition in diesem Prozess Demokratie verletzt, die Grundsätze der Bürgerbeteiligung oder den fairen Umgang mit allen Beteiligten verletzt. Davon kann überhaupt keine Rede sein! Ich finde, wir machen das sehr transparent, sehr nachvollziehbar und absolut nach den Regeln, die wir uns selbst gegeben haben. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen, SPD)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralf Schumann.

Abgeordneter Ralf Schumann (DIE LINKE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin extra mit leichtem Gepäck hierhergekommen, um nicht wieder irgendwie ein Mikrofon zu behindern. Ich hoffe, dass man mich insofern gut verstehen kann. Herr Bücking hat ja schon einiges gesagt. Ja, 2019, der Volksentscheid, ich mache keinen Hehl daraus, dass ich dort gern Wohnungsbau auf diesem Rennbahngelände gesehen hätte. Wir haben heute ja auch schon darüber diskutiert, dass wir ja auch in guten Lagen gern bezahlbaren Wohnraum haben und viele Menschen einfach nicht an diesen Wohnraum herankommen, weil es dort entweder wegen der fehlenden Fluktuation kaum Bewegung gibt oder er eben zu teuer ist, und wir hätten da ein gutes Gelände gehabt, dort bezahlbaren Wohnraum zu machen. Das ist traurig, aber es ist eben so, wie es ist.

Ja, Bürgerbeteiligung am runden Tisch, ich habe da auch am Rande, wenn ich mich recht erinnern kann, auch noch Meinungen von Leuten aus der Bürgerinitiative gehört, die gesagt haben, sie sind ganz glücklich darüber, wenn GEWOBA-Bauten aus der Vahr dort erstellt werden oder dass da sozial geförderte Wohnungen hineinkommen, das würde dem Teil da nicht sehr gut tun. Wir haben heute über Diskriminierung geredet, und manchmal muss man wirklich Teile der Stadtgesellschaft eben auch aushalten.

Herr Bücking hat gesagt, dass wir ja nicht gegen den Volksentscheid sind, aber auch aus der Diskussion mit Teilen der Bürgerinitiative war eigentlich sehr deutlich zu erkennen, dass sie eigentlich nur Rennsport und Golfsport haben wollen. Dann hätte

man fairerweise den Volksentscheid auch so formulieren und sagen sollen, wir wollen, dass alles beim Alten bleibt, und sonst wollen wir es nicht. Wenn man das so sauber formuliert hätte, würde ich die Vermutung einmal wagen, dass da vielleicht die Abstimmung anders ausgesehen hätte

(Beifall DIE LINKE)

und nicht so, wie sie dann gewesen ist.

(Zuruf CDU)

Bürgerbeteiligung ernst zu nehmen, gut, dass ich das nicht mache, den Vorwurf kann man mir nicht machen, aber man muss – –.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Doch, das haben Sie ja gerade!)

Mein lieber Kollege Strohmann, da habe ich mehr Erfahrungen als Sie mit Ihren Brezelverkäufen auf dem Freimarkt, also ich habe schon mit Leuten auf dem Rasen gegessen und Bürgerbeteiligung gemacht.

(Zurufe CDU – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Alles gut, alles gut!)

Aber trotz alledem: Was gemacht werden soll und was ich für wichtig halte, ist, etwas Neues auf das Gelände zu bringen. Da waren bei dem runden Tisch – da war ich ja auch da – sehr viele gute Ideen dabei, die man auch weiter ausarbeiten kann. Ob es Naturschutz ist, ob das die Projekte sind, die heute schon die Grundschule oder Oberschule Sebaldsbrück macht, mit den Schülerinnen und Schülern dort draußen Unterricht zu machen, ob es die Überlegung ist, Hallen zu bauen, in denen man größere Veranstaltungen macht: Ich bin der Meinung, alles das sind gute Ideen, die man auch in diesem Werkstattverfahren hier weiter ausarbeiten kann und für die beiden Stadtteile, nämlich die Vahr und Sebaldsbrück, etwas Neues zu machen, was an Wert ist, wovon die beiden Stadtteile auch besonders etwas haben. Das ist uns wichtig, und daran wollen wir uns auch selbst mit beteiligen, und daran sollen wir arbeiten.

Wer Golf spielt – lassen Sie mich das in meiner uncharmanten Art noch einmal sagen! –, kann ja nach Oberneuland gehen, da ist ein Golfklub, und wer Rennsport mag, kann das auch in Hamburg erleben, da sind ja noch Rennbahnen. Einzelne Veranstaltungen, die einmal ein paar Tausend Zu-

schauer holen, ob das nun das ist, was wir uns wünschen, sage ich einmal, weiß ich nicht. Bei der nächsten Veranstaltung machen die Kirchen jetzt Ärger, dass sie am Karfreitag ist. Das ist ja auch ganz komisch, dass wir plötzlich Solidarität von den Christlichen bekommen, da können Sie sich ja auch noch einmal überlegen, ob das alles so günstig ist.

Noch einmal zusammengefasst: Wir sind für alle Ideen offen. Wir bringen uns da gern auch persönlich ein, für die Stadtteile Vahr und Hemelingen gute Angebote zu machen, die den Menschen, die dort in diesen Quartieren leben, auch etwas bringen. Dafür sind wir da,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Eben nicht!)

und ich mache keinen Hehl daraus, dass wir auf Galoppsport und Golfen nicht so sehr viel Lust haben. – Herzlichen Dank!

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, ein Gutes hat dieser Antrag: Er zeigt nämlich sehr grundsätzlich zwei verschiedene Politikstile auf, die in diesem Haus in Bereichen der Stadtentwicklung praktiziert werden, nämlich den einen, der bereit ist, Verantwortung für Allgemeinwohlpolitik zu übernehmen, und den anderen, der der Versuchung von Klientelpolitik verfällt.

(Beifall SPD)

Flächen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind ein knappes Gut. Sie sind nicht vermehrbar, und sie sind ein besonders wertvolles Gut in einer Großstadt. Wie man sie zu verteilen hat, da kann man sich genau für eine dieser Varianten entscheiden: für Allgemeinwohlpolitik oder für Klientelpolitik. Allgemeinwohlpolitik, ja, das stimmt, ist nicht einfach. Sie erfordert es, abzuwägen, und sie stellt uns vor die Herausforderung, dass die Kommunikation des Ergebnisses nicht einfach ist, sondern dass es komplex ist, aber es ist die Politik, die die ganze Stadt im Blick hat, die die Bedarfe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen abwägt und fragt: Welche Lösung bietet den größten Nutzen für die Gesellschaft insgesamt? Das ist der Ansatz, den die

SPD, die Grünen und DIE LINKE in diesem Haus in dieser Frage vertreten.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, aber das Volk hat das anders gesehen! – Zurufe)

Was hat das Volk anders gesehen, Herr Strohmann?

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Der Volksentscheid ist ja nun einmal so ausgegangen, wie er ausgegangen ist!)

Ja, genau! Er hat gesagt, keine Wohnbebauung und keine Industrie! Das wird auch nicht passieren, auch wenn ich Ersteres bedauere. Er hat nirgendwo gesagt, da müssen weiter Pferderennen stattfinden. Das hätten übrigens diejenigen, die das Gesetz selbst geschrieben haben, zur Abstimmung stellen können. Das haben sie nicht getan,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Darum geht es doch nicht!)

weil Sie dann ja nicht jedem hätten erzählen können, was er hören will. Dann hätte man ja nicht den einen erzählen können, es gibt weiter Pferderennen, und den anderen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, da wird ein Bürgerpark des Bremer Ostens entstehen. Deshalb hat man das so offengelassen.

(Beifall SPD – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Nein, weil Sie arrogant sind!)

Sie versuchen, die Fakten zu verdrehen!

Herr Bücking hat mit seinem Redebeitrag einhundertprozentig recht: Die Tatsache, dass Sie den stets netten Kollegen Herrn Bodeit nach vorn schicken, wird Sie nicht davor bewahren, dass dieser Antrag von allen anderen, außer von Ihnen, als das titulierte wird, was er ist, nämlich als unanständig.

(Beifall SPD – Zurufe CDU)

Ja! Das ist genau das, was Ihre Linie aufzeichnet, nämlich das Spekulieren auf ein paar Wählerstimmen, obwohl Sie wissen, dass Sie kein Stück anders abwägen könnten, wenn Sie in der Regierung wären. Aber wir können es ja überprüfen:

(Heiterkeit CDU – Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Der Schmerz sitzt noch tief!)

Was hat die Koalition, was hat die SPD als Abwägungskriterium vorgetragen? Wir haben zu jedem Zeitpunkt vorgetragen: Unser Kriterium für die Nutzungen, die auszuwählen sind, ist eine Nutzung für so viele Menschen wie möglich an so vielen Tagen im Jahr wie möglich, und darunter fällt sehr vieles.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, was denn?)

Ich habe, zugegeben, nicht nachgerechnet, ich würde sagen, grobe 99 Prozent aller Vorschläge! Das wäre der Vereinssport, der uns sehr am Herzen liegt, das wäre der nicht vereinsgebundene Sport, das wäre das Spazierengehen – Stichwort Weg! –, das wären grüne Naherholung, Umweltbildung, Veranstaltungsflächen, das wären Spielflächen, es wäre die Nutzung für Kitas und Schulen und vieles andere mehr. Es muss auch nicht immer massentauglich sein, es darf auch exotisch sein, solange das Verhältnis des beanspruchten Platzes den anderen gegenüber fair ist.

Es wird nur in ganz wenigen Fällen wirklich schwierig, nämlich dann, wenn der Nutzungswunsch einerseits sehr viel Platz beansprucht und andererseits nur eine Gelegenheitsnutzung sein soll. Dann wird das Kriterium „so viele Menschen wie möglich an so vielen Tagen im Jahr wie möglich“ nicht erfüllt, und das trifft auf verschiedene Nutzungsideen zu. Da gab es zum Beispiel den Vorschlag, Teile der ehemaligen Rennbahn als gelegentlichen Startplatz für Heißluftballons freizuhalten. Da hat der runde Tisch – übrigens einstimmig – gesagt: Das erfüllt dieses Kriterium nicht, das wollen wir deswegen nicht.

Nicht anders verhält es sich bei dem Wunsch, ein das gesamte Areal umrundendes Geläuf plus Nebenstrecke dafür freizuhalten, dass – so der Wunsch – an drei Tagen im Jahr Rennen stattfinden. Die Fläche, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre 362 Tage im Jahr leer, und aufgrund der geschlossenen Ovals würden sich alle anderen Nutzungen dieser Nutzung unterordnen müssen.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das ist es doch jetzt ohne Pferderennen auch!)

Offensichtlich ist es hier so, dass das Kriterium „so viele Menschen wie möglich an so vielen Tagen im Jahr wie möglich“ nicht erfüllt ist. Es wäre gegenüber den anderen Nutzungen, die dafür abgelehnt oder eingeschränkt werden müssten, nicht fair.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Es ergibt im Gegenteil nur dann einen Sinn, wenn man einen grundsätzlich anderen Politikansatz verfolgt, nämlich den der Klientelpolitik. Klientelpolitik verweigert sich genau dieser Abwägung. Sie will die unsachgemäße Bevorzugung einer Gruppe aus einem bestimmten Grund, und in Ihrem Fall, weil man sich einschmeicheln möchte und schon einmal auf die nächste Wahl schießt.

Was an der Klientelpolitik der CDU hier besonders ärgerlich ist, ist, dass sie das nicht einmal zugibt und sie nicht einmal –. Man könnte ja zugeben, ja, wir möchten diese Gruppe bevorzugen, und ja, wir stehen dazu, andere Nutzungen müssen dafür zurückstehen. Das tun Sie aber nicht. Stattdessen schreiben Sie hier auf: „keine Gruppe ausschließen!“ Wenn das möglich wäre, wenn Sie ein Rezept haben, wie Fläche plötzlich unendlich vermehrbar ist, dann sagen Sie bitte Bescheid!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie bekommen doch nichts auf die Reihe! Die Fläche bleibt doch frei!)

Dass ausgewählt werden muss, Herr Strohmann – da können Sie noch so laut schreien! –, das war von Anfang an der Sinn des runden Tisches. Was glauben Sie denn, warum Sie dagewesen sind?

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Es war von Anfang an der Sinn des runden Tisches, diese Frage aufzulösen. Das wissen Sie ganz genau, und Sie versuchen jetzt, nachträglich den populistischen Eindruck zu erwecken, hier wäre irgendetwas ohne Debatte entschieden worden. Es gab eine hinlängliche Debatte, es gab klare Kriterien, und im Streitfall entscheidet die Deputation, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Glocke)

Herr Präsident, wenn ich noch einen Schlusssatz sagen darf! Dieser Antrag zeigt zweierlei: Einerseits, Sie haben nicht die ganze Stadt im Blick, Sie sind nicht in der Lage und nicht willens, Verantwortung für diese Stadt zu übernehmen, und andererseits, die Koalition stellt sich – auch wenn es nicht einfach ist – dieser Herausforderung, Allgemeinwohlpolitik zu machen. Das ist das, was notwendig ist, Herr Strohmann, auch wenn es nicht immer leicht ist, wenn man die ganze Stadt im Blick hat. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es wird ja hier zu später Stunde noch richtig emotional, und ich glaube, das zeigt auch, wie sehr das Thema Rennbahn uns jetzt, aber auch in den letzten Jahren bewegt hat. Ich persönlich habe eine eigene, sehr persönliche Erinnerung an die Rennbahn, ich habe dort nämlich mein allererstes Livekonzert erlebt. Das war Mitte der Neunzigerjahre, ich muss zehn oder elf Jahre alt gewesen sein, und das Festival damals hieß „Happy Family“. Ich weiß nicht, wer sich daran noch erinnert. Ich war damals großer Fan der Sängerin Blümchen, und die ist dort aufgetreten.

(Heiterkeit)

Ich erzähle das jetzt, damit der Kollege Lenkeit wieder etwas für seine Parlaments-Twitterperlen hat.

(Heiterkeit – Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Ich hoffe, der Geschmack hat sich verändert!)

Der Geschmack hat sich tatsächlich verändert, Frau Senatorin! Ich schäme mich auch, sie überhaupt als Sängerin zu bezeichnen, aber mich hat es damals dort hingezogen. Ich erzähle diese Geschichte aus einem bestimmten Grund, weil sie nämlich deutlich macht, dass dieses Rennbahngelände im Laufe der Zeit unterschiedliche Nutzungen erfahren hat. Livekonzerte haben wir einige Zeit dort nicht mehr erlebt, aber es gab sie, und die Nutzungen auf dieser Rennbahn haben sich über die Jahre und Jahrzehnte verändert. Auch jetzt befindet sich das Rennbahngelände wieder vor einem massiven Umbruch, und es wird sich auch wieder etwas verändern, und die Frage ist, in welche Richtung, und was soll damit passieren.

Es stellt sich letztendlich die Frage: Wie soll das Rennbahngelände zukünftig genutzt werden? In den letzten zwei bis drei Jahrzehnten haben ja insbesondere der Golfsport und der Pferderennsport das Gelände geprägt, und nun soll das Gelände zukünftig anders genutzt werden beziehungsweise auch zusätzlich anders genutzt werden. Das ist, glaube ich, die große Frage, anhand der sich im Moment die Diskussion entlanghangelt: Soll es eine komplett andere Nutzung werden, oder sollen

zusätzlich zum Golfsport und zusätzlich zum Pferderennsport weitere Nutzungsmöglichkeiten hinzukommen?

Anders als Sie, Herr Kollege Schumann, habe ich die Mitglieder der Bürgerinitiative zum Thema Rennbahn/Pferdesport nicht so uneinsichtig erlebt. Ich habe sie als sehr offen erlebt, ich habe sie sehr kompromissbereit erlebt, auch durchaus bereit, viel von der Nutzung, die sie gewohnt waren, zurückzustellen, auch andere Nutzungen zuzulassen; also die Aussage, wir wollen hier nur Rennsport, habe ich kein einziges Mal von dieser Bürgerinitiative gehört, und es ist unfair, diesen Menschen das vorzuwerfen.

(Beifall FDP, CDU)

Eher im Gegenteil erleben wir ja, dass jetzt die eine Seite sagt – das sind ja die beiden Nutzungsoptionen –, Golfsport und Pferderennsport müssen erst einmal komplett weg, und dann schauen wir einmal, was damit jetzt in Zukunft passiert und wie wir diese Fläche nutzen wollen. Das ist die Option eins. Die Option zwei ist, zu sagen, bevor wir jetzt gar keine andere Nutzung haben oder irgendeine Nutzung im Raum steht, die das alles unmöglich machen würde, lasst uns doch erst einmal das, was wir dort bisher haben, weiterlaufen lassen. Die Bürgerinitiative zum Rennsport hat auch sehr deutlich gesagt, sie wäre mit drei oder vier Rennsporttagen im Jahr zufrieden, und sie lassen auch jede Menge andere Nutzungsmöglichkeiten zu.

Übrigens, zum Thema Golfsport: Ich bin selbst kein Mensch für Golfsport. Ich habe in meinem Leben, glaube ich, zweimal Golf gespielt. Es hat mir persönlich nicht viel gebracht, ich habe daran nicht so viel Freude gehabt.

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Das kommt mit dem Alter!)

Ich war auch noch nie in meinem Leben bei einem Pferderennen, aber ich habe für diese zweite Position durchaus Verständnis. Insbesondere beim Thema Golf – Sie sagen, man kann ja nach Oberneuland gehen –: Der große Vorteil der Golfanlage in der Vahr war, dass jeder – egal, ob reich oder arm, egal, aus welcher Schicht – dort für ein paar Euro Golf spielen konnte. Wenn Sie in Oberneuland Golf spielen wollen – ich glaube, die Jahresgebühr beträgt im Moment 1 200 Euro, das ist das Mindeste, was man da auf den Tisch legen muss –, das muss man sich auch erst einmal leisten können.

Was mich jetzt besonders umtreibt, ist, dass wir seit zwei Jahren an diesem runden Tisch sitzen, und wir sitzen da teilweise mit 30, 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und diskutieren am Ende über ein Stück Wiese. Es ist eine große Wiese, es ist eine zentrale Wiese, gerade für diesen Stadtteil, aber es ist ein Stück Wiese, über das wir jetzt seit zwei Jahren in regelmäßiger Runde mit 30, 40, teilweise noch mehr Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutieren, und diese Runden sind ja sehr hochkarätig besetzt: Von der Senatorin über Staatsräte, Mitarbeiter der Behörden, wir haben Abgeordnete dort, Fachleute, Vertreter der Bürgerinitiativen und so weiter, und diese Menschen kosten am Ende alle Zeit, und sie kosten Geld.

Ich muss ehrlich sagen, ich finde es absurd, dass wir heute, nach zwei Jahren, immer noch über ein paar Ideen und Konzepte sprechen. So richtig etwas auf die Spur gebracht ist bei dem Thema noch nichts. Wir reden immer noch über die Frage, was könnte man denn einmal, und was wäre denn, und wenn dies geht, dann geht das nicht. Das ist mir ehrlich gesagt nach zwei Jahren der Diskussion zu wenig!

Ich habe die Erwartung –. Da schlagen in meiner Brust quasi zwei Herzen: Auf der einen Seite sage ich, wir müssen vorankommen, wir müssen jetzt wirklich Entscheidungen treffen, und trotz alledem halte ich es vom Ablauf her für nicht besonders klug, erst einmal zu sagen, was alles in Zukunft nicht mehr gehen soll, indem man vollendete Tatsachen schafft, und sich dann erst im Nachhinein zu überlegen, was wir eigentlich mit diesem ganzen Bereich anstellen wollen. Ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass wir durchaus drei oder vier Rennsporttage im Jahr zulassen können, dass dort auch weiterhin Golf möglich ist und in Zukunft trotzdem andere Nutzungen machbar sind. Ich glaube, das geht, man muss es nur wollen.

(Glocke)

Deswegen werden wir diesem Antrag der CDU zustimmen, weil wir das für durchaus sinnvoll halten, aber mit dem Zusatz – und das ist mein letzter Satz! –, dass wir durchaus den Anspruch haben, jetzt nicht die nächsten drei oder vier Jahre wieder an irgendwelchen runden Tischen zu sitzen und uns in irgendwelchen Konzepten und einem „man könnte doch einmal“ zu verlieren, sondern wirklich einmal etwas auf die Spur zu bringen, denn wir können es uns nicht leisten, dass wir über diese zentrale wichtige, aber dann doch am Ende des Tages nur eine Wiese jetzt wieder ein Jahrzehnt lang

diskutieren, ohne dass damit etwas passiert. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsident Frank Imhoff: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das zwingt mich natürlich, jetzt noch einmal nach vorn zu kommen, das ist ja ganz klar! Jetzt sind auch schön Emotionen dabei, vielleicht gehört das auch dazu! Das ist eine wichtige Fläche, die wir mitten in der Innenstadt haben. Herr Bücking schaut mich schon an, und er grinst, denn es ist doch klar, dass ich jetzt auch noch einmal auf den Redebeitrag reagiere. Eben fiel das Wort „vordergründig“. Das habe ich so nicht gesagt. Ich will noch einmal ganz kurz meine Einleitung zitieren, ich hatte gesagt: „Der ursprünglich geplante Wohnungsbau und Industrieansiedlungen wurden mit dem Volksentscheid ausgeschlossen.“

(Abgeordnete Ilona Osterkamp-Weber [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Bücking hat aus dem Antrag zitiert!)

Dann setzt sich das im Antrag fort, und dann bekommt man auch einen Algorithmus hin.

Weil Sie es gerade angesprochen haben: Dieser Weg, das ist ja –. Es ging ja um die Deputation, wie ist das Ganze entschieden worden, und wo befinden wir uns. Dass alles demokratisch und sauber und toll gemacht wurde, das ist überhaupt nicht so, denn durch den Weg, auch in der Entscheidung in der Deputation, schließen wir ja von vornherein weitere Akteure aus. Das kann ja nicht im Sinne eines Beteiligungsprozesses passieren, und man sagt dann, das ist Bürgerbeteiligung. Das ist für mich wirklich Klientelpolitik! Also da sprechen wir über Klientelpolitik und schließen bestimmte Gruppen aus.

(Beifall CDU)

Das kann nicht richtig sein, das kann ich so auch nicht stehen lassen.

Die zweite Sache – natürlich auch zu Herrn Schumann! –, mein Vorredner hat es eigentlich eben richtig gesagt: Die Bürgerinitiative Pferdesport oder Golfsport, wie auch immer, ist ja in diesen runden Tisch hineingegangen, hat ja das erste Mal sofort eine Skizze gezeigt, die auch heute immer noch

existiert und auch vorgezeigt wird, und sie hat eigentlich die Ideen gebracht, was alles auf diesem Gelände noch zusätzlich stattfinden könnte. Da war nie die Rede davon, dass man andere Gruppen ausschließt und nur noch Pferdesport und Golfsport möchte. Das muss ich wirklich so zurückweisen, das habe ich an nicht einer Stelle gehört! Das stand auch nirgendwo in der Presse, also da weiß ich jetzt wirklich nicht, woher Sie es haben.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das haben die sich ausgedacht!)

Wenn wir dann den letzten Renntag im November einmal betrachten, an dem 5 000 Zuschauer da waren, das ist ja ein riesiges Volksereignis gewesen, das tut Bremen doch gut! Da kann ich doch nicht sagen, das möchte ich in Zukunft für Bremen nicht mehr haben! Das kann ich gar nicht nachvollziehen. Natürlich – das kann ich an meinen Kollegen Herrn Wagner so zurückgeben – habe ich hier ganz nett darum geworben, dass man diesem Antrag zustimmt und wir ein offenes Beteiligungsverfahren dadurch schaffen und dann hinterher zu einem Ergebnis kommen. Nichts anderes!

(Beifall CDU)

Dagegen verwehre ich mich, einfach zu sagen, ja, da setzt man sich jetzt so für den Rennsport und den Golfsport ein. Nein, es ist nicht so! Wenn jetzt hier andere Akteure ausgeschlossen worden wären, dann hätte ich dafür auch gekämpft, auch, wenn es Bogenschießen gewesen wäre oder eine Mehrzweckhalle, die ja auch geplant ist. Wenn man da gesagt hätte, das wollen wir nicht, dann hätte ich gesagt: Wieso lassen Sie diese jetzt nicht mit an den Tisch, oder warum wollen Sie da den Weg entlangbauen? Dann wären die aus dem Rennen, denn man könnte ja den Weg auch – das wäre ja sogar viel näher daran – quer hinüberziehen, wenn es darum geht, dass man da eine effiziente Lösung haben möchte.

Nun möchte ich aber trotzdem noch einmal auf den Weg eingehen! Wir sprechen hier von einem Weg, der natürlich auch in die Planung gehört. Deswegen habe ich auch gesagt, es ist eine eigene dezidierte Meinung. Der Weg selbst, dass man eine Überquerung schafft, ist vernünftig, das habe ich in meinem Antrag ja auch so vorgetragen, aber muss er fünf Meter breit sein? Muss er in Asphaltbauweise kommen, direkt neben dem kleinen Flüsschen, das da ist – das kann man auch ökologisch noch einmal überdenken, ob das so richtig ist –, und muss er zu dem Zeitpunkt kommen? Kann man das

nicht offenlassen? Muss man da jetzt eine Tatsache schaffen, um alles andere auszuschließen? Was ist so schlimm daran, wenn da noch Galoppsport stattfindet?

Wir können bei dem Renntag auch noch einmal feststellen – das ist mir jetzt auch einmal ganz besonders wichtig –: Wer hat denn alles an diesem Renntag teilgenommen? Unter diesen Zuschauern waren ja auch der Modemacher Harald Glööckler, es waren Leute aus der Gesellschaft, aus der Politik da, selbst Willi Lemke habe ich da herumlaufen sehen. Er ist auch nicht dagegen, er ist ein SPD-Mann, also scheint das da auch nicht ausgeschlossen. Die Geschäftsführung von Werder Bremen war da. Wir sehen ja auch, dass das angenommen wird.

Das ist doch eine tolle Kulturveranstaltung, die wir hier haben, und ich möchte nicht nach Hamburg fahren, um einen Renntag zu sehen, ich möchte ihn hier in Bremen sehen. Ich bin sonst kein fanatischer Liebhaber des Pferdesports, sondern ich sage das, weil ich das als vielfältig empfinde. Dafür möchte ich werben, und da wäre es toll, wenn Sie Ihre Entscheidung vielleicht auch noch einmal überdenken.

(Beifall CDU)

Zum Abschluss möchte ich sagen, wenn wir da den Drive herausnehmen und Sie sagen, darüber können wir uns noch einmal Gedanken machen, wir diskutieren es meinetwegen noch einmal in der Deputation, oder wir nehmen es noch einmal mit, dann fände ich das eigentlich die beste Lösung. Also, man muss es hier nicht für immer zementieren und ablehnen, sondern man kann hier vielleicht auch einen Ausweg finden. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Präsident Frank Imhoff: Als nächste Rednerin hat das Wort Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer.

Bürgermeisterin Dr. Maike Schaefer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Antrag der CDU unterstellt, dass das Rennbahngelände nicht im Sinne des Volksentscheids entwickelt würde und dass die Bürgerinitiative „Rennbahngelände“ bei den Planungen und Verfahrensschritten nicht engmaschig eingebunden wäre, und beide Aussagen teile ich explizit nicht, meine Damen und Herren.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das steht doch hier gar nicht darin!)

Ja, aber es suggeriert es! In der Abstimmung zum Volksentscheid am 26. Mai 2019 entschieden sich die Bremer Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich gegen eine Bebauung des Rennbahngeländes, auch wenn viele von uns sich eine Bebauung hätten gut vorstellen können, aber sie entschieden sich für den Erhalt als Grünfläche. Ehrlicherweise habe ich auch Verständnis und Sympathie dafür, dass Menschen in einer Großstadt sich für Grünflächen einsetzen, aber sie haben sich nicht explizit für den Erhalt des Pferde- oder Galopprennsports oder für eine Golfnutzung ausgesprochen, meine Damen und Herren.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das will doch auch gar keiner!)

Die Fläche des Rennbahngeländes soll gemäß Volksentscheid künftig für Erholung, Freizeit, Sport und Kultur genutzt werden. Wohnungsbau und Industrieansiedlungen sollen ausgeschlossen sein, so das Ortsgesetz, es wurde ja gerade zitiert, und daran halten wir uns, weil wir den Entscheid des Volkes mehrheitlich respektieren.

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Der Entscheid war gegen eine Bebauung, aber nicht für Galopprennsport, da bin ich mir ziemlich sicher, Herr Strohmann!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Das fordert doch gar keiner!)

Doch, das fordert auch die Bürgerinitiative immer wieder, Herr Strohmann!

(Zuruf Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU])

Der Wortlaut des Ortsgesetzes zielt auf den Erhalt der Funktion als Ausgleichsfläche und nicht auf den Erhalt als Rennbahngelände für Pferdesport.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie lenken von Ihrem Versagen ab!)

Herr Strohmann, es wäre wirklich sehr schön, wenn Sie zuhören könnten, dann würden Sie ja vielleicht auch ein bisschen mehr verstehen, was ich sage!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Ja, aber das ist unerträglich, was Sie da sagen!)

Ich möchte einmal etwas zu den Zielen sagen! Es war immer klar für alle, konsensual, dass wir uns

um den Baumbestand und den Erhalt des Baumbestands kümmern. Es sollte eine Verbesserung des ökologischen Zustands der Gewässer – –. Da ist auch das Fleet, das gerade dieses Rennbahngelände durchschneidet, an dem der Weg entlangführen soll, das ist keine Verschlechterung, im Gegenteil, es ist eigentlich die kürzeste Wegstrecke, wenn man – und das war der dritte konsensuale Punkt – Hemelingen und die Vahr endlich verbinden möchte. Wenn man sich das auf dem Plan anschaut, dann ist das der kürzeste Weg, und das ist der kürzeste Weg für Fußgänger oder Radfahrende, wenn sie da hindurchwollen, und dass wir denen eine sichere Überwegung bieten wollen, ich hoffe, das ist hier in diesem Hause Konsens.

(Beifall SPD)

Dann möchte ich etwas zum Zeitplan sagen: Herr Schäck, wir sind im Zeitplan. Das mag Ihnen zu lange dauern, es sind auch nicht zwei Jahre, wie Sie gesagt haben, wir haben ja erst im Mai oder im Juni 2020 angefangen, bis Mai 2021, aber es wird immer gesagt, es passiert zu wenig. Jetzt fangen wir mit dieser Überwegung an, weil sie Konsens war, weil wir die Vahr und Hemelingen verbinden wollen, und wir wollen das jetzt auch starten, und das werden wir auch in diesem Frühjahr tun.

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: Sie versiegeln Grünflächen!)

Ach, Herr Strohmann, wir versiegeln Grünflächen! Also ehrlich! Da können wir wirklich über andere Grünflächen reden, aber eine Wegeverbindung als eine Grünflächenversiegelung zu deklarieren, ist wirklich absurd!

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: So fängt es an!)

Ich möchte jetzt noch einmal etwas zu dem Prozess sagen! Auf Basis des Ortsgesetzes wurde ein neuer Beteiligungsprozess gestartet, der in mehrere Phasen unterteilt ist. Die Phase eins wurde im Format eines runden Tisches durchgeführt. Wer waren die Teilnehmenden daran? Das war die Bürgerinitiative, das waren Beiratsvertreter, es waren Vertreterinnen und Vertreter der Naturschutzverbände, des Sports, von Kultur und der Ressorts. Im Rahmen der Sitzungen des runden Tisches wurden diese unterschiedlichen Akteure zu Bedarfen und Belangen befragt. Im Verlauf der Sitzungen des runden Tisches entstand somit eine Liste von Bedarfen und Belangen, die kontinuierlich bis zum Abschluss der Phase eins fortgeführt wurde.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eines sagen, weil wir vorhin auch schon einmal über Bürgerbeteiligung gesprochen haben: Ich finde, das war ein richtig vorbildlicher Prozess der Bürgerbeteiligung, und ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich meiner Staatsrätin, Frau Nießen, den Moderatoren und auch allen beteiligten Akteuren danken, die daran teilgenommen haben!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Diese Sammlung von Bedarfen und Belangen berücksichtigt die Belange aus Sicht der Verwaltung, aus Sicht zentraler Akteure der Stadtgesellschaft sowie der Bewohnerschaft des Umfelds und der Gesamtstadt, aber – und das gehört auch zu einer Demokratie – es konnte kein Einvernehmen am runden Tisch zu dem Nutzungsbaustein Galoppsport, Golfsport und Pferdesport im Sinne von Reinflächen für Turniersport erzielt werden. Ich gestehe, dass ich in einer der Sitzungen im Chat sehr viel über Crossgolf gelernt habe, weil es da in diesem Chat hoch herging, aber demokratisch gesehen muss man einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Mehrheit dieser Koalition und auch die Mehrheit in den Beiräten nicht das Go für Galoppsport, Pferdesport und Golfsport gegeben haben.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Obwohl kein Einvernehmen erzielt werden konnte, wurden die jeweiligen Pro- und Kontraargumente dokumentiert und der Deputation am 24. Juni letzten Jahres als Abwägungsgrundlage zur Verfügung gestellt, und mit den Beschlüssen der städtischen Deputation wurden die Phase eins sowie die Arbeit am runden Tisch abgeschlossen. Dazu gehörten der Beschluss über die im Konsens verabredeten Nutzungsbausteine und Qualitätsziele.

Wozu aber nicht zugestimmt worden ist, das hatte ich gesagt, das ist dem Rennsport, das ist dem Golfsport, der Beschluss zur Planung und Herstellung einer Fuß- und Radwegeverbindung über das Rennbahngelände ohne Berücksichtigung des Geläufs. Die Finanzierung zum Bau der Wegeverbindung ist in diesem Jahr gesichert, und sie wird zu 80 Prozent aus Bundesmitteln gefördert. Die Förderzusage liegt vor, das heißt, jetzt können wir auch im Frühjahr und Sommer starten. Die Besitzübertragung vom SV Gewerbe zum SV Infra ist vorbereitet und zwischen den Ressorts abgestimmt.

Für die Phase zwei – auch das wurde vorhin schon gesagt – ist ein mehrphasiges Werkstattverfahren

mit drei öffentlichen Dialogen vorgesehen. Am 17. Februar geht es los, das können Sie sich merken als Start des Werkstattverfahrens, die nächsten Termine sind der 21. April und der 17. Juni sowie zwei Arbeitsphasen für die Entwurfsteams. Die interessierte Stadtöffentlichkeit hat daher Gelegenheit, sich einzubringen und den weiteren Prozess zu begleiten. Bis die Konzepte für eine langfristige Nutzung entwickelt werden, steht das Areal der Rennbahn weiterhin für Zwischennutzungen zur Verfügung.

Ich möchte jetzt als Letztes meine letzten zwei Minuten und 20 Sekunden nutzen und noch einmal sagen, die Entscheidungen treffen die Beiräte, die Deputation, die Bürgerschaft. Es ist hier gerade so oft von Herrn Bodeit angesprochen worden, dass hier die Bürgerbeteiligung nicht richtig stattgefunden hätte, man hätte die Bürgerinnen und Bürger nicht einbezogen, oder die Bürgerinitiative sei nicht richtig beteiligt worden. Das stimmt nicht! Sie waren Teilnehmer an dem runden Tisch, aber sie treffen am Ende dort nicht die Entscheidung, sondern das wird in diesen demokratisch politisch legitimierten Gremien gemacht, und das ist am Ende die Deputation, das ist vorher der Beirat, und das ist in letzter Instanz diese Bürgerschaft.

Deswegen kann auch Beteiligung nicht bedeuten, dass jede Forderung einer Bürgerinitiative eins zu eins übernommen wird. Da gibt es die unterschiedlichsten Interessen, aber wichtig ist, das haben wir vorhin festgestellt, dass man die Bürgerinitiativen und die Bürgerinnen und Bürger beteiligt, dass man sie anhört, dass man ihre Argumente abwägt, und entweder folgt man ihnen oder nicht, aber dass man sie ernst nimmt, das, finde ich, gehört zu einer Wertschätzung in der Demokratie dazu, und das haben wir gemacht, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis 90/Die Grünen)

Demokratie bedeutet aber am Ende Mehrheitsentscheidungen, und die Mehrheit der Stadt hat sich für den Erhalt der Grünfläche entschieden, aber eben – und das muss man dann auch zur Kenntnis nehmen – nicht für den Galopprennsport. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Präsident Frank Imhoff: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür CDU, FDP)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 24

vom 21. Januar 2022

(Drucksache [20/655 S](#))

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung für heute angekommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend, einen schönen Nachhauseweg, und bleiben Sie gesund!

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:02 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Konsensliste

Von der Stadtbürgerschaft in der 33. Sitzung nach interfraktioneller Absprache
beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Tagesordnungspunkt	Beschlussempfehlung
12.	Geschäftsbericht, Haushaltsrechnungen und Abschlussbericht Produktgruppenhaushalt des Landes und der Stadtgemeinde Bremen 2020 Mitteilung des Senats vom 14.12.2021 (Drucksache 20/642 S)	Die Stadtbürgerschaft überweist die Mitteilung des Senats zur weiteren Beratung und Berichterstattung an den städtischen Rechnungsprüfungsausschuss.
13.	Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 58 „Erweiterung einer Altenpflegeeinrichtung an der Rekumer Straße“ für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal an der Rekumer Straße 196 (Gemarkung VR 126, Flur 126, Flurstück 162/1 und einen Teil des Flurstücks 181/23 der Rekumer Straße) (Bearbeitungsstand: 04.05.2021) Mitteilung des Senats vom 14.12.2021 (Drucksache 20/643 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt die Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 58.
16.	Flächennutzungsplan Bremen 28. Änderung Bremen-Woltmershausen (Lankenauer Höft) (Bearbeitungsstand: 17.05.2021) Mitteilung des Senats vom 11.01.2022 (Drucksache 20/651 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt die 28. Änderung des Flächennutzungsplans.
17.	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 153 (mit Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung eines Gebäudes für Gastronomie- und Eventnutzungen sowie für Hotel- und Freizeitnutzungen im Bereich des Lankenauer Höfts in Bremen-Woltmershausen/Häfen (Bearbeitungsstand: 06.10.2021) Mitteilung des Senats vom 11.01.2022 (Drucksache 20/652 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den vorhabenbezogenen Bebauungsplan 153.
18.	Bebauungsplan 2284 für ein Gebiet in Bremen-Neustadt zwischen Eisenbahnlinie Bremen –Oldenburg, Oldenburger Straße und Carl-Francke-Straße (Bearbeitungsstand: 27.09.2021) Mitteilung des Senats vom 11.01.2022 (Drucksache 20/653 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt den Bebauungsplan 2284.

Frank Imhoff
Präsident der Bremischen Bürgerschaft